Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zeichen
Nr. 3 | Winter 2020

RASSISMUS
IN UNSERER GESELLSCHAFT

Inhaltsverzeichnis

3 EDITORIAL

4–43 THEMA

4–6 Anti-Schwarzer Rassismus ist ein besonderes Phänomen. Interview mit Jeff Kwasi Klein

7–9 In Bewegung: die neue Rassismus-Debatte. Von Hadija Haruna-Oelker

10–11 213 Todesopfer seit 1990. Ein trauriger Rückblick auf 30 Jahre rechtsextremer Gewalt. Von Ibo Muthweiler

12–13 »Es gibt leider keinen rassismusfreien Ort.« Von Tonya Frankenberger

14–17 Sich dem postkolonialen Erbe stellen. Von Reinhart Kößler

18–19 Verflechtungen von Postkolonialismus und Antisemitismus? Die Causa Mbembe. Von Alica Johanna Saathoff

20–21 Dialogräume öffnen. Von Ellen Ueberschär

22–23 Wahn und Vorurteil: Warum zwischen Antisemitismus und Rassismus unterscheiden? Von Maria Kanitz und Laura Schlagheck

24–25 Marie Nejar – eine Kindheit als Schwarzes Mädchen auf St. Pauli im Nationalsozialismus. Von Ute Brenner

26–27 Eigensinn im Bruderland. Von Isabel Enzenbach

28–30 »Rassismus ist ein Virus in der Gesellschaft, das uns alle angeht.« Interview mit Karamba Diaby

31 Buchempfehlungen

32 Engagement gegen Rassismus im Freiwilligendienst bei RADAR in Amsterdam. Von Maurice Meyer

33 »Ich bin unglaublich dankbar, diese besonderen Erfahrungen zu sammeln.« Von Josefin Bultmann

34–35 Blick nach Belarus. Von Sina Gasde

36 »This is not a small voice you hear.« #BlackLivesMatter in den USA. Von Monika Moyrer

37 Frauen und Kopftuch in Frankreich – Blick auf eine landesweite Besessenheit. Von Fatma-Pia Hotait

38 Projekte in St. Petersburg bieten Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund Bildung und einen sicheren Ort. Von Ute Weinmann

39 Vogelfrei – männliche Angehörige der Roma konnten im 17. Jahrhundert straffrei erschossen werden. Von Viola Jakschova

40–43 Glossar

44–45 ANDACHT

Gerechtigkeit – oder die Kunst des Stopfens. Von Ilse Junkermann

46 AUS DER ARBEIT VON ASF

Danke für den Zuspruch und die Unterstützung in der Corona-Krise. Von Jutta Weduwen

47–48 ASF-PERSONALIEN

47 Ilse Junkermann ist neue Vorstandsvorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Zum Abschied vom Vorsitzenden Dr. Stephan Reimers. Wir sagen Danke!

48 Gute Wünsche auf den neuen Wegen!

49 WEGGEFÄHRT*INNEN

50 GUTES TUN

51 TERMINE

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 3, Winter 2020, 48. Jahrgang
Auflage: 8.200 Exemplare
Herausgeber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Ute Brenner (verantw.), Barbara-Maria Vahl
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: 030 28 395 184 | **Fax:** 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de | **Internet:** www.asf-ev.de

BILDNACHWEISE

Titelbild: Picture Alliance/dpa/Carsten Koall
Innenteil: S. 4: Jeff Klein, S. 5: picture alliance/AP Photo/Czarek Sokolowski, S. 7: Wikipedia, CC By 2.0, S. 8: imago images/rheinmainfoto, S. 10: picture alliance/AA, S. 11: Alex Kraus, S. 12: privat, S. 15 oben: J Marshall – Tribaleye Images/Alamy Stock, S. 15 unten: Photo Wikipedia/Maximilian Dörrbecker CC BY-SA 2.5, S. 16: Matthias Süßen CC BY-SA 3.0, S. 18 oben: Heike Huslage-Koch, S. 18 unten: Suhrkamp-Verlag; S. 20: Imago images/Jakob Hoff, S. 24: Imago images/Horst Galuschka, S. 26: out of focus medienprojekte, S. 27: Zoff-Kollektiv, S. 28: Privat/Karamba Diaby, S. 29 oben: Archiv Zeit-Geschichte(n), S. 29 unten: Privat/Karamba Diaby, S. 31: S. Fischer Verlage, Verlag Orlanda, Verlag Dumont, Hanserblau, Unrast-Verlag, S. 32: Privat/Maurice Meyer, S. 33: Privat/Virginia Buhmann, S. 34: privat, S. 36: Wikipedia/Keith Allison CC BY-SA 2.0, S. 38: Ute Weinmann, S. 39: Sammlung Museum für Roma-Kultur, Brno, S. 40: Pixabay, S. 47: Ute Brenner, S. 47: Gundi Abramski, S. 48 (3) ASF/Archiv, S. 49: ASF/Archiv, S. 53: ASF/Helena Schätzle, S. 54: ASF/Helena Schätzle

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Druckhaus Dülmen

Editorial

Liebe Leser*innen,

Black Lives Matter hat in den vergangenen Monaten viel in Bewegung gebracht und auch uns dazu inspiriert, den Schwerpunkt für dieses *zeichen* zu setzen. Wir richten in diesem Heft den Blick insbesondere auf das Phänomen des Anti-Schwarzen Rassismus, der auch die Geschichte Deutschlands prägt. Der Aktivist Jeff Kwasi Klein analysiert die Wurzeln des Anti-Schwarzen Rassismus im Kolonialismus und erklärt die Besonderheit dieses Phänomens. Mit der mangelhaften Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus beschäftigt sich auch Reinhart Kößler. Hadija Haruna-Oelker beleuchtet die Frage, ob eine neue Rassismus-Debatte neue Erkenntnisse und Ansätze zur Überwindung der Diskriminierung bringt.

Die Morde von Halle und Hanau haben uns erneut die Gefahren des Rechtsterrorismus vor Augen geführt. Die Täter wurden getrieben von einem antisemitischen, rassistischen und antifeministischen Hass, den sie zuvor in den sozialen Netzwerken ausgelebt hatten. Ibo Muthweiler beschreibt die rechtsextrem motivierten Morde in Deutschland und beziffert die Anzahl dieser Morde seit 1990 auf mehr als 200.

BIPoC, Schwarze, Dekolonialisierung und noch viele weitere Begriffe werden in einem Glossar erläutert.

Unsere Haltung in der Auseinandersetzung mit Rassismus ist eine selbstreflexive, die immer auch eigene Verstrickungen in den Blick nimmt. Der Ansatz der Sühnezeichen-Arbeit ist nicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern sich selbst auch mit Täter*innen- und Mitläufer*innenschaft zu beschäftigen. Und gleichzeitig denen zuzuhören, die von Verfolgung und Ausgrenzung betroffen sind, ihre Perspektiven zu verstehen und sich gemeinsam für Vielfalt, Gleichberechtigung und Teilhabe einzusetzen. Wir sind unserer Freiwilligen Tonya Frankenberger dankbar, dass sie *ASF* in ihrem Beitrag auch konstruktive Hinweise zum Umgang mit Rassismus gibt. Wir können nur Teil der Lösung sein, wenn wir uns auch als Teil des Problems verstehen. *ASF* setzt sich gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen entschieden für die Überwindung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein und fordert von der Politik, dies sicherzustellen – etwa durch die Einführung eines längst überfälligen Demokratieförderungsgesetzes.

Ein weiterer Ansatz der Sühnezeichen-Arbeit ist, Komplexitäten auszuhalten und nicht auf alles sofort eindeutige Antworten zu wissen. In der Debatte um den afrikanischen Postkolonialismus-Forscher Achille Mbembe, die wir mit zwei Beiträgen beleuchten, stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die Antisemitismus- und Postkolonialismus-Forschung zueinander stehen und wo es jeweils blinde Flecken gibt. Dem schließen wir eine Analyse der Unterschiede zwischen Antisemitismus und Rassismus an.

Wir sind sehr dankbar, dass unsere belarussische Projektpartnerin Iryna Kashtalian ihre Erfahrungen seit der umstrittenen Präsidentschaftswahl mit uns teilt.

»Gelingende Gemeinschaft braucht ein gutes Ineinander der vielen Einzelnen. Jede und jeder ist eingewebt in ein Geflecht von Beziehungen und wird darin gehalten und hält andere mit«, schreibt unsere neue Vorsitzende Ilse Junkermann in ihrer Andacht. Diese Worte verweisen nicht nur auf unser Schwerpunktthema, sondern leiten unsere Hoffnungen und unsere Zuversicht für die kommenden Wochen und Monate.

Im Namen des Vorstands und des Teams wünsche ich Ihnen und Euch ein gutes und gesegnetes Weihnachtsfest. Ich wünsche uns allen, dass Begegnungen bald wieder möglich sein werden. Bitte kommen Sie und kommt Ihr behütet und gesund durch diese Zeit.

In herzlicher Verbundenheit
Ihre und Eure

Jutta Weduwen
Geschäftsführerin

Anti-Schwarzer Rassismus ist ein besonderes Phänomen

Jeff Kwasi Klein setzt sich als Projektleiter bei *Each One Teach One* für die Anliegen von Schwarzen Menschen in Deutschland ein. Er ist Sprecher der *Landesarbeitsgemeinschaft Bunt-Grün* bei den Berliner Grünen. ASF-Geschäftsführerin Jutta Weduwen sprach mit ihm über die Lebensrealitäten Schwarzer Menschen in Deutschland.

Jeff Kwasi Klein, EOTO-Projektleiter, fordert eine Dekolonialisierung des Verstands.

Jutta Weduwen: Sie sind Projektleiter bei *Each One Teach One*. Was machen Sie?
Jeff Kwasi Klein: *Each One Teach One (EOTO)* ist ein communitybasiertes Empowerment-Projekt, das ▸ Schwarze Menschen stärken möchte. Wir machen Jugendarbeit, haben Bildungs- und Kulturprojekte und eine Bibliothek. Ich bin Projektleiter für die Antidiskriminierungsarbeit. Wir beraten Menschen afrikanischer Herkunft, die sich bei Diskriminierungserfahrungen an uns wenden können. Wir überlegen dann gemeinsam, ob rechtliche Wege gegangen werden können, es eine psychologische Beratung braucht oder wir an andere Stellen verweisen.

In unserer Monitoring-Stelle dokumentieren wir Fälle von ▸ Anti-Schwarzem Rassismus, die dann in einem jährlichen Monitoring-Bericht zusammengefasst werden.

Welche Begriffe benutzen Sie, wenn Sie von Menschen sprechen, die afrikanische Wurzeln haben beziehungsweise von Rassismus betroffen sind?
Schwarz ist eine Selbstbezeichnung verschiedener afrikanischer oder Schwarzer Communities, diese Bezeichnung bezieht sich aber nicht auf die Hautfarbe. Es geht nicht um den Melanin-Anteil der Haut, sondern es geht um eine soziopolitische Positionierung innerhalb der Gesellschaft. Schwarz und weiß sind Konstrukte, die im Zuge der Rassentheorien und des Kolonialismus etabliert worden sind. Schwarze Communities haben sich in diskursiven Prozessen auch dafür entschieden, Schwarz als eine Eigenbezeichnung anzunehmen. Um auszudrücken, dass es dabei eben nicht um die Farbe Schwarz geht, wird das S groß geschrieben.

Die Begriffe ▸ BPoc oder BIPoC sind Sammelbegriffe für Menschen, die Rassismus-Erfahrungen machen. Das bedeutet Black Indigenous and People of Color, das heißt Schwarze, Indigene – also Urbevölkerungen –, und People of Color, also Menschen,

WICHTIGE BEGRIFFE ERKLÄREN WIR IM GLOSSAR AB SEITE 40. IN DEN TEXTEN WEISEN WIR MIT DEM SYMBOL ▸ AUF BEGRIFFE IM GLOSSAR HIN.

die auch in diesen soziopolitischen Kategorisierungen rassifiziert worden sind. Es geht entscheidend darum, das Ganze als ein soziales Konstrukt zu verstehen. Auch wenn es keine biologischen Menschenrassen gibt, ist das gesellschaftliche Merkmal Rasse im Rassismus wirkmächtig, weil es verschiedene Menschengruppen unterteilt und hierarchisiert. Es gibt auch Menschen afrikanischer Herkunft, die für sich den Begriff Schwarz nicht passend finden und dann zum Beispiel afro-diasporisch verwenden. Verschiedene Begriffe tragen der Diversität und Pluralität der Schwarzen Communities Rechnung.

Warum ist es wichtig, Anti-Schwarzen Rassismus als besonderes Phänomen zu betrachten?
Verschiedene Rassismen haben sich in der Geschichte unterschiedlich entwickelt. Im Versklavtenhandel ging es darum, einen Schwarzen Körper zu besitzen. Kolonisator*innen haben den Blick auf den Schwarzen Körper gerichtet. Auch heute ist Anti-Schwarzer Rassismus sehr stark auf Körperlichkeiten bezogen. Es gibt diese »positiven« Vorurteile gegenüber Schwarzen Menschen, dass sie sportlich sind, gut tanzen können. Und häufig wird ihnen vorgeworfen, dass sie besonders aggressiv seien oder irgendwie schnell sehr »körperlich« würden und deswegen eine Gefahr darstellten. Schwarze sind oft besonderen Behandlungen durch Sicherheitskräfte und Polizei ausgesetzt. Es findet ▸ Racial Profiling statt, Schwarze werden immer wieder besonders rausgepickt, härter kontrolliert, brutaler angegangen.

Ihr Verein hat den ▸ Afrozensus mit initiiert. Worum geht es Ihnen dabei?
Der Afrozensus ist die erste großangelegte Umfrage unter Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland, die die Lebensrealitäten, aber auch die Diskriminierungs-Erfahrungen von Schwarzen Menschen erfragt. Menschen konnten sich bis August daran beteiligen. Wir haben um die 4.000 Rückmeldungen bekommen. Wir wollten wissen, wie die Menschen leben, wo sie sich engagieren, ob und wo sie Diskriminierungen erfahren und wie divers ihre Lebensrealitäten sind.

Kann die Erhebung die Sensibilität für Anti-Schwarzen Rassismus stärken?
Die Erfahrung, zum Beispiel aus den USA und Großbritannien, hat gezeigt, dass Daten über Rassismus nicht direkt dazu führen, dass dieser abgebaut wird. Zumindest wird er dann aber weniger leicht zu leugnen sein. Wir hinken in Deutschland hinterher: Es gibt ein sehr rudimentäres Verständnis davon, was Rassismus ist und wie sich Rassismus auswirkt. Das wurde bei der ▸ *Black-Lives-Matter*-Bewegung deutlich, wo Schwarze Aktivist*innen versucht haben einen Link zu machen zwischen dem, was in den USA passiert, und dem, was hier in Deutschland vor sich geht, dass Polizeigewalt hier auch stattfindet, dass es auch Tote in Gewahrsam in Deutschland gibt. Einen draufgesetzt hat dann Horst Seehofer, der die von vielen Seiten geforderte Studie zu Rassismus innerhalb der Polizei ablehnt. Wir erleben auf politischer und institutioneller Ebene weiterhin wenig Bereitschaft, sich mit strukturellem Rassismus auseinanderzusetzen.

Es gibt im Moment eine kontroverse Diskussion darüber, ob der Begriff Rasse aus dem Grundgesetz gestrichen werden soll. Wie ist Ihre Meinung dazu?
Meine Meinung hat sich dazu gewandelt. Ich habe gute juristische Argumente dafür gehört, dass der Begriff im Grundgesetz verbleibt im Sinne des Diskriminierungsschutzes. In Deutschland gibt es, wie gesagt, ein noch anfängliches Verständnis davon, was Rassismus überhaupt ist. Und natürlich gibt es in Deutschland auch aufgrund der Geschichte einen Reflex, alles, was in Richtung Rasse und Rassismus geht, von sich abzustoßen. Aber diese Position verkennt, dass Rassismus nicht nur bei Nazis stattfindet, sondern eine Struktur hat. Es findet in der Gesellschaft eine Rassifizierung statt – Menschen werden in Rassen eingeteilt, auch wenn die meisten sagen würden, dass biologische Rassen nicht existieren. Ich hätte mir gewünscht, dass es dazu einen Diskurs gibt in Deutschland. Ja, es gibt keine biologischen Rassen, aber wir müssen verstehen, dass Menschen rassifiziert werden und deswegen auch die Kategorie Rasse anders verstanden und interpretiert werden muss.

Sie haben im letzten Jahr den US-amerikanischen Politiker Jesse Jackson auf einer Reise nach Auschwitz begleitet. Welche Rolle spielte die Beschäftigung mit der NS-Geschichte für Ihre politische Sozialisation?
In meiner eigenen Politisierung ist das ein großes Thema gewesen. Ich wollte verstehen, wie die Gesellschaft Hitler unterstützt und getragen hat. Es war für mich wichtig zu verstehen, wie das Land, in dem ich geboren und aufgewachsen bin, zu dem geworden ist, was es jetzt ist. Und im weiteren Verlauf meiner Politisierung

Jeff Kwasi Klein begleitete im Jahr 2019 den US-amerikanischen Politiker Jesse Jackson bei einem Besuch in Auschwitz.

ging es immer mehr um Kolonialismus und den Versklavtenhandel, mit dem Blick darauf, den deutschen Nationalsozialismus nur verstehen zu können, wenn man auch den deutschen Kolonialismus versteht. Ich habe mich mit der Verfolgung Schwarzer Menschen im Nationalsozialismus beschäftigt und auch mit Überlebenden. Einer der letzten Schwarzen Zeitzeugen, Theodor Wonja Michael, ist im letzten Jahr gestorben.

Wie erleben Sie die derzeitige Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus?
Der deutsche Kolonialismus wird kleingeredet. Selbst wenn Deutschland später eingestiegen ist als England oder Frankreich, war es trotzdem so, dass Deutschland an einem Punkt die drittgrößte Kolonialmacht der Welt war und dementsprechend auch unglaublich brutal und unglaublich menschenverachtend in den Kolonien gehandelt hat. Man kann den Nationalsozialismus nicht verstehen, wenn man nicht auch den Kolonialismus mit einbezieht in die Analyse. Es gab eine Glorifizierung der deutschen Kolonialgeschichte und den Wunsch, wieder zu alter Stärke zu erwachen. Die ersten Konzentrationslager entstanden auf dem Gebiet der Kolonien. Eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Herero und Nama hat aber bis heute nicht stattgefunden. Es fehlen eine angemessene Entschuldigung und Entschädigung.

Sie fordern eine Dekolonisierung des Verstandes. Was meinen Sie damit?
Die Dekolonisierung des Verstandes ist ein Konzept, das ich eher aus Schwarzen, widerständigen Netzwerken kenne. Es war ein koloniales Projekt, den Kolonisierten einzureden, dass sie keine Geschichte und Kultur haben, dass sie unterentwickelt sind, um den Vorherrschaftsanspruch weißer Menschen zu legitimieren. Dem Verstand muss klargemacht werden, dass diese Rassifizierung einer weißen Phantasie entspringt. Weiße Menschen müssen von dieser Illusion befreit werden, dass sie in irgendeiner Form besser gestellt sind als andere Menschen.

Die *Black-Lives-Matter*-Bewegung war auch in Deutschland sichtbar. Was war und ist Gutes geschehen durch die Debatte? Was finden Sie schwierig?
Die Ermordung von George Floyd führte zu einer unglaublich großen Solidaritätswelle. Von weißen Freund*innen habe ich gehört, dass erstmalig in ihren Familien über Rassismus diskutiert wurde. Gleichzeitig war es eine Art Hype und es sind viele Leute auf diesen Hype-Zug mit draufgesprungen. Das Problem ist aber, dass Rassismus mit dem jetzt verebbenden Hype nicht zu Ende ist. Die Lebensrealitäten von Menschen, die Rassismus erfahren haben, haben sich in der Form nicht geändert.

Ich glaube aber, dass es Aktivist*innen gelungen ist, den Diskurs ein wenig zu verändern, weg von Rassismus als individueller Einstellung, hin zu Rassismus als Struktur. Todesfälle von Schwarzen Menschen in Polizeigewahrsam sind auch in Deutschland weiterhin nicht aufgeklärt. Aktivist*innen haben jetzt wieder auf diese Fälle hingewiesen und fordern Aufklärung. Auch das wurde durch die Debatte ausgelöst.

Rassismus funktioniert in Gesellschaften auch als Ordnungsprinzip, das Menschen mehr oder weniger Privilegien gibt. Menschen verzichten ungern auf Privilegien, auch wenn sie nicht rassistisch sein wollen.

Ich glaube, wenn Menschen hören, dass sie Privilegien haben, fühlen sie sich schnell falsch verstanden. »Jetzt wird mir abgesprochen, dass es mir ja auch nicht immer gut geht.« Darum geht es nicht bei dem Wort *White Privilege* (weiße Privilegien). Es geht darum, Privilegien innerhalb eines rassistischen Systems zu verstehen. Als weiße Person hat man zum Beispiel das Privileg, dass man sich zum einen nicht mit Rassismus auseinandersetzen muss, wenn man nicht möchte. Zum anderen hat man nicht automatisch Nachteile auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, in der Schule. Wir Schwarzen Menschen sind gezwungen, uns mit Rassismus auseinanderzusetzen, weil er allgegenwärtig in unserem Leben ist.

Wenn es dann darum geht, Privilegien abzugeben, geht es im ersten Schritt darum, das Privileg abzubauen, dass man sich nicht mit Rassismus auseinandersetzen muss. Dass man zum Beispiel in seinem direkten Umfeld nicht weghört, wenn rassistische Witze erzählt werden, sondern die Leute konfrontiert, dass man sich informiert auch über die eigene Positionierung als weißer Mensch in einem rassistischen System. Rassistische Systeme wurden errichtet, um weiße Menschen zu bevorteilen und es müssen auch weiße Menschen sein, die diese Systeme mit abbauen.

Dies ist ein wichtiger Satz zum Abschluss! Vielen Dank für das Gespräch!

Jeff Kwasi Klein ist Leiter des Antidiskriminierungsprojekts *EACH ONE* von *Each One Teach One e. V.* (EOTO). Bei EOTO koordiniert er Projekte, die die menschenrechtliche Situation von Schwarzen, afro-diasporischen und Menschen afrikanischer Herkunft sichtbar machen, insbesondere durch ein Monitoringprojekt zu Anti-Schwarzen Rassismus in Berlin. Derzeit ist er Vorstandsmitglied des *Migrationsrats Berlin*, wo er die Interessen einer Vielzahl (post-)migrantischer Selbstorganisationen gegenüber den politischen Institutionen Berlins vertritt. Darüber hinaus ist er Mitglied von *Bündnis 90/Die Grünen*, wo er als Vorstandsmitglied des Kreisverbands Berlin-Mitte und als Co-Sprecher des BIPoC-Empowerment-Netzwerkes *AG Bunt Grün* aktiv ist.

Jutta Weduwen ist Soziologin und seit 2012 ASF-Geschäftsführerin. Sie ist unter anderem Mitglied im Sprecher*innenrat der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R)* und im Vorstand der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.*

In Bewegung: die neue Rassismus-Debatte

Hadija Haruna-Oelker

Dass ein weißer Polizist den ▸ Schwarzen George Floyd am 25. Mai 2020 nicht mehr atmen ließ, hat vieles in Bewegung gebracht. Nicht nur auf den Straßen in den USA. Groß erscheint seitdem die Entschlossenheit vielerorts, mit Rassismus aufzuräumen. Auch in Deutschland hat die Dekolonisierungsbewegung einen Schub erhalten, die sich für eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit einsetzt. Auf der anderen Seite: Widerstände. Generalverdachtsvorwürfe von Seiten der Polizei. Bundesinnenminister Horst Seehofer, der eine bundesweite Studie zu Rassismus bei der Polizei absagt und damit für Unverständnis sorgt. Auch weil immer neue Fälle von Rassismus und Rechtextremismus bei der Polizei bekannt werden. Seit Monaten stecken wir inmitten einer neuen Rassismus-Debatte. Die Frage ist: Was kommt jetzt?

Nach dem Attentat von Hanau im Februar 2020 haben wir verpasst, über Rassismus zu sprechen. Endlich passiert es, könnte man also sagen. Oder Corona sei Dank, weil das Thema dadurch zwar verdrängt wurde, aber vielleicht genau deshalb jetzt so viel mehr Raum bekommen hat als erwartet, weil in Krisen viele Menschen empathischer und offener werden. Doch stellen der gewaltsame Tod George Floyds und die Folgen der Proteste Menschen auch vor Herausforderungen. Zu verstehen und zu berichten, wozu es an Expertise mangelt, weil sich gesellschaftlich kaum bis nie vertieft mit dem Thema Rassismus beschäftigt wird. Wir sind sprachlos, weil wir uns zu wenig mit dem Kolonialrassismus, seiner Geschichte, Sprache und ihren Bildern auseinandergesetzt haben. Veraltet ist hierzulande die Kenntnis über den Rassismus-Diskurs der vergangenen Jahrzehnte. Daraus speist sich die Unsicherheit, wenn es um die Auseinandersetzung mit Schwarzem Leben in Deutschland geht.

NEUE RASSISMUS-DEBATTE: IST ES DIESES MAL ANDERS?

Beim Versuch, jetzt mit Rassismus aufzuräumen, wird nun vielerorts diskutiert und aussortiert. Ran an die Strukturen – aber wie ist die Frage? Ein neues Polizeigesetz in Bremen will ▸ Racial Profiling verbieten. Das Logo eines Reisherstellers, das rassistische Bilder von Schwarzen Menschen bedient, und ein Gemälde von Georg Herold aus dem Jahr 1981, das im Frankfurter Städel ausgestellt ist und eine Gruppe von weißen Menschen darstellt,

Nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd gingen weltweit Menschen auf die Straße, um gegen Rassismus zu protestieren.

die einen Ziegelstein in Richtung eines Schwarzen Menschen schleudert, landen ebenso auf dem Prüfstand wie alte Flaggen, Denkmäler und Straßennamen. Unternehmen diskutieren über mehr Diversität in den eigenen Reihen. Talkshows und Sonderschwerpunkte besetzen nach harscher Kritik ihre Gästelisten erstmals wiederholt mit Schwarzen Menschen, die über strukturelle Probleme sprechen. Nach Corona wird in den Redaktionen Rassismus das Top-Thema 2020.

Die neue Rassismus-Debatte schwappt seit Monaten übers Land und viele Schwarze Menschen mussten sich in diesem Strudel erst einmal sortieren. Es geht in dieser Debatte auch erstmalig primär um sie. Sie alle gelten plötzlich als Expert*innen für Rassismus, obgleich die persönliche Erfahrung damit einen nicht automatisch dazu macht. Wer spricht, und zu welchem Aspekt – von denen es unzählige gibt, wenn es um das Thema geht? Die Böden werden überall aufgerissen und allerorts bräuchte es Schulungen, um die komplexen Zusammenhänge, die Infrastruktur des Rassismus zu verstehen. Es zeigt sich, wie viel Nachholbedarf es gibt, auch wenn das, was wir inhaltlich diskutieren, nicht neu ist. Aber es hat sich etwas verändert.

Demonstration im Gedenken an die Opfer des Attentats von Hanau.

Nach Tausenden von Erfahrungsberichten, die unter Hashtags wie #schauhin oder #metwo in den vergangenen Jahren getrendet haben, scheinen dieses Mal mehr Menschen davon bewegt zu sein. Nach den ersten Wochen der Erkenntnisfindung, dass es Rassismus wirklich auch in Deutschland gibt, wird das Thema nicht nur breiter im Mainstream diskutiert als zuvor. Auch die Stimmung der von Rassismus Betroffenen hat sich verändert. Das Schlagwort »Rassismusporno« erzählt davon, dass sie es leid sind, ihre Geschichten wieder und wieder zu erzählen, als müssten sie Zeugnis ablegen.

So drehten manche von ihnen den Spieß einfach um. »Erzählt ihr jetzt mal«, riefen die Journalist*innen Malcolm Ohanwe und Josephine Apraku nicht von Rassismus Betroffene dazu auf, sich mit dem eigenen Weißsein zu beschäftigen und ihre Privilegien in Frage zu stellen. Die Buchtitel von Alice Hasters »Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten« und Tupoka Ogettes »Exit Racism« schnellten in der Bestseller-Liste nach oben. Sie sind gerahmt von Vorreitern wie dem bereits 2008 erschienenen »Deutschland Schwarz Weiß« oder dem 1986 erschienenen Basiswerk der Schwarzen Bewegung in Deutschland »Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte.«

SCHWARZE LEBENSREALITÄTEN UND RACIAL PROFILING

Der Einsatz Schwarzer Menschen in Deutschland, ihre Leben sichtbar zu machen, hat eine lange Geschichte. Ein Grund, warum der bis August erhobene ▸ Afrozensus dies nun aufzeigen soll, an dem Schwarze Menschen teilnehmen konnten. Gebündelt werden Erfahrungen von über 200 Jahren in zum Teil fünfter Generation in Deutschland. Doch fehlt die Präsenz Schwarzer Menschen in allen Diskursen der Öffentlichkeit, in Forschung und Politik. Es geht um Ausschlüsse und Fragen von Teilhabe in den verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen: in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnraum, Politik, Kunst und Kultur, Medien oder entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Es geht um Geschichten, die in Filmen oder in Medien oft stereotypisierend erzählt – oder gar nicht erzählt werden. Der Sachverhalt ist komplex, anstrengend und schmerzhaft. In dieser Rassismus-Debatte kommt einiges zusammen und es geht dabei auch um politische Machtkämpfe, was die Polizei-Debatte zeigt.

Dazu ein Blick zurück, in die Zeit vor etwa acht Jahren, als hierzulande noch wenige den Begriff Racial Profiling überhaupt kannten. Der Quasi-Präzedenzfall eines Kasseler Studenten, der wegen einer rassistisch motivierten Personenkontrolle gegen die Bundespolizei klagte und vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz gewann, machte das Thema bekannt. Organisationen wie der Verein *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)* und die *Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)* trugen es in den Mainstream. Diesem Fall folgten weitere Klagen.

Wissenschaftler*innen wie Vanessa Thompson oder Daniel Loick arbeiten im Bereich Polizeiforschung und prägten den Begriff des Polizierens (policing) als ▸ postkoloniale Praxis in der deutschen Migrationsgesellschaft. Es geht dabei um die Polizei als Institution, ihre Gesetze und Praktiken, aber auch um die gesellschaftliche Ebene und die Frage, für wen die Polizei Sicherheit und Schutz bedeutet und für wen nicht.

DAS POLIZEIPROBLEM IST STRUKTURELL

Zu viele Einzelfälle und ungeklärte Polizeiskandale, wie die Fälle unter dem Schlagwort NSU 2.0, Unklarheiten über mögliche rassistische und rechtsextreme Netzwerke, das Ermittlungsversagen bei den Morden des NSU. Knapp zweihundert dokumentierte Fälle Schwarzer Menschen, die in Gewahrsam von Polizei und anderen Institutionen gestorben sind, listet die Kampagnengruppe *Death in Custody* (Tod in Gewahrsam).

▸ Racial Profiling, Beleidigungen, Gewalt. Auch die Polizeihochschulen haben in den letzten Jahren damit begonnen, ihre Ausbildung und die so genannte Cop Culture, also das Funktionieren ihrer Gefahrengemeinschaft, kritisch zu reflektieren. Eine unbedingte Solidarität und ein Code of Silence, ein Schweigegelübde innerhalb einer werterelativen Polizeikultur, kann problematisch werden, erklärte beispielsweise der Polizist und Professor für Polizeiwissenschaften an der Akademie der Polizei Hamburg, Rafael Behr. Zum Beispiel dann, wenn sich rassistisch gesinnte Gemeinschaften darüber finden und in WhatsApp-Gruppen zusammentun, wie kürzlich in Frankfurt am Main und in Nordrhein-Westfalen aufgedeckt wurde. Oder wenn der Korpsgeist Polizist*innen zum Schweigen verpflichtet, um keine Ausgrenzung zu erfahren und unabhängige Ermittlungsstrukturen fehlen, die verantwortlich handelnden Polizist*innen die Sicherheit geben könnten, das Richtige zu tun.

Inzwischen seien sich viele darüber einig, dass es auch in der Polizei eine Dekolonisierung – also eine Auseinandersetzung mit kolonialen rassistischen Mustern – bräuchte, die einen Kulturwandel einleiten würde. Eine Polizeipraxis, die sich nicht nur damit beschäftige, wie man bei einer Fahndung vorzugehen hat, sondern mehr nach dem Warum einer Maßnahme fragt. Es sei zum Beispiel zu hinterfragen, warum ein Schwarzer Mann niedergestreckt werden muss, indem man ihn dabei vom Fahrrad wirft – und ob bei der Indizienlage nicht eine sich selbst bestätigende Verdachtsschöpfung stecken könnte, erklärt Behr. Dann hätte der beschriebene Fall am 18. April dieses Jahres in Hamburg vielleicht vermieden werden können: Drei Zivilfahnder rissen einen Schwarzen Altenpfleger vom Fahrrad, weil sie ihn für einen Drogendealer hielten – ein Vorgang, der weite Verbreitung in den sozialen Netzwerken fand. Zurück bleibt ein verletzter Mensch mit einem Trauma.

DISKURSVERSCHIEBUNG UND DIE FRAGE, WER DEUTSCH SEIN KANN

Doch sind die Meinungen, sich als Polizei und Justiz mit dem Thema kritisch auseinanderzusetzen, gespalten. Auf der einen Seite gibt es die Einsicht in die Notwendigkeit und die Befürworter einer breiten, vom Bund getragenen Studie, die auch auf europäischer Ebene schon lange gefordert wird und kürzlich angekündigt wurde. Auf der anderen Seite die Absage einer solchen Studie durch Innenminister Horst Seehofer, der weiterhin keinen Bedarf sieht. Im Sommer wurde aus Stuttgart berichtet, dass der Polizeipräsident die nächtlichen Ausschreitungen in der Innenstadt durch Stammbaumrecherchen zu den Täter*innen nachverfolgen wolle, also einen Zusammenhang zwischen Familiengeschichten beziehungsweise Herkünften und Straftaten herstellen wollte.

Viele erinnert das Aufleben dieser Stereotype des vermeintlich kriminellen Ausländers an die Folgen der Debatte um die Silvesternacht in Köln auf den 1. Januar 2016. Sie geschah inmitten der großen Aufnahme von Schutzsuchenden, um die humanitäre Aktion mit »fehlgeleiteter Flüchtlingspolitik« zu diffamieren. Das Thema verschob sich und der Phänotyp des vergewaltigenden Muslims wurde gesetzt und via Polizeisprech der so genannte »Nafri« (Nordafrikanischer Intensivstraftäter) etabliert. Dieses Bild wurde medial mit kolonialrassistischen Titelseiten Schwarzer Hände auf weißen Frauenkörpern in der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Focus* inszeniert. Und wenig hinterfragt, dass man die Herkunft und Religion niemandem ansehen kann.

Wer ist Deutsch und wie sieht Deutsch-Sein aus? Wer ist Ausländer und wer fremd in diesem Land? Das Attentat von Hanau hat gezeigt, wie falsch der Begriff »Fremde« für die Opfer ist. Dass zeitgleich zu den ▸ *Black-Lives-Matter*-Protesten das Innenministerium in seiner Statistik über Hasskriminalität die Kategorie »deutschfeindlich« als neue statistische Kategorie einführt, um einen Gegensatz zu Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit zu schaffen, aber nicht über Rassismus zu sprechen, zeigt die Problematik und den fehlenden Kenntnisstand in der aktuellen Auseinandersetzung. Darauf hinzuweisen, dass es auch Rassismus gegen weiße Menschen gebe, entlarvt, wer als »Deutsch« und zugehörig gesehen wird und wer nicht. Zudem stammt der Begriff »Deutschenfeindlichkeit« aus dem rechten Spektrum, diese Begriffsnähe müsste bekannt sein.

DEKOLONISIERUNG UNSERES DENKENS UND DER INSTITUTIONEN

Eine Logik von Rassismus ist es, die eigene Macht zu verteidigen. Das zu verändern, braucht den Willen, sich damit auseinanderzusetzen. Wie können wir uns dekolonisieren, fragen deshalb jetzt viele Initiativen, Unternehmen und Medienhäuser. Wissenschaftler*innen sprechen gar von einer zweiten Dekolonisierung, bei der es nicht mehr nur um die historische Verantwortung geht, sondern um eine Dekolonisierung unseres Denkens. Knapp 135 Jahre nach der Berliner Afrika- oder Kongo-Konferenz, bei der Europa über die Aufteilung des Kontinents entschied, und 100 Jahre seit Ende des deutschen Kolonialreiches wächst zwar das Interesse am Thema, aber vorrangig in den Museen und Feuilletons. Dort zeigen sich historisch etablierte Machtverhältnisse, die bis heute weitergegeben werden. Ein Beispiel dafür ist die anhaltende Diskussion darüber, ob man das ▸ N-Wort noch sagen darf. Dabei könnte sich diese Frage längst erübrigt haben, wenn es einen breiten Konsens darüber gäbe, dass es geschichtlich erwiesen für die absolute Abwertung Schwarzer Menschen steht.

Viele hoffen nun, dass diese Rassismus-Debatte der Anstoß für einen längerfristigen Perspektivenwechsel ist, weil eine echte Demokratie keine Homogenität braucht. Nicht ohne Grund haben die *Black-Lives-Matter*-Demonstrationen auch in Deutschland eine neue Debatte über das Thema Diversität, Vielfalt entfacht. Ein Begriff, der nur in einer differenzierten Deutung erklärt, dass es in dieser Gesellschaft eine Intersektion, also eine Überschneidung verschiedenster Diskriminierungsmerkmale gibt. So geht es schlussendlich um mehr als die Perspektive Schwarzer Menschen, nämlich um den Zusammenhang und die Verschränkung verschiedener Ungleichheitsverhältnisse: um queere, behinderte, Schwarze, migrantische, muslimische und jüdische Menschen oder als solche gelesene. Sintezze*Sinti und Romnja*Roma. Arm und Reich. Die Antidiskriminierungs-Expertin Saraya Gomis rät, nicht nur unser Denken in Normen zu überwinden und uns auf lokale Gegebenheiten zu begrenzen, sondern den globalen Kontext mitzudenken und neben der individuellen Sensibilisierung Institutionen aller Art für das Thema zu professionalisieren.

DAS ANDERSSEIN NICHT ÄNDERN UND MIT VIELHEIT UMGEHEN LERNEN

Als Ziel stellen wir uns vor: eine geschrumpfte Mehrheit, die der Vielfalt der Gesellschaft gewichen ist, sodass es keine Minderheit mehr gibt, die durch eine vermeintliche Mehrheit Ablehnung erfährt. Eine Gesellschaft der Vielen, wie sie vielerorts schon propagiert wurde.

Die Politikwissenschaftlerin **Hadija Haruna-Oelker** lebt und arbeitet als Autorin, Redakteurin und Moderatorin in Frankfurt am Main. Hauptsächlich arbeitet sie für den Hessischen Rundfunk. Zudem moderiert sie das regelmäßige Format »StreitBar« der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank und schreibt eine monatliche Kolumne in der Frankfurter Rundschau. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Jugend und Soziales, Migration und Rassismusforschung. Mehr zu Ihrer Person: www.hadija-haruna.de

Quellennachweis: *Erstveröffentlichung auf der Webseite der Heinrich-Böll-Stiftung www.boell.de,* *Urheberrechtslizenz CC-BY-NC-ND 4.0*
www.boell.de/de/2020/07/22/bewegung-die-neue-rassismus-debatte

213 Todesopfer seit 1990. Ein trauriger Rückblick auf 30 Jahre rechtsextremer Gewalt

Ibo Muthweiler

Beim Brandanschlag in Mölln am 23. November 1992 starben Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz.

213 Todesopfer rechter Gewalt zählt die *Amadeu Antonio Stiftung* seit dem 3. Oktober 1990. 213 Menschen, die ermordet wurden, weil sie nicht in das Weltbild von Rechtsextremen und anderen Menschenfeinden passten. Oder weil sie Zivilcourage zeigten, dem Hass widersprachen und demokratische Grundwerte verteidigten. Viele dieser Taten sind der Öffentlichkeit kaum bekannt, existierten nur als Meldung in einer Lokalzeitung und waren schnell vergessen. Von staatlicher Seite offiziell anerkannt als rechtsextrem motiviert sind lediglich 109 dieser Tötungsdelikte. Eine hohe Diskrepanz, die vorrangig auf ein defizitäres Erfassungssystem der Ermittlungsbehörden zurückzuführen ist, das einzelnen Beamt*innen einen zu großen Entscheidungsspielraum bei der Klassifikation von sogenannten »politisch motivierten« Straftaten einräumt. Diese setzt Wissen über die menschenverachtenden Motive voraus, das häufig fehlt. Dass die Schicksale der 213 Menschen dennoch bekannt sind, ist journalistischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu verdanken. Sie versuchen, das Ausmaß tödlicher Gewalt möglichst realitätsnah zu dokumentieren, die Fälle in die Öffentlichkeit zu bringen und ein würdiges Gedenken der Opfer zu ermöglichen. Die Zahl kann jedoch nur eine Annäherung an das Phänomen sein und es muss von einer hohen Dunkelziffer von Fällen ausgegangen werden, bei denen die Tatmotivation nicht erkannt oder dokumentiert wurde.

Die dokumentierten Fälle der zurückliegenden 30 Jahre geben Zeugnis über eine erschreckende Kontinuität rechter Morde. Sie verdeutlichen die dahinterliegenden Weltbilder und zeigen, welche gesellschaftlichen Gruppen dem Hass zum Opfer fallen. Sie sind aber auch Hinweise auf zeitgeschichtliche Besonderheiten – denn bei aller Kontinuität unterliegt die Gewalt immer auch Konjunkturen der Mobilisierung von rechts.

DIE GEWALT DER WIEDERVEREINIGUNG

Dem antifaschistischen Selbstbild entsprechend durfte es in der DDR weder Rechtsextremismus noch Rassismus oder Antisemitismus geben. Rechtsextreme Subkulturen wurden deshalb vom Staat weitestgehend ignoriert und heruntergespielt, was dazu führte, dass sie sich ungehindert ausbreiten konnten. In Westdeutschland hingegen hatte es die rechtsextreme Szene geschafft, unter anderem mit der NPD, der FAP und den Republikanern eine breite Parteien- und Organisationsstruktur aufzubauen. Mit dem Zusammenbruch der DDR kam es zu einer Vereinigung der rechtsextremen Kräfte, die in den Wirren der Wiedervereinigung an vielen Orten für einen regelrechten Straßenterror verantwortlich waren. Rechtsextreme Gewalt gab es auch vor 1990, aber mit der Wiedervereinigung wurde sie so massiv, dass Staat und Zivilgesellschaft mit einer systematischen Erfassung rechter Gewalt begannen.

Das erste Todesopfer forderte diese Welle der Gewalt am Abend des 7. Oktober 1990 im Brandenburgischen Lübbenau. Der aus Polen stammende Andrzej Frątczak besuchte eine Diskothek, in der sich auch mehrere rechtsextreme Skinheads aufhielten. Diese suchten Streit mit Frątczak und weiteren polnischen Arbeitern, bezeichneten sie als »Kanaken« und riefen die Parole »Ausländer raus«. Das 36-jährige Opfer wurde von drei der Skinheads erst zusammengeschlagen und später mit einem Messer erstochen.

Bei einem rassistisch motivierten Anschlag wurden am 19. Februar 2020 elf Menschen getötet.

Bis zum Ende des Jahres 1993 folgten auf diese Tat mindestens 56 weitere Morde und unzählige Angriffe. Die Morde und Angriffe wurden befeuert durch eine breite öffentliche und mediale Hetze gegen Migrant*innen und Asylbewerber*innen. In diese Zeit fielen die rassistischen Brandanschläge von Mölln am 23. November 1992 – bei dem Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz starben – sowie von Solingen am 29. Mai 1993, bei dem Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç ihr Leben verloren.

STAATLICHES VERSAGEN IM UMGANG MIT RECHTER GEWALT

Das Ausmaß rechtsextremer Gewalt ging zwar Mitte der 1990er Jahre zurück, blieb aber auf einem konstant hohen Niveau. Die Nullerjahre waren geprägt von den Morden des »NSU«. Zwischen 2000 und 2007 ermordete die Terrorzelle Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Die Ermittlungsbehörden schlossen einen rechtsextremen Tathintergrund aus und stigmatisierten stattdessen die Angehörigen der Opfer – in den Berichten des Bundestags-Untersuchungsausschusses war später die Rede von »staatlichem Versagen«.

Obwohl die polizeilichen Erfassungskategorien im Jahr 2001 umfassend reformiert wurden, verkannten die Behörden weiterhin eine Vielzahl der Morde mit menschenverachtenden Motiven. Morde, die aufgrund einer Ideologie der sozialen Ungleichwertigkeit geschahen, wurden (und werden) von Polizei und Justiz häufig nicht als politisch motiviert gewertet, obwohl die Abwertung sozial schwächerer Gruppen ein Wesensmerkmal rechtsextremer Ideologie ist. Ein Beispiel dafür ist der bis heute nicht anerkannte Mord an dem 59-jährigen Karl-Heinz Teichmann: Der Wohnungslose wurde am Morgen des 23. Juli 2008 von einem bekennenden Rechtsextremen schlafend auf einer Leipziger Parkbank aufgefunden und so schwer verprügelt, dass er sechs Wochen später an den Verletzungen starb. Der Angriff erfolgte mit den Worten, Teichmann solle »hier nicht pennen«.

Rechtsextreme Gewalttaten werden häufig spontan verübt. Unvermittelt trifft es jene, die in den Augen der Täter*innen einer bestimmten sozialen Gruppe angehören. Diese Feindbilder sind nicht wahllos, sondern basieren auf historisch gewachsenen Ideologien. Daneben richtet sich rechtsextreme Gewalt auch gegen Menschen, die diesen Weltbildern aktiv widersprechen. Einer dieser Couragierten war Helmut Sackers. Der 60-Jährige akzeptierte nicht, dass sein Nachbar wiederholt und laut neonazistische Musik spielte. Als er dem bekennenden Rechtsextremen am 29. April 2000 mit einer Anzeige drohte, erstach dieser den Rentner mit einem Messer. Helmut Sackers war das 182. Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung.

MIGRATIONSFEINDLICHE MOBILISIERUNG UND NEUE FORMEN DES RECHTSTERRORISMUS

Seit 2015 durchzog eine erneute Welle rassistischer Gewalt die Bundesrepublik. In Talkshows und in den sozialen Netzwerken schüren die AfD und ihr nahestehende Medien Ressentiments gegen Geflüchtete und liefern damit eine Legitimationsgrundlage für Gewalt. Alleine im Jahr 2015 gab es mehr als 200 Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete. Personen, die vorher nicht in rechtsextremen Strukturen aktiv waren, entwickelten sich plötzlich zu Täter*innen: Am 1. März 2017 starb die 85-jährige Ruth K. an den Folgen einer Rauchvergiftung. Ihre 75-jährige Nachbarin legte wiederholt Feuer in dem gemeinsamen Wohnhaus und nahm die Gefährdung der Bewohner*innen billigend in Kauf. Die Brandstiftungen waren rassistisch motiviert. Die Täterin beschuldigte nach ihren Taten einen ebenfalls im Haus lebenden Asylsuchenden, die Feuer gelegt zu haben, erstattete mehrfach Anzeige gegen ihn und hetzte die Nachbarschaft auf. Ruth K. wurde das Opfer eines Brandanschlags, der nicht ihr galt.

Gleichzeitig kam es in den vergangenen Jahren zu massiven organisierten, rechtsterroristischen Aktivitäten. Während »klassische« rechtsextreme Strukturen wie die *Gruppe Freital* oder die *Oldschool Society* Gewalttaten planten oder verübten, entwickelte sich global eine neue Form des Rechtsterrorismus: Täter, die sich in digitalen Räumen radikalisieren, in denen zutiefst menschenverachtende Inhalte verbreitet und die Opfer rechtsextremer Gewalt verhöhnt werden. Der versuchte antisemitische Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019, in dessen Folge Kevin S. und Jana L. ermordet wurden, entsprach dieser neuen Form des Rechtsterrorismus. Ebenso der rassistisch motivierte Anschlag in Hanau vom 19. Februar 2020, bei dem Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nessar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov und Gabriele Rathjen ermordet wurden.

Der Hass verändert seine Form. Gesellschaftliche Dynamiken bringen neue Täter*innenstrukturen hervor, wecken das schlummernde Gewaltpotential oder lassen es ruhen. Die Feindbilder, die Gruppen, die der Hass trifft, bleiben dieselben. 213 Todesopfer rechter Gewalt sind eine nicht hinnehmbare Tatsache, für die die Gesellschaft Verantwortung übernehmen muss. Von staatlicher Seite in Form einer Anerkennung und Aufarbeitung der Verbrechen, durch Prävention und Intervention. Für die Zivilgesellschaft bedeutet es: hinsehen, einschreiten, widersprechen, dranbleiben.

Ibo Muthweiler hat Politikwissenschaft in Marburg und Berlin studiert und arbeitet als Referent beim Opferfonds CURA der *Amadeu Antonio Stiftung*. Mit dem Opferfonds werden Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt finanziell unterstützt. Außerdem schafft das Projekt durch Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit Aufmerksamkeit für das Thema Hassgewalt.

»Es gibt leider keinen rassismusfreien Ort.«

Gedanken der Freiwilligen Tonya Frankenberger zu *Black Lives Matter*

Tonya Frankenberger ist seit September Freiwillige in Norwegen.

LABEL »SCHWARZ«

Noch vor ein paar Monaten hätte ich mich nie so bezeichnet. »Schwarz« – ein Wort, das sonst in negativen Kontexten auftaucht: Schwarzfahren, Schwarzarbeit, schwarzes Schaf. Es steht für Falschheit, Schlechtes und Ungewissheit. Ich habe mich angegriffen gefühlt, wenn ich als »schwarz« bezeichnet wurde. Mich störte zum einen das Wort, da ich faktisch keine schwarze Haut habe, aber auch, dass meine Hautfarbe überhaupt zu einem Thema gemacht wurde. So fühlte ich mich herausgedeutet von allen anderen Menschen um mich herum. So, als wäre ich anders.

Seit dem »Revival« der ▸ *Black-Lives-Matter*-Bewegung (*BLM*) im März 2020 setze ich mich viel mehr mit meinem Schwarz-Sein auseinander. Ich bezeichne mich nun bewusst als ▸ Schwarz (mit großem »S«). Schwarz sein bedeutet für mich, Teil einer gesellschaftlichen Gruppe zu sein, die ähnliche Erfahrungen aufgrund von sozialen Konstrukten und Vorurteilen macht.

Eine Erfahrung in diesem Kontext ist besonders prägend für mich: In der achten Klasse lasen wir zwei Zeitungsberichte über einen Ort in Norddeutschland im Deutschunterricht. Der erste Text vermarktete den Ort als tolle Entspannungsoase, perfekt für eine Urlaubsreise. Der andere berichtete von rassistischen Angriffen auf Schwarze Menschen. Nachdem wir beide Texte gelesen hatten, wandte sich mein Lehrer zu mir und fragte mich: »Tonya, würdest du denn zu diesem Ort reisen?« Ich war erschrocken, dass nur ich gefragt wurde. Schließlich hatte ich mich gar nicht gemeldet. Außerdem kam mir gar nicht in den Sinn, dass dieser Zeitungsartikel irgendetwas mit mir zu tun haben könnte. Wieso sollte nur ich eine Meinung dazu haben sollen? Als ich antwortete, hatte ich einen riesigen Kloß im Hals. Warum wusste ich eigentlich nicht so genau. Doch das Gefühl, anders als die anderen wahrgenommen und behandelt zu werden, war sehr schmerzhaft. Ich schaute meine beste Freundin an, da ich dachte, dass sie diese Situation als genauso unangenehm empfinden müsste. Doch bemerkte sie mein Unwohlsein überhaupt nicht. So wurde mir klar, dass, obwohl wir am selben Ort geboren und aufgewachsen sind, wir die Welt unterschiedlich wahrnehmen und ebenfalls anders behandelt werden können.

DIE BLACK-LIVES-MATTER-BEWEGUNG

Die Zeit im März und April 2020 war intensiv. Auf den *BLM*-Kundgebungen habe ich viele Schwarze Menschen gesehen, die durch ihr Tun die Welt bewegen. Das war sehr inspirierend für mich. Ich fühlte mich sehr verbunden mit ihnen. Trotz dessen empfand ich die Zeit auch als anstrengend und belastend. Plötzlich wurde in jedem Gespräch das Thema Rassismus angesprochen. Auch wurde ich oft nach eigenen Rassismus-Erfahrungen oder Tipps gefragt, wie man sich als weißer Mensch verhalten sollte. Es war toll, dass meine Freund*innen eine Konversation führen wollten, doch fühlte ich mich sehr erschöpft und leer. Erfahrungen von Ausgrenzung sind durchaus schmerzhaft. Wenn also Menschen mir von Rassismus-Erfahrungen anderer Schwarzer berichten, werde ich mit vielen Schicksalen konfrontiert, die auch mir eventuell passieren können oder sogar schon passiert sind. Mehr als zuvor wurde ich in dieser Zeit auf der Straße von weißen Männern sexualisierend oder erschrocken angestarrt, sodass ich manchmal einfach nicht das Haus verlassen wollte. Dementsprechend versuchte ich, mich möglichst wenig mit dem Thema Rassismus zu beschäftigen. Ein paar Monate später aber hatte ich dann die Kraft und Lust, dies zu tun.

AUFGEWACHSEN OHNE REPRÄSENTATION

Ich wäre gerne mit einem Schwarzen Vorbild aufgewachsen, hätte gerne Schwarze Lehrer*innen gehabt und hätte gerne Schwarze Menschen in jedem Bereich des Lebens gesehen. Es ist ein tolles Gefühl, eine Autoritätsperson vor sich stehen zu haben, die so aussieht wie du selbst. Repräsentation bewegt und inspiriert. Denn so werde ich bestärkt, meine Ziele anzustreben, weil ich Schwarze Menschen in allen Bereichen des Lebens sehe. Diese Wahrnehmung gibt mir die Gewissheit, dass viele Bereiche auch mir offenstehen. Als ich ein Praktikum in einer Grundschule machte, passierte etwas Wundervolles. Ein Junge kam zu mir und sagte: »Du siehst aus wie meine Mama!« Dann erzählte er mir, dass er ein Spion sei und eine riesige Kiste voll mit Schätzen hortete. Der Junge fühlte sich aufgrund meines Aussehens verbunden mit mir, obwohl er mich gar nicht kannte.

KEIN RASSISMUSFREIER ORT

Als Kind erlebte ich, dass viele andere Kinder und auch Erwachsene meine Locken toll fanden und sie berühren wollten. Mich hat das mit der Zeit etwas genervt, da es immer und immer wieder passierte. Im Kindergarten beschloss ich dann, meinen Erzieher*innen einfach Haare von mir zu schenken. Nach jedem Frisör*innenbesuch nahm ich die abgeschnitten Haare mit, packte sie in Päckchen und verschenkte sie. Für mich war das die einzige logische Lösung.

Generell war ich immer froh, in einer multikulturellen Umgebung zu leben. Trotz dessen erlebe ich auch in Frankfurt Rassismus, denn es gibt leider keinen rassismusfreien Ort! Rassismus und Situationen der Unterscheidung können überall auftreten: in der Psychotherapie (!), der Schule, in Freundeskreis und Familie, in Institutionen und so weiter. Es ist eine gesellschaftliche Konstante, die in den Köpfen der Menschen lebt. Es sind Mikroaggressionen im Alltag, die nur kurz andauern, aber in der Summe einfach schmerzhaft sind. Zum Beispiel werde ich manchmal auf Englisch angesprochen und auch, wenn ich auf Deutsch antworte, wird weiterhin Englisch gesprochen.

Gedanken und Sorgen treiben mich um. Zum Beispiel die Angst, dass ich eine Arbeitsstelle nur aus Repräsentationsgründen bekommen könnte. Oder wie Vermieter*innen einer Wohnung reagieren, wenn ich vor ihnen stehe, oder dass die Person, die mich unfreundlich behandelt, etwas Vorurteilsbehaftetes in mich hineinliest. Diese Gedanken machen mir Angst.

Ich habe viele Bewältigungsstrategien und suche nach Möglichkeiten, mit Mikroaggressionen, Angst und Schmerz umzugehen. Ein Weg ist das Erzählen.

SCHWARZE DEUTSCHE GESCHICHTE

Zum ersten Mal setzte ich mich nach meinem Abitur mit Schwarzer deutscher Geschichte auseinander. Ich wusste zuvor nicht, dass Schwarze Menschen seit Jahrhunderten in Deutschland lebten. Eines Tages fiel mir das Buch »Farbe bekennen. Afro-Deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte.« auf. Das Buch thematisiert die Geschichte Schwarzer deutscher Frauen von 1872 bis in die 1980er Jahre. Diese Perspektiven wurden nie im Geschichtsunterricht behandelt. Generell kommen Perspektiven von Frauen, People of Colour und Black People of Colour (▸ BPoC) im Lehrplan fast gar nicht vor, dabei wäre es doch so wichtig. Es ist ein tolles Gefühl, mit der Geschichte Schwarzer Frauen in Deutschland auch meine Geschichte zu kennen und mich nicht immer nur mitdenken zu müssen.

DEUTSCH SEIN!?

Oft habe ich von weißen Deutschen gehört, dass sie sich schämen, deutsch zu sein. Der Grund sei die Nazivergangenheit. Ich hatte im Ausland schon mehrmals Situationen erlebt, in denen ich durch meine Herkunft mit dem deutschen Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wurde. Zum Beispiel wurde gesagt: »Ich lass mir nichts von jemandem sagen, der aus einem Land kommt, das zwei Weltkriege angezettelt hat.« Für mich sind das spannende Situationen. Zum einen fühle ich mich ganz komisch und irgendwie schuldig für die Taten meiner Vorfahren. Auf der anderen Seite denke ich, dass ich ja sowieso in dieser Zeit ein Opfer der Nazis gewesen wäre, was mich allerdings nicht weniger deutsch macht. Der Satz »Ich bin deutsch«, löst Freude, ein bisschen Angst vor Fragen und Ablehnung, aber auch Kraft in mir aus. Mir wird das Deutsch-Sein oft abgesprochen, daher bewerte ich diesen Satz als Akt des Widerstands und der Stärke.

ZUGÄNGE VON ASF ZU SCHWARZER GESCHICHTE

Ich wünsche mir von ASF, dass eine intensivere Auseinandersetzung mit Schwarzer Geschichte stattfindet, also beispielsweise auch durch die Beschäftigung mit Schwarzen Opfern der NS-Zeit. Ich sehe, dass ASF sich bemüht. So gab es beim Vorbereitungsseminar einen Workshop zu kolonialen Strukturen und Schwarzen Lebensrealitäten. Weiterhin wurde das Thema »Weißes Privileg« mittels eines Videos thematisiert. In dem Video erzählten Jugendliche von Erfahrungen Schwarzer Menschen und strukturellen Rassismusproblemen. Am Schluss wurden weiße Menschen dazu aufgefordert, ihre Privilegien zu reflektieren. An sich eine super Idee, doch fragte ich mich, warum es weiße Menschen sind, die von Schwarzen Realitäten berichten. Braucht es das? Sollten es nicht eher Betroffene sein, die über ihre Erfahrungen sprechen? Auch fragte ich mich, warum dieses Video in unserem Seminar gezeigt wurde. Schließlich richtete es sich ganz klar nur an weiße Menschen. So wurden alle PoC und vor allem BPoC von ASF bei dem Versuch ausgeschlossen, ihre eigene Perspektive zu repräsentieren. Ich wünsche mir, dass sich ASF nachhaltig mit Schwarzen Perspektiven und Antirassismus beschäftigen wird.

Ich bin in einem wundervollen Projekt involviert: *Stiftelsen Signo*, einer Einrichtung für gehörlose Menschen. Oslo ist eine tolle Stadt. Die Themen Alltagsrassismus und -sexismus sind hier für mich weniger präsent als in Deutschland. Ich erlebe alle Menschen als sehr respektvoll und fühle mich viel wohler und akzeptierter als in Frankfurt. So merke ich, dass ein großes Gewicht von mir abfällt. Manchmal unterschätze ich, wie sehr mich diese Mikroaggressionen doch belasten.

Mein größter Wunsch für die Zukunft ist, dass ich durch mein Tun die Welt zu einem friedvolleren (und nachhaltig bewohnbaren) Ort mache. Ich wünsche mir eine Welt, in der wir einfach nur sein können. Auch wünsche ich mir, dass ich die Welt, so wie sie ist, akzeptieren, aber gleichzeitig mit verändern kann. Na ja, eines ist sicher: Alles ist in Bewegung.

Tonya Frankenberger hat 2019 das Abitur gemacht. Danach ist sie auf das *International People's College* in Dänemark gegangen und absolvierte anschließend einen Bundesfreiwilligendienst bei *Creative Change e. V.* Sie macht derzeit ihren Freiwilligendienst in Oslo, Norwegen, bei der *Stiftelsen Signo* und arbeitet dort mit gehörlosen Menschen mit Behinderungen.

Sich dem postkolonialen Erbe stellen

Zur Wirkungsgeschichte des deutschen Kolonialismus

Reinhart Kößler

Deutschland ist ein ▸ postkoloniales Land, nur wissen das die meisten Deutschen nicht, oder sie geben sich keine Rechenschaft darüber, was das bedeutet. Das haben sie in ihrer Überzahl auch nicht nötig, weil sie im Alltag ganz gut ohne solches Wissen oder gar Bewusstsein auskommen. Ganz anders etwa Menschen, die in Süd- oder Zentralnamibia leben, dem Schauplatz des von der deutschen Schutztruppe 1904 bis 1908 im damaligen Deutsch-Südwestafrika verübten ersten Völkermordes des 20. Jahrhunderts. Ihnen stehen nicht nur koloniale Denkmäler vor Augen, über deren Sturz momentan verstärkt debattiert wird, sondern ihnen ist zum Beispiel der Zugang zu Ahnengräbern verwehrt, die sich heute auf privaten Farmen befinden – eine Folge der durchgängigen Enteignung afrikanischen Landes, die einen wesentlichen Bestandteil des Völkermordes ausmachte.

Für Deutsche braucht es einige Anstrengung, sich über die eigene postkoloniale Lage klarzuwerden. Der Antrieb dazu kann aus dem Bedürfnis nach Selbstvergewisserung kommen, aus dem Wunsch zu verstehen, wo die viel zu weit verbreiteten rassistischen Einstellungen eventuell herrühren, von denen man selbst, Verwandte oder Freund*innen betroffen sind, oder auch aus dem Bestreben, sich klarer zu werden über die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, die Deutschland so tief geprägt hat.

DEUTSCHER KOLONIALISMUS, DEUTSCHE KOLONIEN

Deutsche waren an kolonialen Unternehmungen beteiligt, lange bevor es Deutschland als Staat überhaupt gab. Die reichen Kaufmannsfamilien der Fugger und Welser aus Augsburg partizipierten am spanischen Kolonialreich in Amerika und am transatlantischen Versklavungshandel. Da schaltete sich später auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der »Große Kurfürst« (geb. 1620) ein, der für ein paar Jahrzehnte Faktoreien an der westafrikanischen Küste besetzen ließ.

Die deutsche Nationalbewegung, die im 19. Jahrhundert für die Vereinigung der zersplitterten deutschen Monarchien und auch für die Republik stritt, betrachtete die koloniale Expansion als ein wichtiges Ziel, vor allem, um die Millionen von Auswandernden in eine deutsche Siedlungskolonie zu leiten. Als die Vereinigung 1871 schließlich mit »Blut und Eisen« im kleindeutschen Rahmen erreicht war, erklärte Bismarck das Deutsche Reich zunächst für »saturiert«, nur um 1884 dem Druck nachzugeben und die koloniale Ausbreitung in Afrika und Ozeanien einzuleiten. Damit war ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine »Weltpolitik« vollzogen, die bald zum Wettrüsten vor allem bei der Hochseeflotte, zu imperialistischen Rivalitäten nach außen und Militarismus nach innen und schließlich zu zwei Weltkriegen führen sollte.

Nigerianische Frauen tragen bei Gedenkzeremonien ihre traditionellen Trachten.

Wie der moderne europäische Kolonialismus generell, so war auch die deutsche Kolonialherrschaft von einem vielfältigen Gewaltgeschehen geprägt, nicht zuletzt auch durch die brutale Unterdrückung des indigenen Widerstandes. Diese Kriege fanden ihren Höhepunkt 1903 bis 1908 im Namibischen Krieg gegen Ovaherero und Nama sowie 1905 bis 1907 im Maji-Maji-Krieg im heutigen Tanzania, damals Deutsch-Ostafrika. Der Maji-Maji-Krieg forderte Hunderttausende von Todesopfern, weit mehr, als die Bevölkerung des damaligen Deutsch-Südwestafrika, des heutigen Namibia überhaupt ausmachte. Dort gipfelten die gegen Afrikaner*innen gerichtete Vernichtungsstrategie und die Internierung der Überlebenden in oft gleichfalls tödlichen Konzentrationslagern im Völkermord an Ovaherero und Nama. Die systematische Landenteignung und andere scharfe Beschränkungen sollten nach der Schließung der Lager die noch lebenden Afrikaner*innen zu beliebig verfügbaren, atomisierten Arbeitskräften machen. Weil sie gezielt darauf gerichtet waren, auch letzte Formen von Gemeinschaftsleben zu zerschlagen und eine Neubelebung zu blockieren, müssen diese »Eingeborenen-Verordnungen« als dritter Bestandteil des Völkermordes gelten, legt man die einschlägige UN-Resolution von 1948 zugrunde. Die Landenteignungen öffneten endgültig das Land dem Zustrom weißer, in erster Linie deutscher Siedler*innen – Namibia war die einzige deutsche Kolonie, die als geeignet dafür galt, freilich aufgrund seines ariden Klimas in sehr geringem Ausmaß.

Im Maji-Maji-Krieg starben zwischen 1905 und 1907 hunderttausende Menschen.

Das frühere Kolonialkriegerdenkmal in Bremen – in Form eines monumentalen Elefanten – wurde zum Kern eines antikolonialen Erinnerungsparks umgewidmet.

Dabei geschah der Völkermord anders als in den meisten vergleichbaren Fällen keineswegs im Geheimen. Die deutsche Öffentlichkeit war darüber informiert durch Zeitungsberichte, in der Presse abgedruckte Briefe von Soldaten, offiziöse Berichte, die Publikation von Erlebnisberichten und Romanen, die ausdrücklich die »Ausschaltung« der Afrikaner*innen rechtfertigten, welche angeblich das Land nicht zu nutzen wussten. Ein Höhepunkt war die Reichstagswahl des Jahres 1907, als der Wahlkampf vor allem gegen die Sozialdemokratie mit Parolen geführt wurde, die das Wettrüsten und den Kolonialismus propagierten. Hier wurden die Entmenschlichung von Ausgegrenzten und hemmungslose Gewalt als Heldentat verherrlicht und banalisiert. Immerhin beklagte die sozialdemokratische Presse schon damals die daraus folgende »Verrohung«. Als es drei Jahrzehnte später nicht mehr gegen Menschen in einem fernen Land, sondern gegen die eigenen Nachbarn ging, mögen diese Erfahrungen beigetragen haben, dass das Unsagbare hingenommen und sogar aktiv unterstützt wurde.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurden die deutschen Kolonien von den Entente-Mächten besetzt und diesen im Versailler Vertrag von 1919 als Völkerbunds-Mandat zugesprochen. Damit war Deutschland nach kurzer Kolonialherrschaft zum ersten postkolonialen Land geworden. Freilich blieb die kolonialrevisionistische Agitation während der Weimarer Republik sehr aktiv. Unter der Nazi-Herrschaft wurde die Rückgewinnung der Kolonien propagiert, doch erhielt die mit Mitteln des Völkermords betriebene koloniale Expansion in Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges absoluten Vorrang. Dennoch spielte vor allem der Versuch eine Rolle, nach der Niederwerfung Frankreichs über das Vichy-Regime Kontrolle über die französischen Kolonien zu erlangen.

KOLONIALE AMNESIE …

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges spielte Deutschlands koloniale Vergangenheit im öffentlichen Bewusstsein allenfalls eine sehr untergeordnete Rolle. Das bedeutet keineswegs, dass es kein Wissen darüber gegeben hätte, dass Deutschland einmal Kolonialmacht war. Wenn auch zögerlich, setzten in beiden deutschen Staaten Forschungen ein, die begannen, das Thema für die Geschichtswissenschaft zu erschließen. Das führte aber nicht zu einer Entkolonisierung des öffentlichen Bewusstseins. Vielmehr wurde, als sich die überkommenen Vorstellungen von

einer deutschen Nation, der ein »Platz an der Sonne« – und damit auch Kolonien – gebühre, endgültig als gefährliche Phantasien erwiesen hatten, die Dimension der kolonialen Vergangenheit von späteren Konstruktionen abgespalten. Das gilt für das Konzept eines Verfassungspatriotismus im Westen ebenso wie von der »sozialistischen Nation« in der DDR. Erst recht gilt dies für die Erklärung des Gedenkens an »Auschwitz« als integraler Bestandteil der deutschen Staatsräson. In allen diesen Vorstellungen spielt es keine Rolle, dass Deutschland Kolonialmacht war und dass dies entscheidend seine Geschichte im 20. Jahrhundert geprägt hat.

Immer wieder meinen deutsche Politiker*innen, ihre guten Dienste bei der Schlichtung von Konflikten in Afrika anbieten zu können, weil Deutschland ja angeblich kolonial nicht belastet sei und so die Rolle des ehrlichen Maklers spielen könne. Andererseits verabschiedete der Bundestag 1989, im Vorfeld der lang umstrittenen Unabhängigkeit Namibias, eine Resolution, in der von der »besonderen Verantwortung« Deutschlands für die ehemalige Kolonie die Rede ist – freilich ohne zu sagen, worin diese Verantwortung denn bestehe oder worauf sie beruhe. Es hat dann mehr als 25 Jahre gedauert, bis das Auswärtige Amt 2015 auf sehr informelle Weise, lediglich in Form einer mündlichen Aussage des Pressesprechers wissen ließ, dass es seinen langjährigen Widerstand aufgegeben habe, den in Namibia begangenen Völkermord als solchen zu bezeichnen. Auch danach, während der sich noch immer hinziehenden Verhandlungen mit der namibischen Regierung über die aus diesem Sachverhalt folgenden Konsequenzen, machten deutsche Diplomaten immer wieder verbale Rückzieher.

… UND ERINNERN

Dennoch konnte die koloniale Amnesie in den letzten Jahren ein wenig zurückgedrängt werden. Die hundertsten Jahrestage des Völkermords in Namibia 2004, aber auch des Maji-Maji-Krieges 2005, als im heutigen Tanzania Hunderttausende ihren antikolonialen Widerstand mit dem Leben bezahlten, fanden in Deutschland eine für viele überraschend große Resonanz. Heute bestehen in vielen Städten postkoloniale Initiativen, die koloniale Bezüge im alltäglichen Umfeld erforschen und über thematische Internet-Seiten, über postkoloniale Stadtspaziergänge oder auch Aktionen zur Änderung von Straßennamen, die auf koloniale Verbrechen Bezug nehmen, auf solche Zusammenhänge aufmerksam machen. Ähnliches gilt für die noch immer vorhandenen Kolonialdenkmäler. Das größte und auffälligste, das frühere Kolonialkriegerdenkmal in Bremen – in Form eines monumentalen, aus Ziegeln errichteten Elefanten – wurde in mehreren Stufen zum Kern eines antikolonialen Erinnerungsparks umgewidmet.

Wie so oft, treten auch hier zivilgesellschaftliche Initiativen da ein, wo die offizielle Politik aus Nachlässigkeit oder einem fragwürdigen Verständnis des nationalen Interesses dabei versagt, das Richtige zu tun. Das kann kein Ersatz sein etwa für eine nach wie vor ausstehende offizielle Entschuldigung für Verbrechen wie den Völkermord in Namibia, aber auch die zahlreichen anderen Kolonialkriege, mit der die Bereitschaft einhergehen sollte, das begangene Unrecht im Rahmen des heute noch Möglichen wiedergutzumachen. Dies kann nur von Regierungsseite erfolgen, und die Weigerung der Bundesregierung, sich im Rahmen der laufenden Verhandlungen mit Namibia auf »Reparationen« oder »Wiedergutmachung« auch nur einzulassen, unterstreicht, dass die kritische Zivilgesellschaft hier noch lange von entscheidender Bedeutung sein wird.

Reinhart Kößler, geb. 1949, im Ruhestand, ist freier Mitarbeiter am *Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg*, apl. Professor am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg sowie Visiting Associate Professor am Institut für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Seit 1980 ist er Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Peripherie*, deren Mitbegründer er auch ist. Themenschwerpunkte seiner Arbeit sind Gesellschaftstheorie, Entwicklungstheorie, Institutionenpluralismus und Ethnizität und postkoloniale Erinnerungspolitik. Neuere Buchveröffentlichungen: Namibia and Germany. Negotiating the Past (2015), Völkermord – und was dann? Die Politik der deutsch-namibischen Vergangenheitsbearbeitung (2017), mit Henning Melber.

Verflechtungen von Postkolonialismus und Antisemitismus? Die Causa Mbembe

Alica Saathoff

Achille Mbembe weist die Vorwürfe und eine Nähe zur BDS-Bewegung entschieden zurück – allerdings steht er dazu, dass er die israelische Politik offen kritisiert.

Anlässlich der Einladung des ▸ postkolonialen Denkers Achille Mbembe zur Eröffnung der Ruhrtriennale Anfang 2020 warf unter anderem Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung zur Bekämpfung von Antisemitismus, ihm israelbezogenen Antisemitismus vor, der sich an Mbembes Einschätzung von Israel als Kolonialstaat und der Unterstützung für *Boycott, Divestment and Sanctions* (BDS) zeige. Klein sah in den Schriften Mbembes die Singularität der Shoah negiert und die Erträge der deutschen Erinnerungskultur missachtet.

MBEMBES POSTKOLONIALE POSITION

Um Achille Mbembe in den postkolonialen Theorien zu verorten, ist ein Blick in sein prominentestes Werk »Kritik der schwarzen Vernunft« ratsam. Anhand dessen lässt er sich in der Theorie des *Provincializing Europe* des indischen Historikers Dipesh Chakrabarty verorten, die von einer Deklassierung Europas ausgeht. In seinem gesamten Werk nutzt er das ▸ N-Wort. Dabei ist dieses für ihn ein Ausbeutungskörper, der immer wieder reproduziert wird. Anhand eines europäischen Habitus beispielsweise bezogen auf Migrant*innen kann eine Parallele zu Sklav*innen in Mbembes Postulat der »conditio nigra« für alle subalternen Gruppen und Individuen gezogen werden. Wo Fremdenfeindlichkeit ausgrenzt und Andersgläubige herabgesetzt werden, greife die globale »conditio nigra« als bestimmendes Moment unserer Gegenwart. Diesen Diskriminierungszusammenhang formuliert er gleichzeitig als ein Moment der Stärke. Für Mbembe ist die Begrifflichkeit »conditio nigra« wesentlich mehr der Hintergrund gewesen, dass die Herkunft den Anstoß dafür bilde, über die allgemeine »conditio humana« nachzudenken. Mbembe nimmt die »conditio nigra« als ein Postulat des »Schwarzwerdens der Welt«. Dies begründet Mbembe in seiner Vorstellung einer idealen Welt, die von einer internen Vernunft beherrscht werde, die sich nicht an nationalen Grenzen bemessen ließe und so alle Menschen der Welt einbeziehe.

Mbembes »moralische Gesinnung des Reparierens« ist eine Forderung zur Aufarbeitung rassistischer Sprache und Politik sowie zu Wiedergutmachung. Der Glaube, dass es die gemeinsame Aufgabe aller Menschen ist, die Erde zu reparieren und dass die Welt allen Menschen gleichermaßen gehört, geht mit dem Akt des gerechten Teilens einher. Die Frage von Wahrheit und Aufrichtigkeit des europäischen Umgangs mit dem globalen Süden ist mit der Frage nach der Reparatur zerrissener Bande verbunden. Europa müsse sich daher seiner Schuld stellen, in deren Bewältigung ein Umdenken stattfinden solle – die Dekolonisation des Denkens in allen Bereichen des Lebens unter dem Slogan »Decolonize Yourself«. Hinsichtlich der unumkehrbaren kulturellen Verflochtenheit in der Welt kann laut Mbembe nur ein Prozess des heilenden Aneinanderfügens der gewaltsam amputierten Teile der Weltgesellschaft einer Zukunft dienlich sein.

LEERSTELLEN DER POSTKOLONIALEN STUDIEN?

Mbembe weist die Vorwürfe und eine Nähe zur BDS-Bewegung entschieden zurück – allerdings steht er dazu, dass er offen die israelische Politik kritisiert. Die Grenze zwischen politischer Kritik am Staat Israel und antizionistischem Antisemitismus ist nicht deutlich zu ziehen. Überdies findet sich in vielen Werken der postkolonialen Studien eine einseitige Parteinahme gegen Israel als imperialistischer Kolonialstaat.

Die Debatte zeigt ein tieferliegendes Problem, das jenseits der Rassismus- und ▸ Postkolonialismusforschung zu verorten ist: eine Leerstelle in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und der Intersektionalität von Diskriminierungsformen. Die Diskussion zeigt den postkolonialen Hang zur strategischen Selbstverortung innerhalb einer Verbindung eines partikularen und universellen Anliegens. Andererseits geht es inhaltlich in der Aussage Mbembes darum, dass kein menschliches Leid weniger bedeutsam ist als das andere und so auch nicht die Leiden der Shoah.

Zur Verhältnisbestimmung von Antisemitismus und Rassismus liegen in der Wissenschaft zahlreiche Auseinandersetzungen vor. Überwiegend wird Antisemitismus von postkolonialen Theoretikern als eine Rassismusform verstanden. Diese Definition wird in der Antisemitismusforschung vielfach als Abwertung und Ignoranz gegenüber den einzigartigen Merkmalen des Antisemitismus empfunden.

DIE DEFIZITE IN DER ÖFFENTLICHEN MBEMBE-DEBATTE

Einige Stimmen in der Mbembe-Debatte betonen, dass der Antisemitismusverdacht benutzt werde, um einer Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands aus dem Weg zu gehen. Ähnlich wie die Philosophin Susan Neiman und die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann es formulieren, geht es um das Verhältnis der Erinnerungskulturen zueinander, da nur durch ein solidarisches Ineinandergreifen ein effektiver globaler Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus geführt werden könne, der diejenigen in die Pflicht ruft, die vergangenes Unrecht wiedergutzumachen haben und sich somit der Aufarbeitung des Bösen in der eigenen Geschichte zu stellen haben.

In der Debatte um Mbembe treffen zwei große Narrative der letzten Jahrhunderte aufeinander, wobei alle Beteiligten mit der Rhetorik des Verdachts agieren, welche zum Machtkampf der Ideen gehört. Die wissenschaftliche Legitimität der Narrative der Shoah und des Kolonialismus werden im Kontrast zur Schuld und deren Aufarbeitung nicht in Frage gestellt, sodass sich eine Art Konkurrenzkampf zwischen beiden Forschungszweigen entwickelte. Diese unterscheiden sich im Kern nicht wesentlich, da beide sich mit Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungsstrukturen durch die weiße westliche Mehrheitsgesellschaft auseinandersetzen und wie gegen diese vorgegangen werden kann. Dieser Konkurrenzkampf verstellt den Blick auf die jeweils spezifische und zugleich korrelierende Geschichte und wird den aktuellen Bedürfnissen einer sich globalisierenden Erinnerungskultur nicht gerecht.

PERSPEKTIVEN FÜR ZUKÜNFTIGE DEBATTEN

Fraglich bleibt, warum nicht gemeinsam unterschiedliche Arten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit analysiert werden können, wie unter anderem in der vergleichenden Genozidforschung. Insgesamt findet an deutschen Universitäten kaum Austausch zwischen ▸ Postkolonialismus- und Antisemitismusforschung statt. Auch wenn Antisemitismus und Rassismus sich historisch und gegenwärtig voneinander unterschieden, darf die Verflochtenheit der beiden gesellschaftlichen Phänomene nicht außer Acht gelassen werden. Da sich Gemeinsamkeiten in Funktion und Wirkweisen von Antisemitismen und Rassismen ausmachen lassen, ist es für einen vergleichenden Blick bereichernd, wenn die spezifischen Forschungserkenntnisse aufeinander bezogen werden. So ließen sich zum Beispiel mit dem postkolonialen Konzept des ▸ Otherings Dichotomisierungsprozesse besser nachvollziehen. Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt verweist darüber hinaus auf die Bedeutung der Vorurteilsforschung, die zwar ein wesentliches Fundament der Antisemitismus- und Rassismuskritik bildet, aber durch die aktuelle Rassismusforschung noch zu ergänzen sei. Fernerhin bedarf es einer kritischeren Beschäftigung mit der kollektiven Erinnerungspolitik in Deutschland, da diese Rassismus insbesondere in den nationalsozialistischen Kontext rückt, Antisemitismus tabuisiert und einer Aufarbeitung des Kolonialismus noch nicht wesentlich nachgekommen ist.

Alica Johanna Saathoff studiert an der *Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg* Geschichte und Evangelische Theologie für den gymnasialen Master of Education sowie den Fachmaster Ökumene und Religionen und steht kurz vor der Beendigung des Studiums. Sie ist Mitglied im *Netzwerk für antisemitismus- und rassismuskritische Religionspädagogik und Theologie* und zertifiziert in den Interkulturellen Jüdischen Studien.

Dialogräume öffnen

Die Debatte um Achille Mbembe

Ellen Ueberschär

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, fragte bei bestimmten Vergleichen von Achille Mbembe auf der Linie Holocaust und Kolonialismus sowie auf der Linie Apartheid in Sudafrika und israelische Besatzungspolitik nach.

Seit zweieinhalb Jahren hat die Bundesregierung einen Antisemitismusbeauftragten. Immer wieder ergreift der Diplomat und Jurist Felix Klein zu Themen das Wort, die sich für den öffentlichen Diskurs nicht angenehm anfühlen. Aber keine andere Debatte hat bisher die Dimension seiner Kritik am geplanten Auftritt des kamerunischen Politikwissenschaftlers Achille Mbembe als Festredner der Ruhrtriennale erreicht.

Ein großer Teil der Kritik von unterschiedlichen Seiten hatte mit der konkreten Person kaum etwas zu tun, wenn zum Beispiel losgelöst von der konkreten Debatte das klassischste aller antisemitischen Argumentationsmuster – das Walten einer sogenannten Israel-Lobby – mit Mühe kaschiert wurde und davon die Rede war, dass der Regierungsbeauftragte sich eine »Strategie von Lobbygruppen zu eigen (mache), die einen entgrenzten Antisemitismus-Begriff instrumentalisieren«. Jede*r Regierungsbeauftragte darf und soll kritisiert werden, schließlich ist das kein Fall von Majestätsbeleidigung, aber schwierig wird es, wenn Amt und Person gleichzeitig delegitimiert werden. Die Fürsprache für Mbembe, den leidenschaftlichen Kämpfer gegen den Kolonialismus und die damit verbundenen Denkfiguren, tritt bei dieser Form der Fundamentalkritik weit in den Hintergrund.

Statt des Wassers eines erkenntnis- und friedensfördernden Dialogs floss das Rohöl einer Absetzungsforderung in ein Feuer, in dem alle verbrennen und für niemanden etwas zu gewinnen ist, solange es um eine liberale und diskriminierungsfreie Gesellschaft geht. Von den Träger*innen des öffentlichen Diskurses wünscht man sich durchgehend eine aufklärerische Debatte, die der Gegenwartsdeutung hilfreich ist, anstatt eine Polarisierung voranzutreiben, die der Historiker Natan Sznaider in die beiden »moralischen Narrative des 20. Jahrhunderts« gefasst hat. Das eine Narrativ sei der Holocaust, mit all den historischen Konsequenzen, die damit verbunden sind – allem voran die Gründung des Staates Israel und das notwendig darauf folgende Bekenntnis des deutschen Staates zu diesem jüdischen und demokratischen Gemeinwesen.

Das andere Narrativ aber sei, so Sznaider, der Kolonialismus und Imperialismus. Aus ihm folge der Kampf gegen den Rassismus. »Israel und die Juden«, so Sznaider, »befinden sich im Brennspiegel von beiden«. Denn einerseits werden – insbesondere in den ▸ postkolonialen Theorien – die Juden und der Holocaust als Teil einer großen Rassismusgeschichte und als Opfer eines menschenvernichtenden Kolonialismus verstanden, auf der anderen Seite aber erscheinen die heutigen Israelis als weiße Siedler*innen – wobei »weiß« weniger die Hautfarbe als vielmehr die Positionierung im antikolonialen Kampf bezeichnet. »Israel«, so spitzt Sznaider zu, erscheint als »eine Siedlergesellschaft, die die eingeborene Bevölkerung unterwirft und die als Handlangerin des Westens gesehen wird.«

In der Debatte um Achille Mbembe und Felix Klein treffen diese beiden moralischen Narrative aufeinander. Ihre Unversöhnlichkeit hat mit der Moralität des jeweiligen Narrativs zu tun. Der Antisemitismusbeauftragte erlaubte sich Nachfragen zu bestimmten Vergleichen von Achille Mbembe auf der Linie Holocaust und Kolonialismus sowie auf der Linie Apartheid in Südafrika und israelische Besatzungspolitik. Er brachte so gewissermaßen im Namen des einen moralischen Narratives – des Holocausts – Kritik am

Werk und an aktuellen Handlungen des Theoretikers Mbembe zur Sprache, die inzwischen durchaus validiert wurde. Denn im Hintergrund steht eine Entwicklung, die von der Forschung seit einiger Zeit als »Israelisierung des Antisemitismus« beschrieben wird. Israel ist das sichtbarste Zeichen jüdischen Lebens in der Welt. So wird die einzige Demokratie im Nahen Osten zu einer Projektionsfläche für politische Kritik, hinter der sich oft genug das alte Welterklärungsmuster der Judenfeindschaft verbirgt.

ISRAELISIERUNG

Für das moralische Narrativ des Kolonialismus und des Imperialismus steht Achille Mbembe wie kein zweiter. Für die große Leidenschaft seines Plädoyers, die Welt und das Denken zu dekolonisieren, hat er in Deutschland renommierte Preise erhalten. Sein aufschlussreiches Denken und seine emotionale Art zu formulieren, haben Vielen im Norden und im Westen das Empfinden und die Weltsicht derjenigen nahegebracht, die bis heute unter den Folgen des Kolonialismus leiden. Es geht Mbembe in erster Linie um Afrika, dann aber auch um die ganze Welt – der Holocaust und die Palästinenser*innen eingeschlossen. Sein Grundansatz ist zutiefst human und daran interessiert, den »Zugang zu den Grundfesten der Zukunft« wieder zu eröffnen.

Aber kann man wirklich den Holocaust und das Nahost-Problem zur Illustration des Kolonialismus-Narrativs heranziehen? Übersieht man damit nicht die historische Hartnäckigkeit und die Geschicklichkeit des Antisemitismus im Austausch seiner Maskeraden? Stärkt es wirklich das Anliegen der Dekolonisierung, wenn Israel nicht als das wahrgenommen wird, als das es von Jüdinnen und Juden in aller Welt gesehen wird – als Garant ihrer Sicherheit und Freiheit?

Hinzu kommt die Frage nach einer viel tiefer liegenden, aber umso beunruhigenderen Schicht im Werk Mbembes – die nach einer möglichen Verwendung antijudaistischer Stereotype. Jehuda Bauer, ehemaliger wissenschaftlicher Leiter von Yad Vashem, hat immer wieder auf die theologische Verwurzelung antijüdischer Ressentiments verwiesen. Diese Tiefenschicht gilt es auch in diesem Fall näher zu beleuchten. Relativ früh in der Debatte fiel Kenner*innen des Werkes von Mbembe auf, dass er beispielsweise auf ein Gottesbild im Alten Testament rekurriert, das einen zürnenden und strafenden Gott konstruiert, oder dass er die Talionsformel »Auge um Auge. Zahn um Zahn« als rachsüchtiges Muster präsentiert und nicht als das, was sie im historischen Kontext war – eine Begrenzung von Rachegelüsten.

KRITISCHE ANFRAGEN

Nun stellt sich natürlich zu Recht die Frage, warum die Kritiker*innen Mbembes diese Entdeckungen möglicher Antisemitismen nicht schon früher bemerkt und bemängelt haben. Schließlich liegt die Niederschrift der zitierten Sätze zum Teil mehrere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurück. Verteidiger*innen Mbembes vermuten dahinter eine Instrumentalisierung des Antisemitismus, um öffentliche Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern zu unterdrücken.

Vielleicht brauchte es aber auch einfach die kritischen Anfragen eines deutschen Regierungsbeauftragten, um diese globale Debatte offen zu führen. Zwar artikulieren sich ihre Protagonist*innen momentan noch nicht in offenen Dialogräumen, sondern in Form von offenen Briefen, Protestnoten und einer heftigen medialen Debatte mit vielen gegenseitigen Unterstellungen und Ultimaten. Aber Wissenschaft und Medien sollten sich weniger als Potenziale einer Eskalation um konkurrierende moralische Narrative begreifen. Vielmehr sollten sie sich endlich daran machen, die dringend benötigten Dialogräume zu öffnen. Dann wäre der Streit um Achille Mbembe und Felix Klein ein heftiger, aber guter Auftakt für eine notwendige Diskussion über das Verhältnis postkolonialer Theoriebildung und Antisemitismus gewesen.

Dr. Ellen Ueberschär, die 2004 zur Pfarrerin ordiniert worden war, ist seit Juli 2017 Vorstand der *Heinrich-Böll-Stiftung*, gemeinsam mit Barbara Unmüßig. Sie ist verantwortlich für die Inlandsarbeit der Stiftung sowie für Außen- und Sicherheitspolitik, Europa und Nordamerika, die Türkei und Israel. Außerdem verantwortet sie *Green Campus*, das Studienwerk, die *Grüne Akademie*, sowie das Archiv *Grünes Gedächtnis*. Bis Anfang 2006 war Ellen Ueberschär Studienleiterin für Theologie, Ethik und Recht an der Evangelischen Akademie Loccum und von 2006 bis 2017 Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages. In dieser Funktion verantwortete sie sechs evangelische Kirchentage sowie einen ökumenischen Kirchentag.

Erstabdruck im Juni 2020 im Zeitzeichen.
zeitzeichen.net/node/8372

Wahn und Vorurteil: Warum zwischen Antisemitismus und Rassismus unterscheiden?

Maria Kanitz und Laura Schlagheck

Im allgemeinen Verständnis wird Antisemitismus häufig als Unterform von Rassismus verstanden. Ein Zusammenfallen der Begriffe führt aber dazu, dass bei ihrem Auftreten keinem von beiden effektiv begegnet werden kann. Die kritische Betrachtung beider Phänomene, ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede ist dabei unabdingbar. Nur wenn wir beide Erscheinungsformen richtig verstehen und einordnen können, sind wir in der Lage, angemessen auf sie zu reagieren. In diesem Sinne versucht der vorliegende Beitrag, eine erste Annäherung an die Distinktionsmerkmale beider Phänomene zu geben. Vorab möchten wir aber darauf hinweisen, dass es bei der Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Rassismus niemals um eine Wertung gehen darf. Die folgende Gegenüberstellung der beiden Phänomene soll lediglich dem besseren Verständnis dienen und nicht etwa der Frage nachgehen, ob eine Form der Diskriminierung schlimmer sei als die andere.

Ein Grund für die Subsumierung von Antisemitismus unter Rassismus liegt in der mangelnden Auseinandersetzung mit beiden Phänomenen. Im Fall von Antisemitismus geht dies häufig mit seiner alleinigen Verortung im Nationalsozialismus einher. Tatsächlich fällt er in dieser spezifischen Ausprägung mit einer rassistischen Ideologie zusammen, allerdings stellt dies eben nur eine seiner (historischen) Spielarten dar. Durch die Reduktion auf den Nationalsozialismus werden andere Ausprägungen, die sich auch heute noch in der Mehrheitsgesellschaft finden, ignoriert. Darüber hinaus findet eine Gleichsetzung mit Rassismus statt. So wird verkannt, dass die Phänomene Antisemitismus und Rassismus trotz vieler Gemeinsamkeiten strukturell unterschiedliche Positionen in der Gesellschaft einnehmen und sich anderer Feindbilder und Ressentiments bedienen. Die drei im Folgenden aufgeführten Merkmale sollen die Unterscheidung verständlicher machen:

DIFFERENZMARKIERUNG

Sowohl im Antisemitismus als auch im Rassismus ist die Markierung des Anderen als Negativfolie zur Abgrenzung des eigenen Kollektivs zentral. Historisch gesehen besteht ein Unterschied jedoch darin, dass »der Jude«[1] als »Gefahr von innen« gesehen wurde, während die Rassifizierten völlig aus der Nation ausgeschlossen blieben. Letztere dienten somit zur Absicherung der Nation nach außen, »dem Juden« hingegen wurde als »Dritter« eine Untergrabung dieser Einheit unterstellt (Holz 2000). Auch in der nationalsozialistischen Ideologie ist diese Unterscheidung zu finden. Demnach ging eine größere, weil abstraktere Gefahr von »den Juden« aus, welche sich parasitär in die Gesellschaft eingeschlichen hätten und diese nun von innen zersetzen würden. Während rassistisch markierte Individuen klar »woanders« verortet wurden, wurde die Jüd*innen zugeschriebene Heimatlosigkeit als zusätzliche Gefahr für die nationalstaatliche Ordnung empfunden. Dies zeigt sich unter anderem in dem Bild des internationalen Judentums, das von einer Weltverschwörung durch eine, über den gesamten Globus vernetzten, jüdischen Elite ausging.

PROJEKTION

Projektionen können nach Freud als Verdrängungsmechanismen verstanden werden, die es ermöglichen, unliebsame Teile aus dem Selbst auf andere zu übertragen. Dabei werden Eigenschaften, die in der Gesellschaft abgelehnt sind und folglich aufgrund ihres Selbstverständnisses nicht zugelassen werden, den Anderen zugeschrieben. Dieser Prozess ist sowohl für Antisemitismus als auch für Rassismus von großer Bedeutung. Die Rassifizierten werden dabei in die Nähe der Natur gerückt. Ihnen wird Triebhaftigkeit, Naturverhaftetheit und Primitivität unterstellt, auch Stigmata wie unkontrollierte Sexualität und Faulheit spielen eine Rolle. Jüd*innen wiederrum werden eher als übermächtig imaginiert, ihnen wird ein »Zuviel an Intelligenz, Reichtum und Macht« zugeschrieben. Das Objekt der jeweiligen Projektion ist also ein anderes. Darüber hinaus unterscheidet sich ihre Funktion: Der rassifizierte Andere wird herabsetzend zu dem, was die Zivilisation hinter sich gelassen hat und über das sich die Rassist*innen nun erheben können. »Der Jude« steht hingegen für

1 »Der Jude« steht in Anführungszeichen, um die Unterscheidung zwischen der antisemitischen Imagination und tatsächlich existierenden jüdischen Menschen sichtbar zu machen. Im antisemitischen Weltbild wird häufig nicht zwischen weiblich und männlich differenziert, daher verwenden wir darüber hinaus das genereische Maskulinum. Sofern von realen Menschen gesprochen wird, verwenden wir die Bezeichnung Jüd*innen oder jüdische Bevölkerung.

eine abstrakte Übermacht, die die Fäden der Welt in der Hand hält und mit Leidenschaft gehasst werden kann (vgl. Sartre 1994, S. 15).

WAHN UND VERNICHTUNG

Ein weiterer Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus liegt in dem wahnhaften Element, das für letzteren charakteristisch ist. Zwar sind auch Rassist*innen oft wahnhaft, im Antisemitismus ist dies aber ein zentrales Element seiner Struktur. Es liegt in der Überzeugung der Antisemit*innen, die Wahrheit darüber gefunden zu haben, »wie die Welt wirklich ist«. Sie glauben, die Ursache für alles Schlechte im »Juden« gefunden zu haben. Er allein ist verantwortlich, weil er die Welt aus dem Hinterzimmer heraus steuert. In der Identifikation »des Juden« mit dem Bösen schlägt der leidenschaftliche Antisemitismus in Wahn um, aus ihm heraus folgt der Wunsch nach seiner Beseitigung. So genügt es Antisemit*innen nicht, »den Juden« zu vertreiben, er muss vernichtet werden. Ein Beispiel hierfür ist, dass jüdische Menschen von den Deutschen auch weiterhin in Vernichtungslager deportiert wurden, obwohl der Krieg für sie bereits verloren war und die Ressourcen, die zur Deportation genutzt wurden, in der militärischen Notlage dringend an anderer Stelle benötigt worden wären.

Der Vernichtungsgedanke ist antisemitischen Deutungsmustern also inhärent. Im Rassismus ist dies nicht immer der Fall, Rassist*innen wollen die von ihnen als minderwertig Kategorisierten nicht unbedingt vernichten. Sie sehen im »edlen« oder auch »primitiven Wilden« keine Übermacht, sondern eher eine Figur, die unter dem Deckmantel der »Zivilisation« ausgebeutet und versklavt werden kann. Rassismus ist somit auch funktionaler Natur, als Ideologie und Praxis dient er dazu, die bestehenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten und zu legitimieren. Die in der rassistischen Hierarchie Untenstehenden sind dabei notwendig, um das System zu erhalten und so die Privilegien der Kolonisator*innen zu sichern. Dies findet sich bis heute in allen Bereichen der Gesellschaft, so dass Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohn- oder Arbeitsmarkt sowie Alltagsrassismus bis hin zu Gewalterfahrungen für die immer noch als »anders« Markierten an der Tagesordnung sind. Außerdem soll hier mit aller Deutlichkeit angemerkt werden, dass in Gegenwart und Vergangenheit Menschen auch immer wieder aus einer rassistischen Ideologie heraus planmäßig ermordet wurden.

Um zusammenzufassen: Trotz ihrer Gemeinsamkeiten unterscheiden sich Rassismus und Antisemitsimus in ihrer Struktur. Während »der Jude« als übermächtige Instanz imaginiert wird, die vernichtet werden muss, dient Rassismus zur Herabwürdigung seines Objekts, zur Legitmierung seiner Unterdrückung und zur Aufrechterhaltung der Privilegien der weißen Mehrheitsgesellschaft. Es ist wichtig, zwischen Antisemitismus und Rassismus zu unterscheiden, um Ressentiments und ideologische Weltbilder zu entlarven und angemessen auf sie reagieren zu können.

Literatur

Holz, Klaus (2000): Die Figur des Dritten in der nationalen Ordnung der Welt, In: Soziale Systeme, 6. Jg., Heft 2, S. 269–290.

Sartre, Jean-Paul (1983): Drei Essays. Ist der Existentialismus ein Humanismus? Materialismus und Revolution. Betrachtungen zur Judenfrage. Frankfurt/M. u. a.: Ullstein.

Laura Schlagheck ist Sozialwissenschaftlerin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Analyse von Geschlecht im Kontext von Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus und auf der theoretischen Differenzierung dieser drei Phänomene. Momentan beschäftigt sie sich vor allem mit der Konstruktion »gefährlicher Weiblichkeit« im Rahmen rassistischer und antisemitischer Ideologien.

Maria Kanitz ist Antisemitismusforscherin. Ihre Themenschwerpunkte liegen im Bereich Antifeminismus, Antisemitismus und der Auseinandersetzung mit verschwörungsideologischen Weltbildern. Im Jahr 2019 hat sie ihre Masterarbeit zum Thema »›Gendergaga‹, ›Femilobby‹, ›Frühsexualisierung‹, ... Antifeminismus als Einstiegsideologie der Neuen Rechten« fertiggestellt. Dort hat sie unter anderem untersucht, inwiefern Antifeminismus als Türöffner für (neu-)rechte Denkweisen angesehen werden kann. Sie lebt und arbeitet in Berlin.

Erstabdruck in »Schule und Antisemitismus – Politische Bestandsaufnahme und pädagogische Handlungsmöglichkeiten«, Beltz-Verlag, 2020.

Marie Nejar – eine Kindheit als Schwarzes Mädchen auf St. Pauli im Nationalsozialismus

Ute Brenner

Marie Nejar hat über ihre Kindheit im Nationalsozialismus und ihre Zeit als Kinderstar eine Autobiografie geschrieben.

Marie Nejar wird 1930 als Tochter einer Deutschen und eines Ghanaers geboren. Ihre Mutter Cécilie verheimlicht die Geburt und lässt ihr Kind in einem Waisenhaus in Mülheim/Ruhr zurück. Erst drei Jahre später erfährt Maries Großmutter zufällig von ihrer Existenz und holt sie zu sich nach Hamburg. Marie Nejar wächst in einfachen Verhältnissen im Stadtteil St. Pauli auf, als die Nationalsozialisten an die Macht kommen. Ihre Großmutter war von ihrer großbürgerlichen Familie verstoßen worden, weil sie einen Kreolen aus Martinique geheiratet hatte.

Als Kind ist Marie Anfeindungen und Diskriminierungen im Alltag ausgesetzt. Sie sei schwarz und schmutzig, weil sie sich nicht richtig gewaschen habe, sagen Mütter auf der Straße zu ihren Kindern. Andere beschimpfen sie als »Blutschande«. Lange glaubt Marie, wenn ihre Mutter einen weißen Mann heiraten würde, würde auch ihre Haut weiß werden. 1936 wird sie eingeschult. Erst später erfährt sie, dass einige Eltern ihren Kindern verboten hatten, mit ihr zu spielen, aus Angst, sogenannte nicht-arische Bindungen könnten negative Konsequenzen für sie haben.

Im zweiten Schuljahr lernt Marie viel über Adolf Hitler. Am 20. April singen sie ihm zu Ehren seines Geburtstags mit erhobenem rechten Arm »Deutschland, Deutschland über alles«. Sie ist begeistert von der »schmissigen Melodie« und den großartigen Leistungen, die er vollbracht hat. Warum ihre Oma voller Hass gegenüber diesem Mann zu sein scheint, versteht sie lange nicht.

Im April 1940 erhält Marie die Aufforderung, sich beim Bund Deutscher Mädel (BDM) zu melden. Sie freut sich auf das Singen und Turnen mit ihren Mitschülerinnen. Doch als sie dorthin geht, schmeißt ein Jungscharführer sie mit den Worten »Deine Mutter hat es mit einem Nigger getrieben!« raus. Die Demütigung sitzt tief und ihre Schwärmerei für Adolf Hitler ist damit beendet.

Doch sie erfährt auch Solidarität, als in der Schule die Rassengesetze der Nationalsozialisten durchgenommen werden und die Rede von der überlegenen »weißen Rasse« und den »primitiven Rassen« ist. Mitschülerinnen trösten sie in der Pause: »Was soll das? Du bist doch auch arisch.« In der kommenden Zeit wird das Leben für Marie schwieriger und gefährlicher. Sie erkrankt schwer an Scharlach. Der jüdische Hausarzt rät dennoch davon ab, sie ins Krankenhaus zu bringen, weil er befürchtet, sie könnte dort aufgrund der Rassengesetze zwangssterilisiert werden.

1942 bekommt Marie eine Statistenrolle im Film »Münchhausen«. Dafür wird sie von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels höchstpersönlich für zwei Wochen von der Schule freigestellt, um eine Rolle als Page zu spielen, der mit einem riesigen Palmenwedel einer Haremsdame frische Luft zufächelt. Im Jahr darauf, im Juli 1943, erlebt Marie, wie bei der »Operation Gomorrha« durch Luftangriffe von Briten und Amerikanern weite Teile Hamburgs zerstört werden.

Kurz vor Kriegsende wird Marie mit 14 Jahren als Zwangsarbeiterin eingezogen. Sie landet zunächst in einem Munitionswerk. Aber weil man dem zierlichen Mädchen die schwere Arbeit nicht zutraut, wird sie in die Keks- und Zwiebackfabrik Triumph geschickt. Dort arbeitet sie Tag für Tag bis zum Ende des Krieges. Eine Entschädigung hat sie dafür nie bekommen.

Nach dem Krieg schlägt Marie sich als Zigarettenverkäuferin durch, bis ein Schallplattenproduzent zufällig auf sie aufmerksam wird. Er verpasst ihr den Künstlernamen »Leila Negra« und macht sie – obwohl sie bereits zwanzig Jahre alt ist – zum Kinderstar, der mit einem riesigen Teddybär im Arm auf die Bühne geht. Sie singt in Revuen und Filmen an der Seite von Peter Alexander, Conny Froboess, Lale Andersen und Peter Kraus.

Mit Ende zwanzig hat sie genug davon, einen Kinderstar zu spielen. Sie hängt ihre Künstlerkarriere 1957 an den Nagel und wird Krankenschwester. Diesen Beruf übt sie bis zur Rente aus.

Am 20. März 2020 feierte Marie Nejar ihren 90. Geburtstag. Sie lebt in Hamburg.

SCHWARZE MENSCHEN IM NATIONALSOZIALISMUS

Die Erfahrungen in Bezug auf Entrechtung und Verfolgung ▸Schwarzer Menschen im Nationalsozialismus sind vielschichtig und teilweise widersprüchlich, weil es verschiedene Gruppen gab: In Deutschland lebten afrikanische Migrant*innen, Afro-Deutsche, Afro-Europäer*innen und Afro-Amerikaner*innen, die sich als Studierende oder Unterhaltungskünstler*innen nur für eine gewisse Zeit im Land aufhielten. Die jeweilige Herkunft entschied über die Art der Verfolgung.

In den Nürnberger Rassengesetzen vom September 1935 wurde festgelegt, dass Schwarze Menschen von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen und dass Eheschließungen mit Weißen untersagt sind. »Man tötete uns nicht, ließ uns aber auch nicht leben«, sagte Theodor Wonja Michael, der als Afro-Deutscher den Nationalsozialismus erlebte. Um Geld zu verdienen, da es für sie oft keine anderen Verdienstmöglichkeiten gab, arbeiteten Schwarze Menschen als Darsteller*innen in sogenannten Völkerschauen, bei denen sie wie in einem Zoo zur Schau gestellt wurden.

Laut Schätzungen wurden 2.000 Schwarze Menschen in Konzentrationslagern ermordet. 1937 wurden in einer geheimen Aktion mehrere hundert Jugendliche sterilisiert. Sie waren Kinder von deutschen Frauen und französischen sowie amerikanischen Schwarzen Besatzungssoldaten aus der Zeit der Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg. Eine Entschädigung oder Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus gab und gibt es für sie bis heute nicht. *ubr*

Das Buch:
Marie Nejar: Mach nicht so traurige Augen, weil du ein Negerlein bist. Meine Jugend im Dritten Reich.
Rororo, 2007

Ute Brenner,
Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Eigensinn im Bruderland

Eine Web-Dokumentation über Migrant*innen in der DDR

Isabel Enzenbach

»Die DDR hatte auch komische Musik«, das erzählt Ibraimo Alberto in der Webdokumentation »Eigensinn im Bruderland« (www.bruderland.de). Er beschreibt die Stimmung, wenn er zusammen mit anderen mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen in die Disco ging: das ständige Angestarrt-Werden. Doch »wir haben nie gesagt, ›was guckt ihr‹, das konnten wir nicht«, fügt er hinzu. Er erinnert sich an die Unsicherheit, die spürbare Wut weißer Discobesucher*innen, das Interesse, das manche deutsche Frauen zeigten, und an den Spaß beim Tanzen. Und dass sie sich amüsierten, »wie manche einheimische DDR-Bürger« sich bewegten.

Orquídea Chongo beim Interview im November 2018 in Berlin.

Zurückhaltender erzählt Orquídea Chongo von ihrer Freizeit in der DDR. Für mosambikanische Mädchen und Frauen war es noch schwieriger, auszugehen, Deutsche kennenzulernen. Meist blieben sie im Wohnheim und machten dort ihre eigene Disco. Die 19-jährige Orquídea kam von Maputo nach Luckenwalde.

Für die Webdoku »Eigensinn im Bruderland« – ausgezeichnet mit einem *Grimme Online Award* 2020 – haben wir, Julia Oelkers, Mai-Phuong Kollath und Isabel Enzenbach, neun DDR-Migrant*innen aus Mosambik, Vietnam, Äthiopien, Chile und der Türkei über ihren Alltag und ihre Selbstbehauptung in der DDR interviewt. Dabei entstand ein vielschichtiges Bild, denn die Erfahrungen der jungen Frauen und Männer unterscheiden sich fundamental.

Die 16-jährige Vietnamesin Pham Thi Hoai konnte nach ihrem Abitur mit Bestnote in der DDR studieren, wenn auch nicht selbst das Fach wählen. »Schließlich bin ich aus einer total indoktrinierten Schülerin, auch einer sehr uniformierten Streberin, eine recht rebellische Studentin geworden«, erzählt sie. Sie hatte deutsche Freund*innen, bewegte sich in Intellektuellenzirkeln und war mit der Friedensbewegung in Kontakt. Schließlich besetzte sie eine Wohnung im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg .

Nguyen Do Thinh kam fünf Jahre später als Hoai in die DDR. Er musste in Rostock als »Umschlagarbeiter« im Überseehafen arbeiten, gefrorene Schweinehälften oder Zementsäcke schleppen, die oft fast genauso schwer waren wie er selbst. Ausgerechnet im Arbeiter- und Bauernstaat DDR hatten die Arbeiter*innen die schlechtesten Bedingungen. Schließlich schaffte es Thinh, sich eine Qualifizierung als Betriebsschlosser zu erkämpfen – Anerkennung blieb ihm trotz aller Bildungserfolge und allem Engagement häufig verwehrt.

DDR-Universitäten boten Studierenden eine gute Ausbildung, viele Freiheiten und Anregungen, so das Fazit von Alemayehu Gebissa. Er ist sehr zufrieden, dass er als Sohn äthiopischer Bauern eine internationale Karriere machen konnte. Heute lehrt er als Professor für Geotechnik und Küstenwasserbau an der Universität Rostock.

Auch der chilenische Theatermacher Carlos Medina ist dankbar: 1973, nach dem Militärputsch in Chile, bot ihm die DDR Zuflucht. Er landete nicht, wie von den Behörden geplant, in der Produktion, sondern es gelang ihm, gemeinsam mit anderen Chilenen weiter Theaterstücke zu inszenieren. Stolz erzählt er von seiner Arbeit am Berliner Ensemble. »Die Leute haben gehört, Chilene! Ah und sofort ›Venceremos‹!« Spontan streckt er noch heute die Faust in Luft, wenn er erzählt, wie viele DDR-Bürger*innen chilenischen Migrant*innen begegneten.

DIE PERSPEKTIVEN: ERZÄHLTE ALLTAGSERFAHRUNGEN UND IN AKTEN DOKUMENTIERTES

»Eigensinn im Bruderland« erzählt aus zwei Perspektiven: Migrant*innen schildern in Videointerviews ihre Alltagserfahrungen. Wir haben sie danach gefragt, wie sie überhaupt in die DDR ge-

kommen sind, aus welchen Lebensrealitäten, mit welchen Erwartungen und Träumen. Wie haben sich die drei wesentlichen Wege, auf denen man kommen konnte – als Vertragsarbeiter*in, als Studierende*r oder als politische*r Emigrant*in – auf die Lebenssituation ausgewirkt? Und wir haben auch gefragt, wie unsere Interviewpartner*innen wohnten, wie sie das Essen fanden (schrecklich!), welche Freizeitmöglichkeiten es gab, wie man feiern konnte, wie sie untereinander organisiert waren, welche Probleme sie hatten und welche Strategien, sie zu lösen.

Uns interessierte, welche unterschiedlichen Erfahrungen Männer und Frauen machten, wie es mit Liebesbeziehungen aussah, was passierte, wenn Frauen schwanger wurden.

Die Web-Dokumentation »Eigensinn im Bruderland« erzählt von migrantischen Alltagserfahrungen und dem Kampf um Akzeptanz eigener Vorstellungen, um Respekt und Anerkennung.

Schließlich akzeptierten weder die Entsendeländer noch die DDR-Gesellschaft sexuelle Selbstbestimmung und binationale Partnerschaften. Mai-Phuong Kollath erzählt eindrücklich, wie beschämend es war, gleich nach der Ankunft öffentlich von der Frauenärztin befragt zu werden: »Bist du schwanger? Hast du eine Geschlechtskrankheit?« »Du weißt nicht, wohin mit der Scham«, erinnert sie sich.

Die zweite Perspektive der Webdokumentation basiert auf Aktenrecherchen: Wir haben in Archiven nach Dokumenten verschiedener Behörden zur DDR-Migrationsgeschichte geforscht. Viele Funde haben uns verblüfft: Zum Beispiel der hartnäckige Widerstand einer jungen, schwangeren Mosambikanerin, die ihre Abschiebung hinauszögern – aber nicht verhindern konnte.

Die Berichte in den Akten zeugen von Eigensinn und Kampfbereitschaft: Vietnamesische Lehrlinge streiken für eine tägliche Reismahlzeit; mosambikanische Arbeiter*innen weigern sich, »Sklavenarbeit« zu leisten und erklären den DDR-Kolleg*innen, dass es sich bei ihrem Verhalten um Rassismus handelt. Doch die Akten zeugen in erschreckendem Maße auch von rassistischen Angriffen, von immer wiederkehrender Nicht-Verfolgung deutscher Angreifer, von Bevormundung und Ungleichbehandlung.

ENDE DER FREUNDSCHAFT

Schon vor der Zäsur des Mauerfalls brach für viele Migrant*innen die proklamierte Völkerfreundschaft jäh ab: Viele wurden umstandslos ins Herkunftsland abgeschoben. Als Gründe dafür galt der dehnbare Vorwurf des »schwerwiegenden Verstoßes gegen die sozialistische Arbeitsdisziplin« sowie eine länger als drei Monate andauernde Arbeitsunfähigkeit. Diese Begründung rechtfertigte die Abschiebung schwangerer Frauen ebenso wie jener, deren Arbeitsfähigkeit aufgrund von langwierigen Krankheiten, Kriegstraumata oder anderen psychischen Beschwerden eingeschränkt war. Sie wurden in ihre Herkunftsländer abgeschoben, auch wenn dort Bürgerkrieg herrschte.

1989/90 hörte der Staat auf zu existieren für den die Migrant*innen eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis hatten. Rassismus, Gewalt und Ablehnung schlugen den Migrant*innen vermehrt entgegen. Ihr Bleiberecht stand infrage, Arbeits- und Wohnungslosigkeit beraubten viele ihrer Perspektiven in Deutschland. »Ausländer raus, Ausländer raus«, David Macou hat die Rufe bei den Pogromen in Hoyerswerda noch im Ohr. »Die wollten, dass wir nach zwölf Jahren nach Mosambik zurückfliegen … ich weiß nicht, was wir falsch gemacht haben. Wir haben im Tagebau, die Kohle … wir haben Schulter an Schulter intensiv gearbeitet. Das werde ich niemals verstehen. … Auf einmal zum Dankeschön hat man Steine geworfen«, berichtet er von seinen Erfahrungen mit der deutschen Einheit.

»Eigensinn im Bruderland« erzählt von migrantischen Alltagserfahrungen und dem Kampf um Akzeptanz eigener Vorstellungen, um Respekt und Anerkennung. Rassistische Erfahrungen ziehen sich durch alle Kapitel, sowohl von den Strukturen der DDR-Gesellschaft geprägt, als auch durch persönliche Angriffe von Nachbar*innen, Chef*innen und Kolleg*innen. Der tiefe Graben zwischen dem Ideal internationaler Solidarität und einer in Wirklichkeit rassistisch geprägten Kultur wird so anschaulich. Migrationsgeschichte der DDR aus dem Blickwinkel der Migrant*innen verschiedener Statusgruppen: ihnen zuzuhören lohnt!

»Eigensinn im Bruderland« ist ein Projekt des *Zentrums für Antisemitismusforschung TU Berlin* und *out of focus medienprojekte*, gefördert mit Mitteln der *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* und der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.

Dr. Isabel Enzenbach ist Historikerin und Fellow am *Zentrum für Antisemitismusforschung TU Berlin*. Sie beschäftigt sich vor allem mit Antisemitismus, Rassismus, Migration, sowie Visual und Oral History.

»Rassismus ist ein Virus in der Gesellschaft, das uns alle angeht.«

2013 zog Karamba Diaby als erster Schwarzer Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein. »Der Presse fiel es anfangs schwer, mich als normal gewählten Volksvertreter anzunehmen, der seine Ausschussarbeit macht«, sagt Diaby, dessen Schwerpunkt die Bildungspolitik ist. Rassistische Angriffe erlebt er immer wieder, im Januar 2020 wurde auf sein Büro in Halle geschossen. Diaby setzt sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft ein.

Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte von Karamba Diaby im Bundestag sind die Themen Bildung, Arbeit und Umwelt.

Ute Brenner: Sie kamen Mitte der 1980er Jahre mit 24 Jahren zum Studium in die DDR. Wie kam es dazu?

Dr. Karamba Diaby: Ich hatte Abitur im Senegal gemacht und als Waisenkind war ich dann damit konfrontiert, dass ich keine finanziellen Mittel hatte, um zu studieren. Meine Mutter war gestorben, als ich drei Monate alt war, mein Vater, als ich sechs war. Darum habe ich mich um ein Stipendium bemüht. Ich hatte das Glück, dass es in der DDR die Möglichkeit für engagierte jüngere Menschen gab, ein Stipendium zu bekommen. Dafür bin ich dankbar.

Ein paar Jahre später kam die Wende. Wie ging es Ihnen persönlich vor der Wende, wie danach?

Meine Anfangsphase in der DDR war für mich dadurch geprägt, dass ich die Möglichkeit bekommen hatte, zu studieren. Ich habe mich auf mein Studium konzentriert. Genauso wie alle anderen internationalen Studierenden lebte ich im Studentenwohnheim, man war da in seiner sogenannten Studentenblase. Von der DDR-Realität hat man nicht viel mitbekommen, außer dass es die bekannten Einschränkungen gab, also keine Reisefreiheit oder keine Meinungsfreiheit. Aber ansonsten hat man sehr wenig vom politischen Alltag mitbekommen. 1989 kam dann die Wende, die friedliche Revolution. Das war für uns als internationale Studierende ein riesengroßer Bruch. Die DDR-Bürger*innen waren selbst verunsichert. Viele waren auf der Straße, aber man wusste nicht, zu welchem Ergebnis das alles führen würde. Wir waren beunruhigt, weil wir nicht wussten, was auf uns zukommt: Der Staat, der uns eingeladen hatte, hier zu studieren, fing an zu bröckeln und man wusste nicht, wie es weitergeht. Ich hatte panische Angst, dass ich mein Studium nicht beenden könnte, dass ich vielleicht nach Hause geschickt werden würde. Der *Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD)* übernahm glücklicherweise die Stipendien internationaler Studenten. Heute bin ich übrigens im Bildungsausschuss des Deutschen Bundestags Berichterstatter für Internationalisierung und unter anderem für den DAAD zuständig.

Demonstrant*innen in Halle am 16. Oktober 1989.

Sie haben über Schadstoffbelastungen in Schrebergärten promoviert. Warum sind Sie dann in die Politik gegangen? Was wollten Sie bewegen?
Ich war bereits im Senegal politisch engagiert. Das heißt, dass ich mich gegen Ungerechtigkeiten, wie ich sie als Waisenkind selbst erlebt habe, eingesetzt habe. In der DDR war ich Sprecher der internationalen Studierenden und habe das auch nach der Wende fortgeführt. Ich war in vielen Vereinen, Verbänden und in der Wohlfahrtspflege aktiv. So ist mein Interesse an der Politik weiter gewachsen. 2009 hat mich die SPD gefragt, ob ich in Halle für den Stadtrat kandidieren möchte. Das habe ich gemacht und war dann sechs Jahre lang ehrenamtlich tätig. 2013 bin ich in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Als Naturwissenschaftler, als Chemiker ist man im Parlament fast ein Exot. Ich finde es wichtig, dass die Vielfalt des Bundestags zum Thema gemacht wird: Wie gelingt es uns, die Vielfalt der Gesellschaft dort zu repräsentieren? Menschen mit Migrationshintergrund machen im Bundestag nur acht Prozent aus; in der Gesamtbevölkerung haben sie dagegen einen Anteil von etwa 25 Prozent. Das ist ein Armutszeugnis für das Parlament. Dasselbe gilt auch für viele andere Gruppierungen, die nicht angemessen im Bundestag repräsentiert werden.

Sind Sie seit Ihrer Wahl als erster ▸ Schwarzer Abgeordneter in den Bundestag noch stärker darauf festgelegt worden, über Rassismus zu sprechen?
Es war am Anfang für die Presse nicht so einfach, mich als normal gewählten Abgeordneten anzunehmen, der seine Ausschussarbeiten hat. Ich bin seit der ersten Legislaturperiode, in der ich gewählt wurde, zum Beispiel im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Es gibt also sehr viele Themen, zu denen man mir Fragen stellen könnte. Allerdings hat sich herausgestellt, dass ich sehr oft zum Thema Rassismus befragt werde. Ich wünsche mir natürlich, dass meine eigentlichen Arbeitsschwerpunkte mehr Aufmerksamkeit bekommen, wie etwa die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung, die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse, aber auch die Frage, wie wir es hinkriegen, dass mehr junge Menschen Medizin studieren. Das heißt nicht, dass man nur Weiße zu Rassismus und Diskriminierung befragen soll, die dann über Schwarze reden. Von Rassismus Betroffene und potenzielle Opfer sollen nach ihrer Perspektive gefragt werden, aber nicht nur dazu.

Wie hat sich das Klima durch den Einzug der AfD in den Bundestag verändert?
Seit der letzten Bundestagswahl hat sich die Stimmung sehr negativ verändert. In den Landtagen und vor allem auch im Bundestag hört man sehr viele hasserfüllte und aggressiv aufgeladene Redebeiträge, die Menschen und Minderheiten in diesem Land herabsetzen und erniedrigen. Das ist besorgniserregend, weil diese Botschaften die Gesellschaft spalten. Diese Redebeiträge sind die Vorstufe für Gewalt auf der Straße. Wenn es in gewählten Parlamenten Hassbotschaften in den Redebeiträgen gibt, motiviert das Menschen zu Taten. Es ist die Aufgabe von uns allen, nicht nur von Politiker*innen, die Stimme gegen Hassbotschaften zu erheben.

Im Januar wurde auf Ihr Bürgerbüro in Halle geschossen. Es ist nicht die erste Attacke auf Sie beziehungsweise Ihr Büro gewesen: Wie gehen Sie damit um?
Solche negativen Ereignisse lassen mich nicht unberührt. Ich kann nicht sofort wieder zur Tagesordnung übergehen, wenn so etwas passiert. Allerdings habe ich nach solchen Erlebnissen auch immer sehr viele Solidaritätsbekundungen bekommen, zum Beispiel von Schulklassen, die Unterschriften gesammelt haben, um ihre Unterstüt-

Einschusslöcher in der Fensterscheibe des Bürgerbüros von Karamba Diaby in Halle im Januar 2020.

zung zu zeigen. Leute sind in Halle mit Blumensträußen zu mir gekommen, ich habe auch viele E-Mails bekommen. Das alles stärkt mich, weil ich weiß, dass ich Rückendeckung für die Arbeit habe, die mein Team und ich machen. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Menschen, die so etwas tun, sind laut und präsent, aber sie sind nicht die Mehrheit in diesem Land.

Wird aus Ihrer Sicht als Bildungspolitiker das Thema Kolonialismus in der Schule, in den Medien und auch in Museen angemessen behandelt?
In Bezug auf Kolonialismus und insgesamt die Erinnerungskultur ist noch Luft nach oben. Ich wünsche mir, dass das Thema Kolonialismus in den Lehrbüchern offensiver angegangen wird, denn wer die Geschichte aufarbeiten will, muss auch umfassend über die Geschehnisse berichten. In Museen und Ausstellungen müsste das Thema noch mehr Beachtung finden. Die Debatte darüber gibt es und es ist wichtig, das weiter zum Thema zu machen. Zum Beispiel sollten auch Vorbilder in der Geschichte des afrikanischen Kontinents in den Lehrbüchern vorkommen. Ich nenne Anton Wilhelm Amo, der im 18. Jahrhundert an der Universität in Halle studiert und promoviert hat. Er war der erste bekannte Philosoph und Rechtswissenschaftler afrikanischer Herkunft in Deutschland.

Es wird viel über Rassismus in der Polizei gesprochen. Was braucht es aus Ihrer Sicht, um diesem Problem entgegenzuwirken?
Studien über rassistische Tendenzen, auch in der Polizei, sind wichtig und sollten zugelassen werden. Ich verstehe die Haltung des Bundesinnenministers Horst Seehofer überhaupt nicht, der eine Studie zu Rassismus in der Polizei bis vor kurzem noch ablehnte. Eine Studie zu machen, bedeutet nicht, dass man der Polizei Rassismus unterstellt. Aber inzwischen sind Fälle aus fast allen Bundesländern bekannt geworden, in denen Polizistinnen und Polizisten in Chatgruppen rassistische und antisemitische Meinungen vertreten haben. Es ist wichtig, dass so etwas enthüllt wird. Denn das sind Beamte, die einen Eid auf die Verfassung geleistet haben. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die interkulturelle Kompetenzförderung der Sicherheitsbehörden, ihre interkulturelle Bildung und Öffnung. Das ist eine bedeutende Erkenntnis aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses zu den Morden des NSU. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist sehr engagiert. Diese Menschen, die innerhalb der Strukturen kämpfen, um eine ordentliche Arbeit zu machen und die Fahne der Rechtsstaatlichkeit hochzuhalten, müssen wir stärken.

Die ▸ *Black-Lives-Matter-Bewegung* hat auch in Deutschland eine breite Debatte zum Thema Rassismus angeregt: Sehen Sie Fortschritte und positive Entwicklungen in Deutschland?
Durch die *Black-Lives-Matter-Bewegung* wurde die Diskussion angefacht. Davor wurde das Thema Rassismus gelegentlich diskutiert, aber erst durch den Tod von George Floyd kam deutlich mehr Bewegung hinein. Außerhalb der USA war das vor allem auch in Deutschland der Fall. Es ist gut, dass sich die Öffentlichkeit mit dem Thema auseinandersetzt und die Sensibilität im Umgang mit dem Thema geweckt wurde. Das ist ein Fortschritt. Denn wir haben gesehen, dass es eine starke Zivilgesellschaft gibt, die Nein zu menschenfeindlichen und rassistischen Anfeindungen sagt. Bei den Demonstrationen waren nicht nur Schwarze Menschen, sondern auch weiße Menschen auf der Straße.

Nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd in den USA ist in Deutschland wieder die Debatte darüber aufgeflammt, den Begriff Rasse aus Artikel 3 des Grundgesetzes zu streichen.
Nur rassistische Theorien gehen davon aus, dass es Menschenrassen gibt. Insofern sollte der Begriff »Rasse« gestrichen und ersetzt werden. Wir müssen hier mit einem anderen Konzept arbeiten und zwar mit der rassistischen Diskriminierung. Ich verstehe die reflexartige Ablehnung der Konservativen überhaupt nicht. Es ist nicht so, dass das, was 1949 aufgeschrieben wurde, heute nicht geändert werden darf. Begriffe entwickeln sich im Laufe der Zeit. Ich plädiere dafür, dass wir diese Debatte weiterführen und gemeinsam schauen, was an dieser Stelle alternativ formuliert werden kann, damit die Streichung des Begriffs Rasse erfolgt.

Was wünschen Sie sich von Menschen, die nicht von Diskriminierungen betroffen sind – im Alltag, in den Institutionen, in der Gesellschaft?
Im Alltag ist es wichtig, sich auch als nicht von Rassismus Betroffener klarzumachen, dass Rassismus ein Virus in der Gesellschaft ist, das uns alle angeht. Das heißt, wo immer die Menschenwürde in Frage gestellt wird, haben wir alle die Aufgabe, uns solidarisch zu zeigen, aber auch Zivilcourage zu beweisen und uns in Debatten einzuschalten. Im öffentlichen Dienst arbeiten nur wenige Menschen mit Migrationsgeschichte, nur sechs Prozent der Redaktionschefinnen und -chefs der reichweitenstärksten Medien haben laut einer Studie der Organisation *Neue deutsche Medienmacher* eine Migrationsgeschichte, im Deutschen Bundestag sind es nur acht Prozent. Die Liste lässt sich beliebig fortführen. In fast allen Teilen Deutschlands sind die Schulklassen bunt, mit unterschiedlicher Verteilung, NRW ist anders als Mecklenburg-Vorpommern. Geht man jedoch in Lehrerzimmer, dann sieht die Realität ganz anders aus, auch da brauchen wir mehr Vielfalt.

Karamba Diaby, geboren 1961 in Marsassoum, Senegal, ist promovierter Chemiker und Geoökologe. Seit 2013 sitzt er für die SPD im Deutschen Bundestag. Er ist Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Seit September 2018 ist er der Integrationsbeauftragte seiner Fraktion. Diaby ist Mitglied im Kuratorium der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Ute Brenner, Historikerin und Redakteurin, ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Buchempfehlungen

Chimamanda Ngozi Adichie: Americanah
Die Autorin erzählt von einer Liebesgeschichte zwischen drei Kontinenten: Ifemelu und Obinze verlieben sich in den neunziger Jahren in Nigeria. Doch ihre Wege trennen sich: Während die selbstbewusste Ifemelu in Princeton studiert, strandet Obinze als illegalisierter Einwanderer in London. Jahre später stehen sie vor einer Entscheidung, die ihr Leben grundlegend verändert. Adichie ist ein eindringlicher Roman über Identität und Rassismus gelungen. Sie ist eine scharfe Beobachterin, die einen Sinn für das Unausgesprochene hat. Die Autorin, 1977 in Nigeria geboren, lebt in Lagos und in den USA. Sie gilt als eine der großen jungen Stimmen der Weltliteratur. *S. Fischer Verlage, 2016.*

May Ayim, Katharina Oguntoye, Dagmar Schultz (Hg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte.
Mit »Farbe bekennen« thematisierten May Ayim und Katharina Oguntoye die Lebenswirklichkeit afro-deutscher Frauen. Als das Buch in den 1980-er Jahren erschien, war es seiner Zeit weit voraus. Jetzt ist es mit einem neuen Vorwort von Oguntoye erschienen. »Farbe bekennen‹ war ein Anfang und ist nach wie vor ein aktuelles Handbuch zum Verständnis afro-deutscher Lebensrealitäten sowie ein nützliches Werkzeug zur Vernetzung und Aufklärung.« Zu Wort kommen afro-deutsche Frauen, die sich oft fremd fühlen in ihrem eigenen Land und von dem alltäglichen Rassismus berichten, dem sie ausgesetzt sind. *Verlag Orlanda, Neuausgabe 2020.*

Yaa Gyasi: Heimkehren
Der Roman spannt einen Bogen von Ghana im 18. Jahrhundert bis in die USA der Gegenwart und beschreibt die Kontinuität von Rassismus über die Jahrhunderte hinweg. Die Geschichte beginnt mit Effia und Esi, die Schwestern sind, sich aber nie kennenlernen. Effia heiratet einen Engländer, der im Sklavenhandel zu Reichtum und Macht gelangt. Esi wird als Sklavin nach Amerika verkauft. Während Effias Nachkommen über Jahrhunderte Opfer oder Profiteure des Sklavenhandels werden, kämpfen Esis Kinder und Kindeskinder ums Überleben: auf den Plantagen der Südstaaten, während des amerikanischen Bürgerkrieges, in den Kohleminen Alabamas und im 20. Jahrhundert dann in den Jazzclubs und im Drogensumpf von Harlem. *Verlag Dumont, 2017.*

Alice Hasters: Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten
Alice Hasters beschreibt ihre eigenen Erfahrungen bei der Suche nach Identität, und wie Rassismus ihr Leben als ▸ Schwarze Frau in Deutschland prägt. Dabei geht das Buch der Journalistin aber über eine Autobiografie weit hinaus, denn durch ihre gründliche Recherche beleuchtet sie auch, was ihr persönliches Erleben mit der Geschichte und dem strukturellen Rassismus in der Gesellschaft zu tun hat. Hasters berührt mit ihrer Erzählung nicht nur, sondern sie fordert ihre Leser*innen auf, ihre eigenen Verhaltensmuster zu prüfen; es geht ihr um das Ändern von Gewohnheiten. *hanserblau, 2019.*

Tupoka Ogette: Exit Racism
»Ich wünsche mir, dass es für meine Kinder und deren Schwarze Freunde und Freundinnen einfacher wird. Aber dazu brauche ich Sie.« Diversity-Trainerin Tupoka Ogette nimmt ihre Leser*innen auf eine rassismuskritische Reise mit, bei der eigene Rassismen reflektiert werden. Übungen und Lesetipps ermöglichen, sich tiefergehender mit Themenbereichen zu beschäftigen. Über QR-Codes gelangt man zu weiterführenden Artikeln, Videos und Bildern. Ziel ist, gemeinsam mit den Leser*innen eine rassismuskritische Perspektive zu erarbeiten, die im Alltag funktioniert. Das Buch erschien erstmals 2008, mittlerweile liegt die neunte Auflage vor. *Unrast Verlag, 9. Auflage, 2020.*

Noah Sow: Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus
Das Buch, erstmals 2008 im Bertelsmann-Verlag erschienen, liegt in der aktualisierten Ausgabe von 2018 vor. Die Autorin Noah Sow, die zugleich Musikerin, Labelbetreiberin, Aktivistin, Medienkritikerin, Produzentin und Künstlerin ist, zeigt Alltagsrassismen und will mit rassistischen Gewohnheiten aufräumen. Sie geht dabei von der Prämisse aus, »Rassismus zu bekämpfen, heißt zunächst einmal, ihn zu verstehen«. Ihre Beschreibungen sind oft emotional, ihr Ton ist humorvoll. Die »Liste dummer Sprüche« zeigt zum Beispiel, mit welchen rassistischen Fragen ▸ PoC im Alltag konfrontiert werden und schlägt schlagfertige Antwortmöglichkeiten vor. *Books on Demand, 2018.*

Engagement gegen Rassismus im Freiwilligendienst bei RADAR in Amsterdam

Maurice Meyer

Maurice Meyer engagiert sich als Freiwilliger in Amsterdam in der *Stichting Radar*.

Während Menschen tagtäglich mit Rassismus, Homophobie oder anderen Anfeindungen zu kämpfen haben, gibt es für einige das Privileg wegschauen zu können oder »neutral« zu bleiben. Dem entgegenzuwirken und sowohl den Betroffenen von Diskriminierung zu helfen als auch Nicht-Betroffene oder sogar Verursacher von zum Beispiel Rassismen aufzuklären, gehört zu der alltäglichen Arbeit auf meiner Projektstelle in Rotterdam. Die *Stichting RADAR* arbeitet seit Jahren unablässig an dem übergeordneten Ziel der »gleichen Behandlung und Chancen für jeden, ohne Ausnahme«. Zwei zentrale Aufgaben – Untersuchen und Beraten – übernehmen die zwei folgenden Abteilungen: Die Abteilung *Klachtbehandeling* befasst sich mit den rechtlichen Aspekten der Diskriminierung und erhält Meldungen von Betroffenen. Hier können sich also Betroffene jederzeit telefonisch melden und erhalten professionelle Beratung. Bei Bedarf unterstützen Mitarbeiter*innen die sogenannten Beschwerdeführenden auch in rechtlichen Verfahren und können hier vermitteln. Fallbeispiele sind etwa eine Transfrau, die im Fitnessstudio keinen Zugang zum Frauenumkleideraum erhält, oder eine Kassiererin, die auf Verlangen ihres Arbeitgebers ihr Kopftuch ablegen muss. Das *Onderzoeksbureau* von RADAR führt angeforderte und unaufgeforderte Untersuchungen zu Diskriminierung und Menschenrechten durch. Das Team veröffentlicht Informationsblätter mit Zahlen zu Vorfällen. Meine Arbeitsstelle ist das Präventionsteam innerhalb des Antidiskriminierungsbüros RADAR. Wir befassen uns mit der Prävention von Diskriminierung und organisieren dazu verschiedene Aktivitäten. Projekte sind häufig Informationsveranstaltungen, Workshops, Webinare und Schulungen. Dabei unterscheiden sich die Veranstaltungen in Bezug auf die Zielgruppen und sind teils sehr spezifisch, beispielsweise der Umgang mit Rassismus am Arbeitsplatz. Derzeit ist unsere Arbeit, die überwiegend in Präsenzseminaren stattfindet, stark eingeschränkt. So findet unsere Workshopreihe für Schulklassen »Hot Topics« nun online statt. Wir sprechen mit den Schüler*innen darüber, was Diskriminierung ist und tauschen in Kleingruppen unsere Erfahrungen aus. Anschließend besprechen wir konkrete Vorfälle mit der Frage »Discriminatie of niet?«. Hier verwenden wir tatsächliche (anonymisierte) Fälle aus der Abteilung *Klachtbehandeling*. Ich bin derzeit noch dabei, den Workshopaufbau zu studieren und viel zuzuhören, Ziel ist aber, bald selbst eine Kleingruppe leiten zu können. Zudem entwickeln wir neue Online-Formate, um auch während der Pandemie gute Präventionsarbeit leisten zu können. Eine Kollegin hat sehr schön formuliert: »Wir geben den Setzling, was daraus wächst, bleibt bei den Teilnehmer*innen«. Ziel ist es, dass Teilnehmer*innen Diskriminierung als solche erkennen und damit angemessen umgehen können. Dies kann dann der Anruf bei unserer Melde-Hotline sein, um dort Rat zu suchen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Meine Arbeit bei RADAR empfinde ich als sehr spannend und bereichernd. Nicht nur arbeite ich mit einem überaus freundlichen und erfahrenen Team zusammen, ich erfahre auch Tag für Tag Neues über den professionellen Umgang mit Diskriminierung. Nun freue ich mich auf die kommenden Monate und bin mir sicher, noch viel bei RADAR lernen zu können.

Maurice Meyer, 18 Jahre, kommt aus Wertingen in Bayern. Dort hat er an seiner Schule ein Projekt zur *Europäischen Union* geleitet und sich in der *Grünen Jugend* engagiert. Derzeit leistet er seinen Friedensdienst in der *Stichting Radar* in Rotterdam. Maurice Meyer wird gefördert vom *Internationalen Jugendfreiwilligendienst* (IJFD) und durch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern.

»Ich bin unglaublich dankbar, diese besonderen Erfahrungen zu sammeln.«

Die Freiwillige Josefin Bultmann macht derzeit ihren Friedensdienst in Israel.

Von der Zusage Ende Februar für meinen einjährigen Freiwilligendienst bis zur Ausreise im September ist unglaublich viel passiert: Neben dem Lockdown und den Abiturvorbereitungen von zu Hause aus habe ich immer wieder um mein Jahr in Israel gebangt. Wir Freiwilligen waren seit März im engen Austausch mit den zuständigen ASF-Mitarbeiter*innen, haben uns per Videokonferenzen getroffen und wurden immer über die aktuellen Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten. Ich kann immer noch kaum glauben, dass ich jetzt tatsächlich in Haifa bin und in meinen beiden Projekten arbeite.

Die ersten Wochen in Israel vergingen wie im Flug und waren vollgepackt mit neuen Erfahrungen und Eindrücken. Die ersten Einblicke in das Leben hier bekamen wir auf unserem Orientierungsseminar in Jerusalem. So lernten wir die 99-jährige Marianne Karmon kennen, die uns ihre Lebensgeschichte erzählte: über den Holocaust, über Liebeleien in ihrer Jugend, von ihrer Flucht aus Berlin nach Stockholm und schließlich von ihrer Migration nach Israel.

Einen Tag nach meiner Ankunft in Haifa begann mein erster Arbeitstag im Frauenhaus, einer Einrichtung und Zufluchtsstätte für Frauen, die häusliche Gewalt erfahren haben. Meine Aufgabe besteht darin, die Kinder zu betreuen, mit ihnen zu spielen und als Bezugsperson für sie ansprechbar zu sein. Mir macht die Arbeit dort insgesamt sehr große Freude, auch wenn es immer wieder Situationen gibt, die herausfordernd sind. Plötzlich schreien vier Kinder gleichzeitig, ich habe den Auslöser nicht mitbekommen und beherrsche die Sprache nicht ausreichend, um sie zu verstehen. Andererseits gibt es die magischen Momente in meinem Projekt, die mich all das vergessen lassen. Es sind die kleinen Liebeserklärungen, Umarmungen und ein aufrichtiges Kinderlachen: Nach einem intensiven Tag in den Projekten gibt es nichts Schöneres als einen siebenjährigen Jungen, der meine Hand nimmt, mich anlächelt und mir versucht etwas auf Hebräisch mitzuteilen, obwohl er genau weiß, wie wenig ich erst verstehe. Bei dem Versuch, mit mir einen Dialog zu führen, fängt er an zu lachen und schließt mich in seine Arme.

Ich bin unglaublich dankbar, diese besonderen Erfahrungen zu sammeln, weil ich schon in dieser kurzen Zeit im Projekt eine ganze Menge gelernt habe, viel Liebe zurückbekomme und es nie auch nur eine Sekunde langweilig wird.

Die andere Hälfte der Woche verbringe ich in *Shalhevet*, einem Tageszentrum für ältere Menschen. Jeden Tag kommen etwa 30 Frauen und Männer hierher. Oft helfen wir Freiwilligen dem Hausmeister, die bevorstehenden Aktivitäten vorzubereiten oder den Garten und die Terrassen in Schuss zu halten. Dienstags helfe ich im Kunst- und Keramikraum und unterstütze die Senior*innen bei ihren Kunstwerken – alles mit vorgeschriebenen Abständen, Masken und täglichem Fiebermessen. Parallel dazu entstehen Gespräche in allen möglichen Sprachen: Hebräisch, Englisch, Russisch oder Deutsch. Wer übersetzen kann, versucht zu übersetzen, ansonsten kommen Hände und Füße zum Einsatz.

Eine besondere Begegnung ereignete sich schon an meinem ersten Arbeitstag, als eine ältere Dame auf meine Mitfreiwillige und mich zukam und uns auf Deutsch ansprach. Da ihre Eltern aus Deutschland geflohen waren, wuchs sie in ihrer Familie mit dieser Sprache auf. In der Schule war sie jedoch die Einzige, die Deutsch sprach. Da es ihr peinlich war, in der Schule Deutsch zu sprechen, verlor sie den Zugang zu ihrer Muttersprache. Sie erzählte uns all dies mit solchem Eifer und solch lebendiger Ausstrahlung, dass es uns regelrecht mitriss. Und schon nach wenigen Minuten hatte sie uns zu sich nachhause eingeladen – für die Zeit nach Corona. In diesem Projekt fühle ich mich sehr wohl und bin sehr dankbar, hier trotz der Pandemie arbeiten zu können.

Josefin spielt im Frauenhaus in Haifa mit Kindern.

Die letzten fünf Wochen in Israel waren sehr ereignisreich, und es gibt jeden Tag erneut Situationen, in denen ich über meinen Schatten springen muss. Ich genieße die Zeit hier vollkommen, auch wenn der letzte Monat aufgrund des landesweiten Lockdowns anders verlief als geplant. Ich bin sehr dankbar, dass ASF es uns Freiwilligen ermöglicht hat, auszureisen und diesen Friedensdienst machen zu können.

Josefin Bultmann, 18 Jahre, ist seit September ASF-Freiwillige in Israel. Sie unterstützt die Projekte *Nashim Lemaan Nashim*, ein Frauenhaus, welches an einem versteckten Ort in Haifa liegt und maximal zwölf Frauen und ihren Kindern einen Schutzraum bietet, und das Seniorenzentrum *Shalhevet e. V.* Ihr Friedensdienst wird ermöglicht durch Ihre Spenden sowie Förderungen des *Internationalen Jugendfreiwilligendienstes* (IJFD), der Evangelischen Kirche im Rheinland und der *Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«*.

Blick nach Belarus

»Wir wissen nicht, was morgen kommt.«

Belarus ist als ehemalige Sowjetrepublik und europäischer Nachbar nach langen Jahren außerhalb des öffentlichen Bewusstseins ins Zentrum internationaler Berichterstattung gerückt. Auch in Deutschland wird verfolgt, wie ausdauernd und mutig Hunderttausende Belaruss*innen gegen den langjährigen Präsidenten Lukaschenko, seine illegitime Wiederwahl im August 2020 und die massiven Menschenrechtsverletzungen demonstrieren. Die Proteste werden von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung getragen, viele Frauen sind in der Opposition aktiv. Die Streiks und Demonstrationen verlaufen friedlich, aber für die Aktivist*innen bleibt es aufgrund des brutalen und willkürlichen Vorgehens der Sicherheitskräfte, der zahlreichen Verhaftungen, Folter und Gewalt gefährlich.

ASF organisiert in Belarus regelmäßig Sommerlager und seit 1992 langfristige Freiwilligendienste. Die Freiwilligen begleiten Überlebende des Nationalsozialismus sowie Menschen mit Behinderungen und unterstützen Projekte in der historischen Bildungsarbeit. Aufgrund der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen und Risiken engagieren sich in diesem Jahr keine ASF-Freiwilligen vor Ort. Wir bleiben jedoch mit unseren Projektpartner*innen eng verbunden, so auch in Minsk mit der Geschichtswerkstatt »Leonid Lewin«, die am historischen Ort eines der größten Ghettos der nationalsozialistisch besetzten Sowjetunion forscht und erinnert. Das Projekt bietet auch Dialog und Begegnung mit und für ältere Überlebende des Nationalsozialismus in Minsk an.

Iryna Kashtalian, Leiterin der Geschichtswerkstatt Minsk, im Interview:

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage in Belarus ein und was erwartet die Menschen in den nächsten Monaten?
Die Gesellschaft ist derzeit mit einer großen Unsicherheit konfrontiert – bedingt durch die Covid-19-Pandemie und die tiefe politische Krise. So eine langwierige und schwierige Phase der Ungewissheit hat das Land seit vielen Jahren nicht erlebt. Ich selbst wurde noch in der Sowjetunion geboren und habe Ende der 1980er Jahre/Anfang der 1990er Jahre die unsichere Zeit des Umbruchs erlebt, aber das ist mit der aktuellen schwierigen

Iryna Kashtalian, Leiterin der Geschichtswerkstatt »Leonid Lewin« Minsk.

Lage nicht zu vergleichen. Die Menschen wissen heute nicht, was morgen sein wird. Das Risiko einer Erkrankung an Covid-19 und das fehlende Vertrauen in die Staatsmacht geben momentan wenig Grund für Optimismus, andererseits sehen wir, wie solidarisch und standhaft die Menschen in den vergangenen Monaten waren.

Welche Perspektiven sehen Sie für das Land und die Gesellschaft?
Das Land steht vor großen Herausforderungen und die nächsten Monate werden entscheidend sein. Die Entwicklungen sind äußerst dynamisch, jeden Tag kommen neue Informationen und Einschätzungen. In den 1990er Jahren wünschten sich die Menschen politische und materielle Sicherheit. Nun ist die Situation anders, viele Belaruss*innen leben in sicheren Verhältnissen

Teilnehmer*innen aus Belarus und Deutschland in der Geschichtswerkstatt Minsk.

und blicken heute mit anderen Wertvorstellungen auf die Gesellschaft. Es geht nicht mehr nur um die materielle Absicherung der eigenen Lebensumstände und politische Stabilität, sondern um gesellschaftliche Solidarität und Zusammenhalt, den Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der freien Meinungsäußerung.

Die Demonstrant*innen werden nicht aufgeben, es gibt keinen Weg zurück. Der Protest wird weiterhin friedlich verlaufen und steht damit in starkem Kontrast zu den repressiven gewaltsamen Maßnahmen des Staates.

Beide Seiten müssen nun aber aufeinander zugehen und in einen echten Dialog treten, vielleicht auch mit internationaler Vermittlung, um das Auseinanderdriften, ja vielleicht sogar die Spaltung, der Gesellschaft, die durch die ökonomische Krise verstärkt wird, zu verhindern. Wir müssen gemeinsam an einer gemeinsamen Zukunft arbeiten und gemeinsam gesellschaftliche Maßnahmen ergreifen. Aber ohne Frage müssen auch die begangenen Verbrechen aufgearbeitet und verfolgt werden.

Für einen breiten gesellschaftlichen Dialog braucht Belarus eine starke und vielfältige Zivilgesellschaft. Dafür müssen wir uns auch noch intensiver mit unserer eigenen Geschichte und den Geschichten aller Opfer des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Heute ziehen beide Seiten, Regierung und protestierende Aktivist*innen, Vergleiche zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die Regierung nutzt Symbole des Zweiten Weltkrieges gegen die Demonstrant*innen und sieht die Unabhängigkeit des Landes durch den Faschismus gefährdet, die Opposition vergleicht die Gewalttaten von Polizei und Sondereinheiten mit den Verbrechen von SS und Gestapo. Dies ist auch für die Geschichtswerkstatt eine Herausforderung, denn für eine gemeinsame Zukunft brauchen wir eine gemeinsame Anerkennung der Opfer des Zweiten Weltkriegs und Erinnerung an ihre Geschichten. In der heutigen Zivilgesellschaft sollen Menschen jeglicher Herkunft und Zugehörigkeiten ihren Platz haben.

Neben den Protesten und der Gewalt durch die Regierung stellt auch die Covid-19-Pandemie das Land und die Menschen vor eine immense Herausforderung. Wie geht es den älteren Menschen, die die Geschichtswerkstatt betreut?
Die NS-Überlebenden und Kriegsveteranen gehören zur Risikogruppe, die Pandemie führte unter ihnen zu vielen Infektionen und auch zu Todesfällen. Gerade zu Beginn der Pandemie gab es kaum Einschränkungen und Sicherheitsvorkehrungen. In dieser Generation gibt es Menschen, die die Proteste gegen die Regierung unterstützen und Menschen, die dagegen sind. Viele nahmen an der Siegesparade zum 75. Jahrestag des Kriegsendes am 9. Mai 2020 teil.

Die Geschichtswerkstatt versucht den Kontakt zu den Menschen so weit wie möglich zu halten, am besten geht das telefonisch, teilweise auch über Skype. Einige Kurse finden online statt, aber vielen unserer Teilnehmer*innen fehlen dafür die technischen Möglichkeiten. Auch Treffen und Hausbesuche werden unter strengen Hygienemaßnahmen aufrechterhalten. Im Frühjahr und Sommer konnten wir außerdem mit Lebensmittellieferungen helfen.

Was möchten Sie den Leser*innen dieses Interviews in Deutschland und unseren Partnerländern mitteilen?
Ich wünsche mir, dass sich die Menschen weiterhin über die Situation in Belarus und die andauernden Menschenrechtsverletzungen informieren, aber auch dass Belarus über die Protestbewegung hinaus im Blick der Menschen in anderen Ländern bleibt. Wir brauchen den Kontakt und den Dialog mit internationalen Partner*innen. Belarus darf nicht wieder in Vergessenheit geraten.

Liebe Iryna, vielen Dank für dieses Gespräch.

Sina Gasde ist seit 2013 Referentin bei ASF und unter anderem für die Freiwilligenarbeit in Belarus zuständig.

»This is not a small voice you hear«* #BlackLivesMatter in den USA

Monika Moyrer

* »This is not a small voice you hear
this is a large voice coming out of these cities.
This is the voice of LaTanya. Kadesha. Shaniqua.
This is the voice of Antoine«

Auszug aus dem Gedicht *This is not a small voice* von Sonia Sanchez.

Proteste gegen Rassismus in der Football League in den USA: Mitglieder der San Francisco 49ers knien während der Nationalhymne vor einem Spiel am 15. Oktober 2017 in Landover, Maryland, nieder.

Wenn wir über ▸ *Black Lives matter (BLM)* reden, sprechen wir von zwei verschiedenen Dingen: erstens dem dezentralen Dachverband *#BLM*, der aus mehr als 30 Ortsverbänden und Ortsgruppen in verschiedenen Ländern wie Kanada und Großbritannien besteht; und zweitens von der breiten konzeptionellen Bewegung, die aus einer Vielzahl von Organisationen besteht, die sich die Befreiung ▸ Schwarzer Menschen (Black liberation) zum Ziel gemacht haben.

Die Wurzeln der *#BLM-Bewegung* beruhen auf drei afro-amerikanischen Aktivistinnen. Alicia Garza, Opal Tometi und Patrisse Khan-Cullors verwendeten den Hashtag auf Twitter, um ihren Protest gegen die Freisprechung George Zimmermans in Tweets zu markieren. 2013 hatte Zimmerman den Afro-Amerikaner Trayvon Martin erschossen. Demonstrationen gegen Polizeigewalt in nachfolgenden Kampagnen, zum Beispiel die Michael-Brown-Proteste in Ferguson, brachten damit eine Bewegung ins Rollen. Twitter ist von großer Bedeutung, weil Afro-Amerikaner*innen soziale Medien überproportional nutzen, um sich über rassistische Vorfälle zu informieren und zu Aktionen oder Demonstrationen aufzurufen.

Organisation und Bewegung identifizieren sich als »Black Resistance Movement«. Obwohl es Ähnlichkeiten mit der Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre gibt, sind Spontaneität, Intensität und Medienaffinität eng verknüpft mit den neuen sozialen Bewegungen, wie der *Occupy-Wall-Street-Bewegung* oder dem *Arabischen Frühling*. Auf dieser Grundlage bildete sich ein Netzwerk von Ortsverbänden heraus, die auf der Basis von Inklusion und Intersektionalität operieren und queere, trans-, sowie behinderte Menschen bewusst ins Zentrum der Bewegung stellen. Wichtig ist den *#BLM*-Aktivist*innen darüber hinaus, globale Netzwerke mit Organisationen zu bilden, die sich für Schwarz-Sein und gegen weltweiten Rassismus einsetzen.

Die Konfrontation zwischen Protestierenden und Polizei ist eskaliert, da US-Präsident Donald Trump der *#BLM*-Bewegung die Legitimation abspricht und sie pauschal verurteilt. BLM-Aktivistin*innen protestieren gegen Rassismus und weiße Vorherrschaft, für eine Gefängnisreform und dafür, dass der Staat die systemische Polizeigewalt gegen Schwarze beendet. Seit die Bewegung öffentliche Unterstützung von Prominenten und Organisationen wie der *NFL (National Football League)* bekam, hat sich ihre Sichtbarkeit erhöht. Daher muss der Kniefall vieler Sportler*innen vor einem Spiel während der Nationalhymne als symbolische Solidaritätsgeste mit der *BLM*-Bewegung verstanden werden. Der Kniefall selbst ist ein demütiger, respektvoller Ausdruck. Warum interpretieren einige Zuschauer*innen diese Geste jedoch als aggressiven Akt? Weil die Sportler*innen gleichzeitig mit dem Abspielen der Hymne knien und auf diese Weise das herkömmliche Ritual verändern.

Die USA als Land sind heute stärker gespalten als je zuvor. *Black Lives Matter* gibt Afro-Amerikaner*innen den Hashtag, die Stimme und das radikale Netzwerk, um nachhaltige Veränderungen durchzusetzen.

Monika Moyrer, PhD, ist seit August 2019 ASF-Landesbeauftragte in den USA. Sie hat in Stuttgart Germanistik studiert und in Minneapolis promoviert. Zuvor hat sie viele Jahre an verschiedenen Universitäten in den USA Germanistik unterrichtet.

Frauen und Kopftuch in Frankreich – Blick auf eine landesweite Besessenheit

Fatma-Pia Hotait

»Als Abgeordnete und Feministin, die den Werten der Republik, dem Laizismus und den Frauenrechten verbunden ist, kann ich es nicht akzeptieren, dass sich jemand mit Hidschab an unserer Arbeit in der Nationalversammlung beteiligt. Der Hidschab bleibt für mich ein Zeichen der Unterwerfung.« Dies twitterte Marie-Christine Lang am 17. September, als Maryam Pougetoux, Vorsitzende des Studierendenverbandes *Union des étudiants de France* (dt. Französische Studierendenunion, Anm. d. Ü.) in der Nationalversammlung über die Lage Studierender während der Covid-19-Pandemie sprach. An diesem Tag schien einzig und allein ihr Kopftuch wichtig zu sein, nicht ihre Worte. Es ist leider nicht das erste Mal in Frankreich, dass einer Kopftuch tragenden Frau aufgrund ihrer Kleidung die Redefreiheit abgesprochen wird. Einige Tage zuvor erst hatte sich die Studentin Imane Boun gezwungen gesehen, ihr Twitter-Konto zu deaktivieren, nachdem sie Zielscheibe rassistischer Angriffe geworden war. Die Journalistin Judith Waintraub (*Le Figaro*) hatte ein Interview des Fernsehsenders *BFM TV* mit der jungen Frau, die einen Rezepteblog für Studierende führt, mit dem Kommentar »11. September« versehen und so eine Welle islamfeindlicher Beschimpfungen ausgelöst.

Was also erwartet Frankreich von seinen muslimischen Bürgerinnen, die sich für das Tragen des Kopftuches entscheiden? Sich darauf zu versteifen, sie um jeden Preis »befreien« zu müssen, ohne auch nur hören zu wollen, was sie denken oder was sie brauchen, stellt einen offenkundigen Mangel an Achtung dar. Hidschab-tragende Frauen werden kategorisch von Frauenbewegungen ausgegrenzt, indem sie als unterwürfig und damit als unfähig angesehen werden, feministisch oder dem aktuellen Kampf um Gleichstellung verbunden zu sein. Ihnen wird darüber hinaus auch die Möglichkeit verwehrt, eine andere Rolle als die der »Kopftuchfrau« auszuüben. Wie ist also zu verhindern, dass diese Frauen sich zurückziehen, unter Paranoia leiden und sich jeden gesellschaftlichen Engagements enthalten? Sie können an keinem Bereich der Gesellschaft teilnehmen, sei es als engagierte Arbeitnehmerin, Person des öffentlichen Lebens oder auch nur als Begleiterin eines Schulausfluges – alles unter dem Deckmantel des Laizismus.

Trotz dieses Klimas gibt es zunehmend Initiativen, die diesen Frauen das Wort erteilen – oder sie besser gesagt das Wort ergreifen lassen. Sie wollen als Französinnen aktiv und proaktiv sein. Unter vielen anderen ist hier auf *Lallab* zu verweisen, einen »feministischen und antirassistischen Verein, dessen Ziel es ist, die Stimme muslimischer Frauen, die im Mittelpunkt sexistischer, rassistischer und islamfeindlicher Unterdrückung stehen, hörbar zu machen und ihre Rechte zu verteidigen.«

In Frankreich ist der Weg hin zu einer unbefangenen und vorurteilsfreien Darstellung von Kopftuch tragenden Frauen noch lang – aber vielleicht wird deren eigene Entschlossenheit den Wandel herbeiführen.

Übersetzung aus dem Französischen:
Lisa Saloch, Landesbeauftragte in Frankreich

Fatma-Pia Hotait ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität des Saarlandes und Doktorandin der Romanistik. Sie studierte Kommunikation und Journalismus in Paris, Metz, Saarbrücken und Luxemburg. Neben ihrer Tätigkeit in der Forschung ist sie Gründerin der Agentur *Up to Deutschland*, die libanesische Studierende rund um einen Studienstart in Deutschland berät. uptodeutschland.com.

Projekte in St. Petersburg bieten Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund Bildung und einen sicheren Ort

Ute Weinmann

Im jüdischen Gemeindezentrum in St. Petersburg unterstützt Lika Frenkel Kinder aus migrantischen Familien.

Russland gehört weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Migrationsaufkommen. Hauptsächlich aus Zentralasien zieht es Millionen von Männern und Frauen in russische Städte, um den Lebensunterhalt für ihre Familien zu Hause zu verdienen. Im Dienstleistungssektor leisten sie Enormes, trotzdem sind sie in Russland nicht gerne gesehen. Mehr rassistische Ressentiments gibt es nur gegenüber Sintezze*Sinti und Romnja*Roma.

Soziale Netzwerke und nach ethnischen Kriterien organisierte Communitys bilden oft die einzige Stütze, um den schwierigen Alltag meistern zu können. Leben Kinder mit im Haushalt, sind die Herausforderungen besonders groß. Kinder benötigen einen niedrigschwelligen Zugang zu Bildung, aber Schulen in den russischen Metropolen fordern entgegen anderslautender gesetzlicher Regelungen meist eine feste Meldeadresse, über die Migrant*innen häufig nicht verfügen. Niemand weiß genau, wie viele Kinder in Russland keine Schule besuchen. Oftmals nur ehrenamtlich organisierte Initiativen versuchen dieses Defizit mit eigenen Angeboten zu füllen. Die *Kinder von St. Petersburg* oder *Zugvögel* geben Russischunterricht oder Nachhilfe für Kinder und Jugendliche, die den Sprung in die Schule bereits geschafft haben. Und sie bieten einen sicheren Ort, an dem Rassismus keinen Platz hat.

Mitten im Stadtzentrum von St. Petersburg liegt in einem Hinterhof das jüdische Gemeindezentrum. Hier wird jüdische Kultur gelebt und Wissen über Traditionen an nachfolgende Generationen weitergegeben. Vor der Corona-Pandemie fanden sich hier aber auch mehrmals pro Woche Kinder ein, die nicht jüdischen Glaubens sind. Lika Frenkel, ausgebildete Russischlehrerin und Frau des Gemeindevorstehers, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kindern aus migrantischen Familien vom Grundschulalter an ein geregeltes Leben zu ermöglichen. Voraussetzung dafür sind gute Russischkenntnisse und ein regulärer Schulbesuch. Ehrenamtliche Helfer*innen unterstützen das Projekt tatkräftig. Lika Frenkel sucht aber auch den Kontakt zu Lehrkräften in den umliegenden Schulen und überredet Eltern mit Migrationshintergrund, Anstrengungen zu unternehmen, damit ihre Kinder von ihrem Recht auf Bildung Gebrauch machen können. Aufgrund steigender Corona-Infektionszahlen bleibt derzeit nur die Option auf Online-Sprachkurse, aber sobald es die Lage zulässt, sollen die Kinder wieder die Gemeinderäume besuchen dürfen.

Ute Weinmann ist ASF-Landesbeauftragte in Moskau.

Vogelfrei – männliche Angehörige der Roma konnten im 17. Jahrhundert straffrei erschossen werden

Viola Jakschova

Sintezze*Sinti und Romnja*Roma sehen sich seit Jahrhunderten vielerlei Stigmatisierungen, Einschränkungen ihrer Mobilität und sogar unmittelbaren Bedrohungen ihres Lebens ausgesetzt. Die Geschichte von Sintezze*Sinti und Romnja*Roma auf dem Gebiet der böhmischen Länder (Böhmen, Mähren und Schlesien), wie auch anderswo in Europa, ist eine Geschichte der Ausgrenzung und des Zu-anderen-gemacht-Werdens (Othering), die mit der steigenden Bürokratisierung der modernen Gesellschaft in ihre physische Liquidierung mündete.

Die ersten schriftlichen Erwähnungen über Romnja*Roma finden wir in Mitteleuropa im 14. Jahrhundert. Ihre Verfolgung gewann in der Neuzeit an Intensität. 1697 wurden Romnja*Roma vom mährischen Landtag als »vogelfrei« bezeichnet, das heißt, Männer konnten straflos wie Raubwild erschossen werden. Dieser drakonischen Verfolgung machten erst Anordnungen von Kaiser Josef II. 1782 ein Ende. Die kaiserliche und königliche Monarchie wandelte sich nach 1867 in einen Rechtsstaat, der gegen »Andere« strenge Gesetze und Anordnungen anwendete und Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten einrichtete.

Die diskriminierenden Maßnahmen gegen »Zigeuner und Personen, die zigeunerartig leben«[1], setzten sich auch nach der Entstehung der Tschechoslowakei (1918) fort. Es lebten hier 70.000 bis 100.000 Romnja*Roma und Sintezze*Sinti, die meisten in der Slowakei. Die zweitgrößte Gruppe bildeten die böhmischen und mährischen Roma, weiter fand man hier ungarische Roma in der südlichen Slowakei und Sinti in deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei. Aus dem Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1945) wurden sie in Arbeits- und Vernichtungslager deportiert. Außer einigen versteckten oder als Nicht-Roma bezeichneten Personen wurden dort nahezu alle ermordet. Weniger als zehn Prozent der ursprünglichen Roma- und Sinti-Bevölkerung aus Böhmen und Mähren überlebten diese Zeit.

Deportation von Romnja*Roma aus Bohusoudov im Protektorat Böhmen und Mähren ins Konzentrationslager Auschwitz, 1943.

Von einem romantischen Traum über ein fahrendes Volk kann in der sozialistischen Tschechoslowakei nicht die Rede sein. 1958 zwangsweise angesiedelt, hat die Minderheit von heute, etwa 200.000 Personen, ihre Vorfahren meistens in der Slowakei. Nach 1989 findet man sie in allen Schichten der tschechischen Gesellschaft vertreten, so lebt etwa die Hälfte in Vierteln, die als sozial benachteiligt gelten. Romnja*Roma und Sintezze*Sinti setzen sich in ihrem Leben mit Traumata der kollektiven Gewalt und mit Fragen zum Leben nach dem Überleben auseinander. Tschech*innen, die nicht zu den Roma und Sinti gehören, denken selten über diese Minderheit nach – und wenn, dann meistens mit negativen Zuschreibungen.

Viola Jakschova ist Historikerin und Pädagogin, seit Ende August 2020 ASF-Landesbeauftragte in Tschechien. Dort ist sie mehr als 15 Jahre im Bereich historisch-politische Bildung mit Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs tätig. Ihre Schwerpunkte sind Zwangsarbeit der tschechischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, und Verfolgung von Romnja*Roma und Sintezze*Sinti auf dem Gebiet der tschechischen Länder im 20. Jahrhundert.

1 Es geht um das Gesetz Nr. 117/1927 Sam. »Über wandernde Zigeuner«. Diese Wortverbindung wird von Historikern verwendet und ist zurückzuführen auf §1 dieses Gesetzes: »Als wandernde Zigeuner werden die betrachtet, die von Ort zu Ort wandern und andere Landstreicher, die arbeitsscheu sind und zigeunerartig leben…«

Glossar

AFROZENSUS

Mit einer bundesweiten Online-Befragung wurden von Juli bis August 2020 erstmals die Lebenssituation, Diskriminierungserfahrungen und Perspektiven von Schwarzen Menschen in Deutschland statistisch erfasst. Ziel des Afrozensus ist, ein möglichst umfassendes Bild davon zu erhalten, wie Schwarze Menschen ihr Leben im Land einschätzen und welche Erwartungen sie an Gesellschaft und Politik haben. Das Projekt wird vom Verein *Each One Teach One* und dem Think Tank *Citizens For Europe* umgesetzt und von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gefördert.

ANTI-SCHWARZER RASSISMUS

Anti-Schwarzer Rassismus beschreibt den Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen, der seine Wurzeln bereits in vorkolonialen Denkmustern hat. Trotz oder wegen seiner jahrhundertealten Geschichte wird der Zusammenhang des Anti-Schwarzen Rassismus und der kolonialen Bestrebungen der 1890er Jahre oft nicht oder kaum wahrgenommen. Je nach Sozialisation und Lebensrealität machen Schwarze Menschen und People of Color unterschiedliche Rassismus-Erfahrungen.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Antimuslimischer Rassismus bezeichnet die Diskriminierung von Menschen, die aufgrund ihrer tatsächlichen oder auch bloß zugeschriebenen Religionszugehörigkeit als Muslime wahrgenommen werden. Im Vergleich zu den Begriffen

Islamophobie oder Islamfeindlichkeit verweist die Bezeichnung antimuslimischer Rassismus auf die Vorstellung von Muslim*innen als homogener Gruppe, der bestimmte (zumeist negative) Eigenschaften zugewiesen werden und die als nicht zugehörig eingeordnet wird.

BIPOC/BPOC/POC

bedeutet Black, Indigenous and People of Color: Der Begriff BIPoC kommt aus dem anglo-amerikanischen Raum und beschreibt Individuen und Gruppen, die vielfältige Formen von Rassismus erleben und die gemeinsame, in Variationen auftretende und zugleich ungleich erlebte Erfahrung teilen, aufgrund phänotypischer und kultureller Fremdzuschreibungen der weißen Dominanzgesellschaft als »anders« und »unzugehörig« definiert zu werden. Der Begriff PoC (People of Color) entstand ursprünglich unter anderem zur Solidarisierung mit Schwarzen Menschen. Schwarz und weiß sind dabei politische Begriffe. Es geht nicht um Hautfarben, sondern um die Benennung von Rassismus und den Machtverhältnissen in einer mehrheitlich weißen Gesellschaft. Inzwischen wird häufiger von BPoC (Black and People of Color) gesprochen, um Schwarze Menschen ausdrücklich einzuschließen.

BLACKFACE

Sich das Gesicht schwärzen – »blackfacing« – ist ein Begriff aus den USA, der auf die sogenannten Minstrel Shows des 18. und 19. Jahrhunderts zurückgeht. Weiße Bühnendarsteller*innen karikierten mit schwarz geschminktem Gesicht und grotesk überzeichneten dicken roten Lippen die Sprache und den Tanz von Afro-Amerikaner*innen, ihre Mimik und Gestik. In den USA wurden die Minstrel Shows bereits Anfang des 20. Jahrhunderts als rassistisch erkannt. In Großbritannien strahlte die öffentlich-rechtliche BBC solche Shows noch bis in die 1980er Jahre aus. Inzwischen findet »Blackfacing« als Bühnenpraxis in vielen Ländern als rassistische Kunstform nicht mehr statt. In Deutschland ist dies erst seit wenigen Jahren der Fall.

BLACK-LIVES-MATTER-BEWEGUNG

BLM, so die gängige Abkürzung, ist eine Graswurzelbewegung, die am 13. Juli 2013 geboren wurde. Als der Nachbarschaftswachmann George Zimmerman in Florida des Mordes an dem afroamerikanischen Highschool-Schüler Trayvon Martin freigesprochen wurde, schrieb die Aktivistin Alicia Garza auf Facebook, sie wolle ihren schwarzen Freunden versichern, dass »unsere Leben etwas bedeuten«. Zusammen mit Patrisse Khan-Cullors und Opal Tometi gründete sie die Organisation mit dem Hashtag *#blacklivesmatter*. Seitdem hat sich die Bewegung international entwickelt und setzt sich gegen Gewalt gegen Schwarze und People of Color ein. *Black Lives Matter* organisiert regelmäßig Proteste gegen die Tötung Schwarzer durch Polizeibeamte und zu breiteren Problemen wie Racial Profiling.

CULTURAL APPROBRIATION

Cultural approbriation, die kulturelle Aneignung, meint die uneingestandene oder unangemessene Übernahme von kulturellen Ausdrucksformen einer sozialen oder ethnischen Gruppe durch Mitglieder einer anderen (typischerweise dominanten) Gemeinschaft oder Gesellschaft. Schwarze Kultur ist ohne historische und aktuelle Unterdrückungs- und Diskriminierungserfahrungen nicht denkbar. Es gibt viele Beispiele für kulturelle Aneignung, die in der Popkultur, im Sport, in der Kunst und in der Modeindustrie sichtbar sind.

CRITICAL WHITENESS/KRITISCHES WEISSSEIN

Die Critical Whiteness, in Deutschland auch als Kritische Weißseinsforschung bekannt, ist ein Ansatz in der Antirassismus-Bewegung, der versucht, rassistische Markierungen zu überwinden. Die kritische Weißseinsforschung will weiße Menschen darauf aufmerksam machen, dass sie nicht einfach »Menschen« sind, sondern weiße Menschen. Das heißt, sie sind nicht ausgenommen von der gesellschaftlichen Bestimmung durch ethnische Merkmale. Diese Bestimmung verschafft ihnen eine Sonderrolle. Dies zu leugnen würde bedeuten, rassistische Hierarchien fortzuschreiben, die sie für überholt annehmen.

DEKOLONIALISIERUNG – DE COLONIZE IT

Die Decolonize-Bewegung setzt sich dafür ein, sich kritisch mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus auseinanderzusetzen sowie das koloniale Unrecht anzuerkennen und aufzuarbeiten. Angestrebt wird eine gesamtgesellschaftliche Dekolonisierung. In Berlin setzt sich eine Initiative für die Umbenennung von Straßennamen ein, die auf dem kolonialen Erbe beruhen.

INSTITUTIONELLER RASSISMUS

Institutioneller Rassismus ist eine Form der Ausgrenzung, die durch Mechanismen und Maßnahmen in Einrichtungen wie der Verwaltung oder der Polizei entsteht und die bislang oft unerkannt ist und damit auch nicht aufgearbeitet wurde. Meist besteht aus der Institution heraus nicht die vorsätzliche Absicht, Menschen oder Menschengruppen auszugrenzen oder zu diskriminieren. Trotzdem werden im Ergebnis bestimmte Menschengruppen anders und in den meisten Fällen schlechter behandelt als andere.

#METWO

#MeTwo ist ein Hashtag gegen die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Seit der Sozialaktivist Ali Can im Juli 2018 dazu aufrief, diesen Hashtag zu nutzen, wurde es tausendfach auf Twitter verwendet. Die Bezeichnung #MeTwo soll ausdrücken, dass die Autoren mehr als eine Identität haben, sich also mit Deutschland und einem anderen Land beziehungsweise einer anderen Kultur verbunden fühlen. Unter dem Hashtag berichten Menschen über ihre Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus.

MIKROAGGRESSIONEN

Mikroaggression ist ein sozialpsychologischer Begriff, der 1970 von dem Psychiater Chester Pierce geprägt wurde. Er beschreibt winzige, als übergriffig wahrgenommene Äußerungen in der alltäglichen Kommunikation. Darunter werden kurze, alltägliche Äußerungen verstanden, die an die andere Person abwertende Botschaften senden, welche sich auf deren Gruppenzugehörigkeit beziehen. Von Mikroaggression betroffen sind in der Regel Angehörige marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen: People of Color, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle oder andere Personen mit nicht-heterosexueller Orientierung, Transgender, von Klassismus betroffene Personen oder Menschen mit Behinderungen.

N-WORT

Das N-Wort kommt von »niger«, was lateinisch »schwarz« bedeutet. In der Kolonialzeit wurde das N-Wort von Kolonialisten geprägt und erhielt eine stark abwertende Konnotation. Entsprechend wird der Begriff bis heute verwendet und gilt als rassistische Bezeichnung, die dazu dient, eine soziale Degradierung vorzunehmen und ein hierarchisches Verhältnis auszudrücken. Die Bezeichnung ist stark diskriminierend und sollte nicht verwendet werden. Darauf weist auch der Duden hin. Alternative Bezeichnungen, die auch als Eigenbezeichnungen fungieren sind Schwarze*r, Black People of Colour, People of Color, Person of Color sowie Schwarzer Mensch.

OTHERING

Das Konzept des Othering ist aus dem Kontext der postkolonialen Theorie entstanden. Von Othering spricht man, wenn sich eine Gruppe oder ein Mensch von einer anderen Gruppe abgrenzt, indem die nicht-eigene Gruppe als andersartig und fremd beschrieben wird. Wichtig ist, dass diese Unterscheidung eine in gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verankerte Praxis ist. Die als anders Beschriebenen sind von Diskriminierung betroffen und haben deswegen kaum Möglichkeiten, sich gegen die Zuschreibung zu wehren.

POSTKOLONIALISMUS

Postkolonialismus ist eine geistige Strömung, die sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts in Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kolonialismus und Imperialismus entwickelte. Postkolonial beschreibt nicht nur die Situation nach dem formalen Ende kolonialer Herrschaft. Postkoloniale Kritik zielt auch auf die Dekonstruktion und Überwindung zentraler Annahmen des kolonialen Diskurses. Wegweisend für die kritische Infragestellung der lange als positiv bewerteten Kolonialisierungsgeschichte wurde das Buch »Orientalism« (1978) des Literaturkritikers Edward Said, das vielen als das »Gründungsdokument« des Postkolonialismus gilt.

RACIAL PROFILING

Racial Profiling (rassistische Profilerstellung, auch »Ethnic Profiling« genannt) bezeichnet polizeiliche Maßnahmen und Maßnahmen von anderen Sicherheits-, Einwanderungs- und Zollbeamt*innen, wie Identitätskontrollen, Befragungen, Überwachungen, Durchsuchungen oder auch Verhaftungen, die nicht auf einer konkreten Verdachtsgrundlage oder Gefahr, wie zum Beispiel dem Verhalten einer Person oder Gruppe, erfolgen, sondern allein wegen äußeren rassifizierten oder ethnisierten Merkmalen, vor allem der Hautfarbe oder einer vermuteten Religionszugehörigkeit.

RECLAIMING

Reclaiming meint die Aneignung von diskriminierenden Zuschreibungen zur positiven Selbstermächtigung, zum Beispiel, wenn Schwarze Menschen sich selbst mit dem N-Wort beschreiben.

RASSISMUS

ist, wenn strukturell benachteiligte Gruppen oder einzelne Menschen aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher körperlicher oder kultureller Merkmale (z. B. Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion) pauschal abgewertet und ausgegrenzt werden. Beim klassischen Rassismus wird eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit wegen vermeintlicher biologischer Unterschiede behauptet. Im Kulturrassismus wird die Ungleichheit und Ungleichwertigkeit mit angeblichen Unterschieden zwischen den »Kulturen« zu begründen versucht.

SCHWARZE

»Wenn es um Rassismus, unterschiedliche Erfahrungen und Sozialisationen geht, ist der politisch korrekte Begriff Schwarze. In allen anderen Fällen gibt es aber meistens gar keinen Grund, dazu zu sagen, ob eine Person Schwarz oder weiß ist.« (zitiert von www.derbraunemob.info). Farbige/farbig ist ein kolonialistischer Begriff und negativ konnotiert. Alternativen sind die Selbstbezeichnungen People of Color (PoC, Singular: Person of Color), Black and People of Color (BPoC) oder Black and Indigenous People of Color (BIPoC).

TOKENISM

Als Tokenismus (engl. »tokenism«; von »token«: Zeichen, Symbol, Evidenz) ist die Praxis gemeint, sich nur oberflächlich oder symbolisch anzustrengen, um Mitglieder einer Minderheit in Organisationen zu repräsentieren. Dabei kann es sich um eine bewusste Personalpolitik oder eine unbewusste Praxis im Umgang mit Mitgliedern einer Minderheitengruppe oder anderweitig Benachteiligten in geringer Zahl handeln.

VICTIM BLAMING (TÄTER*INNEN-OPFER-UMKEHR)

»Victim Blaming« lässt sich mit Opferbeschuldigung oder »Täter-Opfer-Umkehr« übersetzen. Gemeint ist damit, dass Menschen, die Opfer von Straftaten oder Übergriffen werden, in Teilen oder komplett selbst dafür verantwortlich gemacht werden.

WHITE SUPREMACY

Als White Supremacy (englisch für »weiße Vorherrschaft«, »Überlegenheit der Weißen«, auf Deutsch auch Suprematismus) werden im englischsprachigen Raum rassistische Ideologien bezeichnet, die auf der Annahme beruhen, dass »Europide« anderen menschlichen »Rassen« überlegen seien und deshalb ihre privilegierte Stellung gewährleistet werden müsse. Der Ausdruck dient als Sammelbezeichnung für eine Vielzahl rassistischer ideologischer Systeme, darunter auch die Nationalsozialistische Rassenlehre und die Rassenideologie im südafrikanischen Apartheids-Regime.

WHITE WASHING

Als Whitewashing wird im Wesentlichen eine vor allem in der US-amerikanischen Unterhaltungsindustrie vorkommende Besetzungspraxis bezeichnet, bei der nicht-weiße Charaktere mit weißen Schauspieler*innen besetzt werden. Sie dauert bis heute an und kommt auch in den Unterhaltungsindustrien anderer Staaten vor. Erfasst wird damit neben dem simplen Austauschen durch Weiße in der Besetzung auch die Praxis, Stoffe so umzuschreiben – also weißzuwaschen – dass Rollen, die zu einer anderen Ethnie gehören, mit weißen Schauspielern besetzt werden können.

Gerechtigkeit – oder die Kunst des Stopfens

»Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit« (Mt 6, 33a)

Ilse Junkermann

Gerechtigkeit in der Bibel ist ganz auf Gemeinschaft ausgerichtet. Sie ist keine abstrakte Größe oder ein transzendenter Wert. Gerechtigkeit ist vielmehr ein konkretes, diesseitiges Handeln und Verhalten, das auf gerechte Verhältnisse zielt. Denn Gemeinschaft soll gelingen, jede und jeder zu seinem und zu ihrem Recht kommen. So hat im Hebräischen das Wort für »Gerechtigkeit« – »zedaka« – auch die Bedeutung »Gemeinschaft«. Ja, Gerechtigkeit ist in der Bibel nur als Gemeinschaftsgerechtigkeit vorstellbar: Alle sollen zu ihrem Recht und zum Zuge kommen können. Denn alle sind gleich, alle als Gottes Ebenbild geschaffen. Und alle sind gleichermaßen beauftragt, gerecht zu handeln, das Recht des anderen zu achten, für das Wohl der anderen mit zu sorgen. Dass Gemeinschaft gelingt, dass Gerechtigkeit herrscht, ist Aufgabe aller; so verschieden die Menschen sind, nach Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Besitz, Begabung und so weiter, so gleich sind sie in ihrer Würde vor Gott und so gleiche Achtung verdient jeder und jede im Miteinander, in der Gemeinschaft. Solche Gleichachtung drückt sich auch handfest und konkret ökonomisch aus. Alle sollen genug zum Leben haben. Nicht zuletzt deshalb kann das Wort »Gerechtigkeit« auch »Wohltätigkeit« bedeuten.

Rabbi Chanina ben Dosa fragte einst: »Warum wird Zedaka mit Kleidung verglichen?« Und antwortete: »So wie ein Kleidungsstück aus vielen Fäden besteht, ergeben viele kleine Beträge einen großen Betrag.«

Das gefällt mir, dieses einfache und sprechende Bild für das große Wort »Gerechtigkeit«: Es erzählt mir, wie Gerechtigkeit entsteht und wie Gerechtigkeit konkret gelebt werden kann. Damit ein Stück Stoff entsteht, braucht es viele Fäden. Gelingende Gemeinschaft braucht ein gutes Ineinander der vielen Einzelnen. Jede und jeder ist eingewebt in ein Geflecht von Beziehungen und wird darin gehalten und hält andere mit.

Gemeinschaft als Gewebe – das gefällt mir besser als unsere Rede vom »Netz der sozialen Sicherheit«. Ein Netz ist grob geknüpft, da sind die Löcher schon mitgedacht.

Doch auch im dicht gewebten Stoff kann es Löcher geben. Entweder, weil dort die Belastung zu groß ist oder, im Bild gesprochen, weil sich Menschen-Fäden zurückziehen und meinen, nicht mit allen gleich verbunden zu sein, weil »die anderen« doch »ganz anders« sind .... Dann braucht es Menschen, die das Handwerk des Stopfens verstehen.

Ich bin auf dem Land groß geworden und erinnere mich gut, wie ich Stopfen gelernt habe. Meine Mutter gab uns alte rosa Wolle, mit der wir die Löcher in Kartoffelsäcken stopfen sollten. Da konnten wir gut lernen: Es kommt auf jeden Faden an. Die ersten, die Grundfäden müssen so eingezogen werden, dass sie nah am Rand des Loches verankert sind und zugleich müssen sie im richtigen Abstand nebeneinander liegen. Nur so können

die Querfäden dicht nebeneinander im Auf und Ab der Nadel eingezogen werden. Auch hier: so nah beieinander, dass das Gewebe hält, aber nicht zu nah, damit es nicht zu sehr spannt.

Jesus spricht in seiner Feldrede davon, welche Fäden für eine Gemeinschaft wichtig sind; für eine gerechte Gemeinschaft, die diesen Namen verdient: »Seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist. Und richtet nicht, so werdet ihr auch nicht gerichtet. Verdammt nicht, so werdet ihr nicht verdammt. Vergebt, so wird euch vergeben. Gebt, so wird euch gegeben. Ein volles, gedrücktes, gerütteltes und überfließendes Maß wird man in euren Schoß geben; denn eben mit dem Maß, mit dem ihr messt, wird man euch zumessen.« (Lk 6, 36–38)

Das Wichtigste bei diesem Bild und in seiner Rede ist die Aussage: Die Grundfäden der Gemeinschaft sind bereits gespannt, bevor wir mit unserem Tun unsere Querfäden einziehen. Die Fäden von oben nach unten sind bereits gespannt: Gott ist barmherzig. Mit offenem zugewandtem Herzen stiftet sie Gemeinschaft, spannt feste Fäden zwischen sich und uns: als Schöpferin aller verschiedenen Menschen, die alle in gleicher Weise Ebenbild Gottes sind; als Streiter für Gerechtigkeit, der sein Volk aus der Sklaverei führt; als Heiland aller Völker, der ganz auf Gewalt verzichtet; als versöhnende Ruferin aus Schuld und Versagen. In diese Grundfäden hinein ziehen Menschen Fäden der Gerechtigkeit. Jesus nennt hier drei:

»Verurteilt nicht – Gott hält an jedem Menschen fest, und unterscheidet zwischen der Person und ihren Taten und Untaten. Also: haltet am Grundrespekt gegenüber jedem Menschen fest.

Ja, vergebt auch Ihr, wie Euch vergeben ist. Und gebt auch Ihr, wie Euch gegeben ist. Und schaut erst mal nach dem Balken im eigenen Auge, wenn Ihr im Auge des anderen einen Splitter entdeckt.«

O ja, da gibt es viele Löcher im feinen Gewebe der Mitmenschlichkeit. Gut, wenn wir das Handwerk und die Kunst des Stopfens kennen und können. Dass wir flicken und stopfen, anstatt aufzugeben und das feine Gewebe einer gerechten Gemeinschaft zur Seite legen, nur weil es Löcher hat. Gott braucht unsere Kunst des Stopfens für das feine Gewebe einer gerechten Gemeinschaft – zwischen Menschen, zwischen Völkern, auch mit seiner ganzen Schöpfung.

Ilse Junkermann ist seit 2019 Leiterin der Forschungsstelle »Kirchliche Praxis in der DDR. Kirche (sein) in Diktatur und Minderheit« in Leipzig. Davor war sie Landesbischöfin der Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und Pfarrerin und Oberkirchenrätin in der Evangelische Landeskirche in Württemberg. Sie ist seit langem in der Friedens- und in der Asylarbeit engagiert. Seit Oktober 2020 ist Ilse Junkermann neue Vorstandsvorsitzende bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

Danke für den Zuspruch und die Unterstützung in der Corona-Krise

Jutta Weduwen

Gemeinsam mit dem Vorstand, allen Mitarbeiter*innen, Freiwilligen, Eltern, Ehrenamtlichen und Unterstützer*innen versuchen wir, unsere wichtige Arbeit fortzusetzen. Mit dem Lockdown und dem Rückruf fast aller Freiwilligen stand das erste Halbjahr 2020 im Zeichen der Einschränkungen, Belastungen und Unwägbarkeiten, aber auch der Hoffnungen, der Solidarität und der kreativen Improvisation. Wir haben viel Verständnis, Unterstützung und Flexibilität erfahren. Im Verbund mit anderen Freiwilligenorganisationen und Träger*innen der politischen Bildung haben wir bei Ministerien und Zuwendungsgeber*innen dafür gekämpft, dass Zuschüsse nicht einbrechen und die Zivilgesellschaft weiter arbeiten kann. Wir haben auch bei Landeskirchen und Spender*innen viel Zuspruch erlebt. Dafür sind wir von Herzen dankbar.

Alle Sommerlager mussten abgesagt werden, internationale Begegnungen und Einsätze vor Ort waren nicht möglich. Wir sind voller Hoffnung, dass die Sommerlager nur dieses eine Mal pausieren mussten. Parallel überlegen wir alternative Formen der Begegnungen und des Engagements, sollten die Einschränkungen auch im kommenden Jahr noch bestehen.

Ein großer Teil unserer Freiwilligen konnte im September ausreisen, das ist großartig. Unsere Freiwilligen sind – inzwischen – versiert im Umgang mit Quarantäne, erneuten Lockdowns, nächtlichen Ausgangssperren, Arbeit aus dem Homeoffice, täglichem Fiebermessen und Abstandhalten, zum Beispiel im Altenheim. Es ist ein Freiwilligenjahr unter ganz besonderen Bedingungen. Wir sind erleichtert, dass viele Ausreisen möglich waren und die Freiwilligen flexibel mit sich schnell ändernden Voraussetzungen umgehen. Wir wissen, dass ihnen das teilweise viel abverlangt. Gleichzeitig bedauern wir sehr, dass die Ausreisen nach Belarus und Russland sowie in die USA bisher nicht möglich waren.

Die Veranstaltungen der Regionalgruppen, von *Germany Close Up* sowie der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus (BAG K+R)* und des *Arbeitsbereichs Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft* und auch die Azubi-Programme wurden durch die Pandemie stark eingeschränkt beziehungsweise verändert. Auch hier erleben wir viel Kreativität und die Suche nach neuen Wegen. Seminare wurden in Parks, größere Räume oder in den digitalen Raum verlegt – und erreichten damit oft neue Zielgruppen. Zudem haben wir unsere Energie genutzt, geplante Publikationen schneller umzusetzen. Wir haben schnell gemerkt, dass wir nicht nur über Corona sprechen dürfen, sondern dass es einen großen Bedarf gibt, wieder auf unsere eigentlichen Themen und Schwerpunkte zurückzukommen.

Ein großer Teil unserer Mitarbeiter*innen – sowohl in Berlin als auch in den Landesbüros – arbeitet im Homeoffice. Dies geschieht mit einer großen Kollegialität und gegenseitiger Unterstützung, mit Flexibilität und der kreativen Suche nach Lösungen. Viele Kolleg*innen haben Kinder oder begleiten Menschen, die Risikogruppen angehören. Sie sind besonders herausgefordert.

Ich finde, dass wir das alle miteinander bisher großartig hinbekommen haben. Dafür bin ich allen, die dazu beitragen, zutiefst dankbar. Meine Gedanken und auch Sorgen sind bei den Menschen und auch Projektpartner*innen, die massiv eingeschränkt und bedroht sind. Auch *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* wird weiter zu kämpfen haben, dies hängt von den weiteren Entwicklungen ab. Uns bleibt die Zuversicht!

Jutta Weduwen ist Soziologin und seit 2012 ASF-Geschäftsführerin. Sie ist unter anderem Mitglied im Sprecher*innenrat der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus* (BAG K+R) und im Vorstand der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.*

Ilse Junkermann ist neue Vorstandsvorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Die Mitgliederversammlung von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF)* hat am 3. Oktober einen neuen Vorstand gewählt: Ilse Junkermann, ehemalige Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, folgt auf Dr. Stephan Reimers. Der 76-jährige Theologe und ehemalige Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland war fünf Jahre Vorsitzender von ASF. Ilse Junkermann engagiert sich seit vielen Jahren in der Asylarbeit. Seit Herbst 2019 leitet sie die Forschungsstelle »Kirchliche Praxis in der DDR. Kirche (sein) in Diktatur und Minderheit« an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurde Marie Hecke, Repetentin am Evangelischen Studienhaus der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers in Göttingen und ehemalige ASF-Freiwillige.

Jakob Stürmann und Jana Borkamp sind zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Als weitere Mitglieder wurden Andreas Kroneder, Gabriele Scherle und Hildegart Stellmacher gewählt. *bre*

Von links: Hildegart Stellmacher, Ilse Junkermann, Andreas Kroneder, Jana Borkamp, Jakob Stürmann, Marie Hecke.
Nicht abgebildet: Gabriele Scherle.

Zum Abschied vom Vorsitzenden Dr. Stephan Reimers. Wir sagen Danke!

Stephan Reimers bei der Mitgliederversammlung im Oktober 2020.

Kollegial, besonnen, zugewandt, weder beliebig noch dogmatisch – diese Adjektive beschreiben bestens, wie wir Stephan Reimers in seiner fünfjährigen Amtszeit als Vorsitzenden von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* kennengelernt haben. Es ist zu einem großen Teil ihm zu verdanken, dass die interne Vorstandsarbeit und die Kommunikation mit der Geschäftsführung in den letzten Jahren so reibungslos verliefen.

Als Stephan Reimers 2015 sein Amt antrat, engagierte er sich bereits jahrzehntelang im sozialen, politischen und internationalen Bereich. Seine Erfahrungen und Kontakte brachte er vielfältig in die ASF-Arbeit ein. Beispielsweise gehen auf ihn die Begegnungsreisen »Dialoge in Israel« zurück. Er war außerdem unentwegt unterwegs und besuchte mehrere Projektländer.

Der Aufstieg der *Alternative für Deutschland (AFD)* ist für Stephan Reimers eine der gefährlichsten Entwicklungen gegenwärtiger deutscher Innenpolitik, die ihn ganz besonders umtreibt. Für ihn steht außer Zweifel, dass diese Partei den politischen Konsens der Bundesrepublik verletzt, der aus einer historischen Verantwortung und einem Schuldbekenntnis erwachsen ist. Seit 2015 zog die *AfD* in zahlreiche Landtage sowie den Bundestag ein. ASF wandte sich gegen diese Entwicklung und bezog klar Stellung für eine vielfältige Gesellschaft und gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtspopulismus. Es ist Stephan Reimers zu gönnen, dass er anlässlich seiner Verabschiedung mit Erleichterung feststellen konnte, dass einer der wenigen positiven Aspekte der aktuellen Corona-Krise zu sein scheint, dass der Aufstieg der *AfD* vorerst gestoppt ist. Und es zeigt einen weiteren Charakterzug: positives Denken.

Um mehr Zeit für seine Familie zu haben, stellte er sich nun nicht wieder zur Wahl. Sein »Wahlamt« – wie der frühere Politiker das Amt des Vorsitzenden bezeichnete – bedürfe mit 75 Jahren eines Abschlusses. Uns bleibt deshalb heute »Danke« zu sagen für die konstruktive und gute Zusammenarbeit. Wir wünschen Dir, lieber Stephan, weiterhin viel Kraft, Gesundheit und Freude und wir freuen uns schon jetzt auf die anstehende Vorstellung von Buchbeiträgen, die Du zu schreiben vorhast!

Jana Borkamp und Jakob Stürmann, stellvertretende Vorsitzende von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*

Gute Wünsche auf den neuen Wegen!

2020 nahm das Team von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* Abschied von drei langjährigen Mitarbeiterinnen.

Thomas Heldt

V.l.: Stanislava Sr. Francesca Šimuniová, Christine Bischatka, Magdalena Scharf.

Stanislava Sr. Francesca Šimuniová arbeitete von 2003 bis 2020 als ASF-Landesbeauftragte in der Tschechischen Republik im ASF-Büro in Prag. Etwa 200 Freiwillige begleitete sie in den vergangenen 17 Jahren bei ihren Friedensdiensten in Tschechien. Zeitweise war sie Geschäftsführerin des tschechischen Vereins SERVITUS, der bis heute als Freundeskreis die Arbeit von ASF in Tschechien unterstützt. Als benediktinische Ordensschwester mit großem ökumenischen Herzen und kritisch-politischem Geist brachte Stania oft auch theologische Fragen und eine spirituelle Praxis in die Zusammenarbeit mit Freiwilligen, Partner*innen und in unser Team ein, was ein großes Geschenk für uns alle war.

Christine Bischatka begann ihre Mitarbeit 2008 als Koordinatorin der Jubiläumsveranstaltung zu »50 Jahre Aktion Sühnezeichen«. Von August 2008 bis Juni 2020 arbeitete sie als Koordinatorin für die ASF-Sommerlager und prägte diesen wichtigen Bereich der ASF-Freiwilligenarbeit mit großem persönlichem Engagement. Zusammen mit dem ehrenamtlichen Leitungskreis entwickelte sie die ASF-Sommerlager weiter mit neuen Formaten und Partnerschaften. Wir denken gern zurück an das 50-jährige Jubiläum der Sühnezeichen-Sommerlager 2012 in Magdeburg und an ein beeindruckendes EU-Vernetzungsprojekt 2017 mit viel internationaler Beteiligung, welches Christine mit großer Leidenschaft koordinierte.

Magdalena Scharf arbeitete von 2009 bis 2012 als Landesbeauftragte in den USA im ASF-Büro in Philadelphia. Von August 2012 bis Februar 2020 war sie Referentin für Regionalarbeit in der Berliner Geschäftsstelle. Magdalena koordinierte mit großer Freude und Energie die Zusammenarbeit mit den ASF-Regionalgruppen und pflegte bundesweit die Kontakte zu den ASF-Freundeskreisen. Zusammen mit ihrem Team organisierte sie die ASF-Aktivitäten auf den Deutschen Evangelischen Kirchentagen. Mitglieder und Freund*innen schätzten die ASF-Jahrestagungen, die sie in hoher Qualität inhaltlich und organisatorisch mit einem engagierten Kreis von Ehrenamtlichen vorbereitete.

Viele Jahre lang haben Stania, Christine und Magda die Arbeit von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* mit ihren Erfahrungen, Ideen und Kompetenzen bereichert und geprägt. Ein großes Dankeschön für ihre gute und wichtige Arbeit für *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*, für ihre Zusammenarbeit mit dem ASF-Team, mit Freiwilligen, Sommerlager-Teamer*innen und Ehrenamtlichen. Wir wünschen ihnen von Herzen alles Gute auf ihren neuen Wegen!

Wir trauern um Thomas Oppermann

Wir trauern um den Bundestagsvizepräsidenten und ehemaligen Sühnezeichen-Freiwilligen Thomas Oppermann, der überraschend am 25. Oktober 2020 verstorben ist. Wir sind über seinen plötzlichen und viel zu frühen Tod erschüttert.

Mitte der 1970er Jahre leistete Thomas Oppermann als junger Mann seinen Friedensdienst mit *ASF* in den USA und unterstützte dort die Gemeinwesen- und Gewerkschaftsarbeit. Als Kriegsdienstverweigerer fand er den Weg zu *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*. Thomas Oppermann betonte immer wieder, welche Bedeutung dieser Friedensdienst für sein politisches Engagement und seinen Beruf hatte. Unter dem Titel »Mein Weg in die Politik« berichtete er auf seiner Webseite ausführlich von seinen damaligen Erfahrungen und betonte: »Nichts hat mich indessen so stark geprägt, wie der Dienst als Freiwilliger bei *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.« Er berichtete vom *ASF*-Vorbereitungsseminar, von Diskussionen über Pazifismus und über sozialrevolutionäre Veränderungen, von der Lektüre Bonhoeffers und Marx. Er berichtet von Begegnungen und Freundschaften, die ihn prägten.

Anlässlich der Verleihung des Westfälischen Friedenspreises an *ASF* hielt er 2016 eine persönliche Laudatio auf seine Entsendeorganisation und betonte:

»Mir hat der Friedensdienst bei *ASF* etwas Grundlegendes vermittelt: Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht von selbst, sondern ist immer das Ergebnis politischer Einmischung. Als ich nach Deutschland zurückkehrte, wechselte ich zum Studium der Rechtswissenschaften und war fest entschlossen, mich fortan einzumischen. Vieles hat mich auf meinem Weg in die Politik geprägt, nichts aber so stark wie meine Zeit als Freiwilliger bei *Aktion Sühnezeichen*. Dafür bin ich bis heute von ganzem Herzen dankbar.«

Thomas Oppermann hielt bei der Verleihung des Westfälischen Friedenspreises an ASF 2016 eine persönliche Laudatio.

Thomas Oppermann hat unsere Arbeit mehr als vierzig Jahren begleitet und unterstützt. Seine Erfahrungen des Freiwilligendienstes sensibilisierten ihn nicht nur in politischen Fragen, sondern auch für die Bedeutung der internationalen Begegnungen vor dem Hintergrund einer sensiblen Erinnerung an die Shoah.

Im Juni dieses Jahres saß ich mit ihm in einer Talkrunde von *Phoenix* zum Thema Demokratie, auch dort wurde die Bedeutung seines Sühnezeichen-Freiwilligendienstes für sein Wirken deutlich. Er war nicht nur ein großer Unterstützer unserer Arbeit, ein wichtiger Politiker, ein eloquenter Redner, er war ein humorvoller, offener und netter Mensch! Wir werden ihn sehr vermissen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie, seinen Angehörigen, seinen Freund*innen und seinen politischen Genoss*innen.

Jutta Weduwen, ASF-Geschäftsführerin

Spende als Weihnachtsgeschenk – Engagieren Sie sich für eine friedlichere und gerechtere Welt!

Weihnachten steht vor der Tür und es werden wieder jede Menge Geschenke gemacht. Dieses Jahr, das unter der Corona-Krise vielen von uns besonders viel abverlangt hat, ist eine gute Gelegenheit, ein Zeichen zu setzen und Ihr Engagement für eine gute Sache mit den Menschen zu teilen, die Ihnen wichtig sind: Verschenken Sie eine Spende an *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*. Damit unterstützen Sie die Friedensdienste unserer Freiwilligen in 13 Ländern. Gleichzeitig wird deutlich, wie wichtig Ihnen diese Arbeit ist – besonders in den herausfordernden Monaten der weltweiten Corona -Krise.

Denn gerade jetzt ist die persönliche Begegnung – unter Einhaltung aller Vorsichtsmaßnahmen – so wichtig. Daher ist es von großer Bedeutung, dass ASF-Freiwillige auch weiterhin Shoah-Überlebende begleiten, Menschen mit Behinderungen und Menschen in Not unterstützen sowie in der historisch-politischen Bildungsarbeit tätig sind. Durch Freiwilligendienste, Sommerlager – die 2021 wieder stattfinden sollen –, Bildungsprogramme und Kampagnen setzt ASF Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, mit einer Spende die Arbeit von ASF und die der Freiwilligen zu unterstützen: Sie bestimmen den Zweck der Spende – zum Beispiel für die ASF-Arbeit in einem unserer Partnerländer oder einen Projektbereich, der Ihnen besonders am Herzen liegt, beispielsweise die Arbeit mit älteren Menschen. Ihre Geschenkspende setzen wir dort ein, wo Unterstützung am nötigsten ist. Und natürlich legen Sie den Betrag selbst fest. **Tätigen Sie Ihre Geschenkspende einfach über die ASF-Website: www.asf-ev.de/geschenkspende.** Im Anschluss erhalten Sie eine digitale Geschenkurkunde, die Sie an Ihre Lieben weiterreichen können. So wird Ihre Spende zu einem echten Geschenk.

Indem Sie anderen Menschen eine Spende an ASF schenken, setzen Sie sich doppelt ein: indem Sie von unserem wichtigen gesellschaftlichen Beitrag erzählen und um Unterstützung für die Fortführung unserer Arbeit bitten. So erfahren mehr Menschen davon, was Ihnen und uns am Herzen liegt.

Und noch etwas können Sie tun, um zu helfen: Verschenken Sie unsere ASF-Maske »Refugees Welcome!«. Damit will ASF ein unmissverständliches Zeichen setzen für das Recht auf Asyl und den Schutz von Menschen in Not. Bestellen Sie eine Maske zum Selbstkostenpreis und unterstützen Sie mit einer zusätzlichen Spende die Arbeit von ASF-Freiwilligen in Projekten mit Geflüchteten wie zum Beispiel die Klinik *Terem Tachana Merkasit* in Tel Aviv, dessen Mitarbeiter*innen sich ausschließlich um Menschen ohne Aufenthaltsstatus kümmern, oder das *Jeannette Noëlhuis* in Amsterdam, das noch nicht anerkannten Geflüchteten eine Unterkunft bietet und ihnen hilft, ihr Leben neu zu organisieren. Alle Informationen finden Sie unter www.asf-ev.de/aktion-refugees-welcome.

Für Ihren persönlichen Einsatz für eine friedlichere und gerechtere Welt danken wir von ASF Ihnen herzlich!

25. bis 28. Februar 2021
Studienreise »*Paris libéré!* Erinnerung und Versöhnung heute«

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Frankreich lädt vom 25. bis 28. Februar 2021 zu einer Studienreise nach Paris ein. In der französischen Hauptstadt erkundet die Gruppe die Geschichte der Besetzung Frankreichs, der Verfolgung jüdischer Französinnen und Franzosen und wie heute an sie erinnert und weiter an der Versöhnung gearbeitet wird.

Anmeldung und Informationen: saloch@asf-ev.de
Weitere Infos unter: www.asf-ev.de/arbeitsfelder/studienreisen/studienreisen-nach-frankreich

TERMINE (UNTER VORBEHALT)

27. JANUAR 2021 | 18.30 UHR

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die Evangelische Akademie zu Berlin und die Evangelische Kirchengemeinde in der Friedrichstadt laden ein zu einem Gedenkgottesdienst in der St. Matthäus-Kirche auf dem Kulturforum in Berlin. Aufgrund der geltenden Hygienebestimmungen ist die Zahl der Teilnehmenden begrenzt.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 22. Januar per Mail an infobuero@asf-ev.de oder per Telefon: 030 283 95 184 unter Angabe des Namens und einer E-Mail-Adresse beziehungsweise Telefonnummer.

Aktuelle Informationen gibt es unter www.asf-ev.de.

In diesem Gottesdienst wird der neue Vorstand von ASF begrüßt.

28./29. MAI 2021 | ASF-JAHRESTAGUNG

Die Veranstaltung findet in Berlin (Ort wird ggf. noch bekanntgegeben) oder in digitaler Form statt.
Am 30. Mai findet die Mitgliederversammlung in Berlin statt (unter Vorbehalt und Berücksichtigung der aktuellen Corona-Situation).

21. JUNI 2021

Jubiläum 60 Jahre Freiwilligenarbeit von ASF in Frankreich: Die Feier findet entweder in Paris im Foyer le Pont oder im digitalen Raum statt.

2./3. JULI 2021

Jubiläum 60 Jahre ASF in Großbritannien. Wenn die Corona-Lage es zulässt, findet eine Präsenzveranstaltung statt. Anderenfalls wird eine hybride oder digitale Feier abgehalten.

Ich möchte Gutes tun!

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2007

Aktionscode
Zi20B03

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/de/engagiere-dich/mitglied-werden/

Ich überweise selbst!

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33BER | IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an: 030 28 395 135.
Oder per E-Mail an spenden@asf-ev.de

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Werte weitergeben – Bleibendes schaffen.

Erben und Vererben für den guten Zweck.

Mit einem Testament schaffen Sie Bleibendes, geben Ihre Werte weiter und tragen dafür Sorge, dass Ihr soziales oder politisches Engagement über Generationen so weitergeführt wird, wie Sie es sich wünschen.

Sie bestimmen Ihren letzten Willen und können geregelt Ihren materiellen Nachlass (Geld, Haus, Möbel) Ihren lieben Menschen zukommen lassen. Und zusätzlich auch gemeinnützige Organisationen wie *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.* bedenken, weil diese Ihre Werte verkörpern und Ihr Engagement dadurch über Ihre eigene Lebenszeit hinaus nachhaltig wirkt.

Sollten Sie sich für diese Möglichkeit interessieren, möchten wir Ihnen ans Herz legen, sich aktiv und fundiert mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Gerne senden wir Ihnen auf Wunsch erste Informationen zu oder klären Ihre Bedürfnisse in einem Telefonat oder persönlichem Gespräch.

Bitte füllen Sie den untenstehenden Abschnitt aus und schicken Sie ihn an *ASF*.

ANTWORTCOUPON

Bitte füllen Sie den Abschnitt aus und schicken ihn in einem Briefumschlag vertraulich an:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Jutta Weduwen
– persönlich –
Auguststraße 80
10117 Berlin

Ich interessiere mich für gemeinnütziges Erben.
Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf!

ABSENDER*IN

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon E-Mail

Datum, Ort Unterschrift

ASF-Freiwilliger Constantin in der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem. Die Lichtpunkte stehen symbolisch für die im Holocaust ermordeten Kinder.

EIN JAHR ENGAGIERT IM AUSLAND

Du möchtest anderen Menschen helfen und dabei viel für Dich dazulernen? Möchtest im Ausland arbeiten und Dich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte einsetzen? Und dabei auch noch neue Freund*innen finden und Spaß haben?

Dann bewirb Dich jetzt für einen Freiwilligendienst 2021/22!
www.asf-ev.de/freiwilligendienste

Alle Informationen zu unseren Kampagnen, Aktionen und Mitteilungen findest Du in unserer Infothek unter **www.asf-ev.de/infothek** und in den sozialen Netzwerken.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

www.asf-ev.de | asf.de | asf_ev | asf_ev

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma
ASF e.V.

IBAN
DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
BFSWDE33BER

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:
Zi20B03

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zur Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg/Quittung für die Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger*in

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80/10117 Berlin

IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 200 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel